OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Dezember 2021

Stabilität durch Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Birgit Niessner*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2021

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 2. Dezember 2021

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Überblick 5

Weltwirtschaftliche Entwicklung mit stärkeren Abwärtsrisiken konfrontiert 6

CESEE-6: Breit abgestützte Erholung in einem Umfeld erhöhter Unsicherheiten; Russland: Rückkehr zu moderatem Wachstum bei anhaltend hohen Risiken 12

Österreich: BIP-Vorkrisenniveau erreicht, aber Abwärtsrisiken durch vierte Welle 18

Geldpolitische Maßnahmen spiegeln sich in den Bilanzen der Banken wider 24

Spezielle Kurzanalysen 28

Regionaler Mismatch und Fachkräftemangel prägen Arbeitsmarkt 29

Ersteinschätzung des Tourismusjahres 2021: Halbierung der Nächtigungen im Vergleich zum Rekordjahr 2019 35

Österreich als Drehscheibe für ausländische Direktinvestitionen 40

Exits and entries of Austrian firms during the pandemic – preliminary results 48

Österreichs Klimapolitik: Vom Vorbild zum Nachzügler in der EU 53

Die wirtschaftspolitischen Empfehlungen für Österreich - EU, IWF und OECD im historischen Vergleich 59

Annex 63

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats des Jahres 2021 64

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 8. Oktober bis 24. November 2021 67

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen 71

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Im Herbst haben Internationaler Währungsfonds (13. Oktober) und Europäische Kommission (11. November) ihre neuesten Wirtschaftsprognosen vorgelegt. Die beiden Institutionen rechnen mit 5,9% bzw. 5,7% Wachstum für die Weltwirtschaft in 2021 und 4,9% bzw. 4,5% in 2022. Als Abwärtsrisiken werden die aktuell gestiegene Virusaktivität und der Anstieg der Inflationsraten genannt. Letzterer beruht global großteils auf Preisanstiegen in Energie, Industriemetallen und Lebensmitteln. Vor allem in Schwellenländern hat die Entwicklung bereits zu ersten restriktiven geldpolitischen Maßnahmen geführt.

In den USA ist das Wirtschaftswachstum in Quartalsraten von 1,7% im zweiten Quartal auf 0,5% im dritten Quartal gesunken. Dieser Rückgang ist vor allem auf den privaten Konsum zurückzuführen, der wiederum mit gesunkenem Konsumentenvertrauen einhergeht – Konsumenten erwarten eine deutliche Reduktion ihres realen Einkommens aufgrund der gestiegenen Inflation. Diese stieg von 5,6% im September auf 6,4% im Oktober. Die marktbasierten langfristigen Inflationserwartungen liegen aber mit 2,2% (November) nach wie vor nahe dem Inflationsziel von durchschnittlich 2%. Dennoch hat die amerikanische Notenbank ein allmähliches Rückfahren des Ankaufsprogramms für Staatsanleihen beschlossen und will die Rückführung im Juni 2022 abschließen.

Im Euroraum wuchs die Wirtschaft im dritten Quartal um 2,2%, nach 2,1% im zweiten Quartal, getragen vor allem durch den privaten Konsum. Für 2021 und 2022 rechnet die EK mit 5% bzw. 4,3% Wachstum. Die Inflationsrate gemäß dem harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) lag im Oktober bei 4,1%, mit starken Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern: sie reicht von 1,4% für Malta bis 8,2% für Litauen. Die langfristigen marktbasierten Inflationserwartungen bewegen sich jedoch stabil um die 2%. Die Arbeitslosenquote ist im dritten Quartal 2021 erstmals wieder auf das Vorkrisenniveau gesunken.

Für die CESEE-6-Länder wird gemäß OeNB-BOFIT-Prognose ein Wirtschaftswachstum 5,1%, 4,5% und 3,8% für die Jahre 2021, 2022 und 2023 erwartet. Das Wachstum basiert sowohl auf starker heimischer wie externer Nachfrage. Die Impulse aus der heimischen Nachfrage verlagern sich in den kommenden Jahren vom privaten Konsum zu den Bruttoanlageinvestitionen, die ab 2022 durch EU-Mittel gestärkt werden.

In Österreich gilt seit dem 22. November 2021 wieder ein bundesweiter Lockdown, nachdem sich im europaweiten Vergleich die Neuinfektionen und die Belegung der Intensivbetten besonders nachteilig entwickelt hatten. Im wöchentlichen BIP-Indikator zeigt sich für Kalenderwoche 45 eine leichte Abschwächung, nachdem zuvor die wirtschaftliche Leistung beständig knapp über dem Vorkrisenniveau lag. Für 2021, 2022 und 2023 rechnet die EK mit 4,4%, 4,9% bzw. 1,9% realem Wirtschaftswachstum. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition lag im September und Oktober bei 6,5% und damit um einen halben Prozentpunkt unter dem Wert von Oktober 2019. Die österreichische HVPI-Inflationsrate stieg von 1,5% im ersten Quartal auf 3,1% im dritten Quartal und lag im Oktober bei 3,7%. Auch in Österreich ist die Inflation primär von den Energiepreisen getrieben.

[1] Autor: Wolfgang Lechthaler (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Weltwirtschaftliche Entwicklung mit stärkeren Abwärtsrisiken konfrontiert[2]

Weltwirtschaft: Nach wie vor bestehende Ungleichgewichte von Angebot und Nachfrage prägen wirtschaftliche Entwicklung

Zu Beginn des vierten Quartals 2021 steht die Weltwirtschaft durch erneut steigende Covid-19-Fallzahlen, durch substanziell gestiegene Energiepreise sowie durch signifikante Ungleichgewichte von Angebot und Nachfrage unter Druck. Insbesondere in Europa ist momentan eine stark steigende Virusaktivität zu beobachten, welche in Zusammenspiel mit teilweise niedrigen Impfquoten neuerlich zu Einschränkungen des öffentlichen Lebens führen könnten. Diese Entwicklung zeigt zwar derzeit noch ein heterogenes Muster, da nicht alle Staaten der Welt gleich betroffen sind und auch die Impfquoten eine stark länderabhängige Variation zeigen, ist aber dennoch als Abwärtsrisiko für den globalen Wachstumsausblick anzusehen.

Diese Aspekte führten in den aktuellen Prognosen des weltweiten Wirtschaftswachstums der Europäischen Kommission (EK) sowie des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu leichten Abwärtsrevisionen für 2021 auf 5,7% bzw. 5,9% und für 2022 auf 4,5% bzw. auf 4,9%. Für den Euroraum hingegen wurde die Prognose für 2021 um 0,2 Prozentpunkte (EK) bzw. um 0,4 Prozentpunkte (IWF) angehoben. Dies wurde maßgeblich durch die starke wirtschaftliche Erholung über die Sommermonate getragen, sodass die generelle wirtschaftliche Aktivität und die Situation auf den Arbeitsmärkten im dritten Quartal nahezu das Niveau vor der Pandemie erreichten. Derzeitige Abwärtsrisiken für das weltweite Wachstum sind durch die aktuell gestiegene Virusaktivität und vor allem durch einen Anstieg der Inflationsraten begründet. So kam es seit Beginn des Jahres zu steigenden Inflationsraten in Industrie- und Schwellenländern.

Prognosen zum Wirtschaftswachstum

Wachstum des realen BIP in Prozent

	EK 11.11.2021			IWF 13.10.2021	
	2021	2022	2023	2021	2022
Euroraum	5.0	4.3	2.4	5.0	4.3
Ver. Königreich	6.9	4.8	1.7	6.8	5.0
Japan	2.4	2.3	1.1	2.4	3.2
China	7.9	5.3	5.3	8.0	5.6
USA	5.8	4.5	2.4	6.0	5.2
Welt gesamt	5.7	4.5	3.5	5.9	4.9

Sowohl umfragebasierte Konjunkturindikatoren als auch Umfragen zum Konsumentenvertrauen verdeutlichen diese Einschätzung. So verzeichnen, bedingt durch die Unsicherheiten bezüglich des weiteren Pandemieverlaufs sowie durch die globalen Preisanstiege, diverse Indikatoren des Konsumentenvertrauens einen leichten Rückgang. Auf der Produzentenseite zeigte der *globale Composite Purchasing Manager Index* (PMI) zwar mit 54,5 Punkten im Oktober einen Anstieg von 1,2 Punkten gegenüber September und notiert damit weiterhin seit 15 Monaten im expansiven Bereich; dies wurde jedoch hauptsächlich durch den Dienstleistungssektor getrieben. Der Industriesektor hingegen ist momentan durch Nachwirkungen der Lieferkettenprobleme sowie durch gestiegene Input- und Energiepreise einem steigenden Preisdruck ausgesetzt. Ein wesentlicher Aspekt für die zukünftige Profitabilität

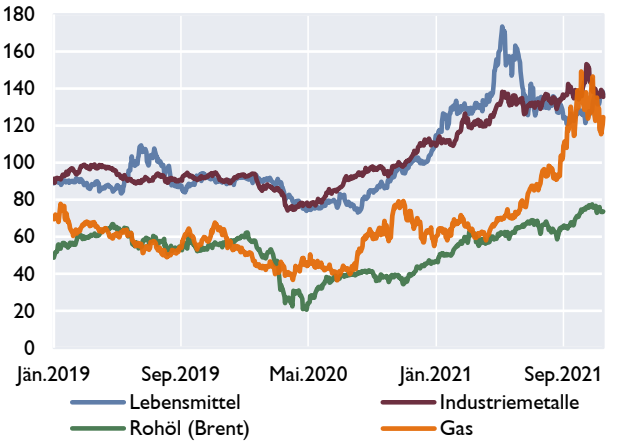
[2] Autor: Thomas Zörner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

der Unternehmen ist dabei die Möglichkeit, den gestiegenen Kostendruck an die Endverbraucher weiterzugeben.

Während Indikatoren zur Messung der Frachtkosten den niedrigsten Wert seit Juni aufweisen und damit auf eine langsame Entspannung der zuvor beschränkten Transportkapazitäten hindeuten, haben Produzenten nach wie vor Schwierigkeiten, bestimmte Inputmaterialien (z.B. Halbleiter) zu beschaffen und insgesamt die gestiegene Nachfrage nach Gütern zu befriedigen. So erreichte der *Baltic Dry Index*, welcher die Frachtkosten für Hauptindustrierohstoffe misst, am 19. November mit einem Wert von 2552 das niedrigste Niveau seit Juni 2021.

Rohstoffpreisentwicklung

Index, 1.Jänner 2014=100 *letzter Wert: 16.11.2021*



Quelle: Macrobond, Goldman Sachs Commodity Price Index.

Haupttreiber der Inflationsanstiege in den letzten Monaten sind unter anderem die signifikant gestiegenen Energiepreise, die durch ein Zusammenspiel von steigender Nachfrage sowie Angebotsproblemen verursacht werden. So trifft die nach der Pandemie stark steigende Energienachfrage von Produzenten unter anderem auf einen Anstieg der CO_2-Steuern, auf eine teilweise nicht verfügbare globale Infrastruktur in Zusammenhang mit Flüssiggas (LNG) sowie auf generell niedrige Lagerstände von fossilen Brennstoffen. Dieser Energieengpass hat insbesondere in Schwellenländern, wie zum Beispiel China, zu einem vermehrten Einsatz von Kohle zur Energiegewinnung geführt, was ebenfalls zu einem starken Preisanstieg bei Kohle geführt hat. Während sich Mitte November erste Rückgänge bei den Energiepreisen abzeichneten, hängt eine nachhaltige Entspannung an den Energiemärkten auch von der weiteren Entwicklung der geopolitischen Spannungen um Belarus und dem Versorgungsnetzwerk Nord Stream 2, sowie von der Entscheidung der Fördermengen der Ölförderallianz OPEC+ ab.

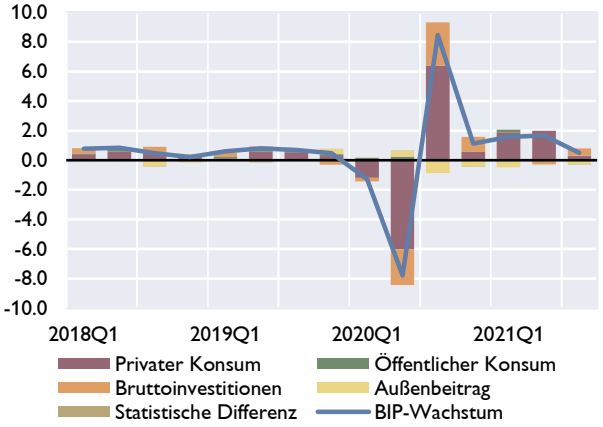
Global zeigen nicht nur Energiepreise, sondern auch Industriemetalle und Lebensmittel einen deutlichen Anstieg seit Beginn des Jahres. Der Verlauf, bedingt durch Basiseffekte und einem temporären Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage, könnte laut Einschätzungen der Europäischen Kommission noch bis zum Frühjahr 2022 andauern und somit weiterhin zu einem Aufwärtsdruck der globalen Inflationsentwicklung führen. Diese Situation führte in einigen (vorwiegend Schwellen-) Ländern bereits zu ersten restriktiveren geldpolitischen Maßnahmen.

USA: Inflationsentwicklung als mögliches Abwärtsrisiko für Wachstum

Das Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten fiel von 1,7% q-o-q im zweiten Quartal auf 0,5% im dritten Quartal (annualisiert sank es im dritten Quartal um 4,5 Prozentpunkte auf 2%). Dieser Rückgang wurde maßgeblich vom stark gesunkenen privaten Konsum getrieben und spiegelt damit auch den Rückgang des Konsumentenvertrauens wider. Der von der *University of Michigan* erhobene *Consumer Sentiment Index* fiel von Oktober auf November um 7,5% auf 62,8 Punkte und liegt damit auf dem niedrigsten Wert seit der Finanzkrise 2008/2009. Als Hauptursache wird die steigende Inflation, insbesondere bei Immobilien, Konsumgütern und Fahrzeugen genannt. Allgemein wird von den Befragten eine deutliche Reduktion des realen Einkommens erwartet, was sich negativ auf das Konsumentenvertrauen auswirkt. Auf der Produzentenseite zeigen die *Purchasing Manager Indices* für die Vereinigten Staaten jedoch ein positiveres Bild; dies ist bedingt durch eine momentan stärkere Nachfrage, hauptsächlich im nicht-produzierenden Gewerbe, wenngleich auch hier Sorgen um gestiegene Inputpreise und Materialengpässe bestehen.

USA: Beiträge zum BIP-Wachstum

%-Veränderung gegenüber Vorquartal *letzter Wert: 2021Q3*

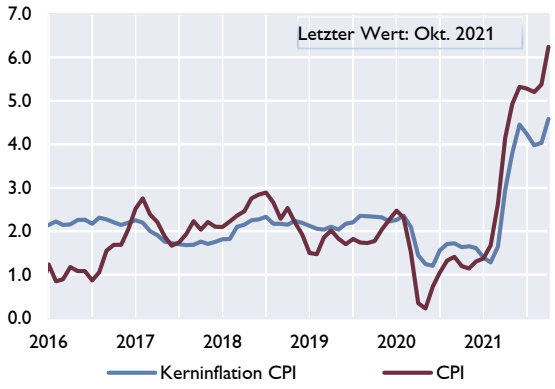


Quelle: Macrobond/Bureau of Economic Analysis.

Die Inflationsentwicklung zeigt im Oktober einen weiteren deutlichen Anstieg des *Consumer Price Index* auf 6,4% ggü. dem Vorjahr (September: 5,6%). Diese Dynamik wird maßgeblich durch die Energiepreise getrieben, welche um 30% ggü. dem Vorjahr gestiegen sind. Auch die Kerninflation stieg im Oktober auf 4,6% und ist damit um 0,6 Prozentpunkte höher als im September. Während einzig Preise für Flugtickets geringfügig gesunken sind, verzeichnen

USA: Entwicklung der Verbraucherpreise (CPI)

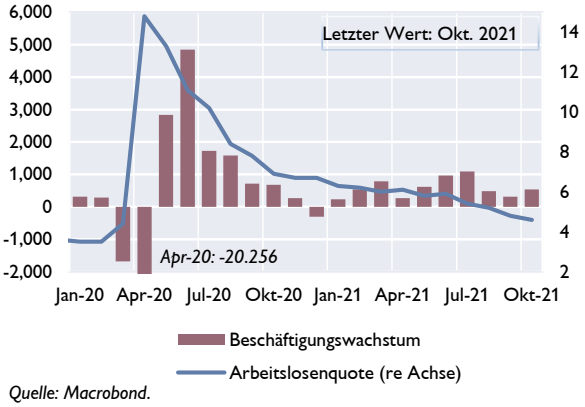
%-Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



Quelle: Macrobond, BLS.

USA: Beschäftigungswachstum und Arbeitslosenquote

in Tausend *in Prozent*



Quelle: Macrobond.

gebrauchte und neue Kraft- und Lastkraftfahrzeuge, medizinische Leistungen sowie Kosten für Unterkunft teilweise starke Preisanstiege. Das Beschäftigungswachstum im Oktober übertraf die Erwartungen und die Arbeitslosenquote erreichte mit 4,6% nahezu das Niveau vor der Pandemie (4,4% im März 2020). Die Europäische Kommission prognostiziert für die Vereinigten Staaten für 2022 eine Inflation in Höhe von 3,3% und für 2023 einen Rückgang auf 2,2%. Die

marktbasierten Erwartungen für die durchschnittliche 5-Jahres Inflationsrate in 5 Jahren liegt gut verankert per 23. November bei knapp über 2,2%.

Die US-Notenbank Fed sieht die US-Wirtschaft derzeit auf einem positiven Weg, sodass Anfang November ein allmähliches Rückfahren des Ankaufsprogramms in Höhe von 120 Mrd USD monatlich (aufgeteilt in 80 Mrd USD für Staatsanleihen und 40 Mrd USD für hypothekenbesicherte Wertpapiere) beschlossen wurde. Sukzessive wird die Fed daher monatlich ihre Anleihekäufe um 10 Mrd USD für Staatsanleihen bzw. 5 Mrd USD für hypothekenbesicherte Wertpapiere reduzieren. Die Rückführung der Ankäufe würde gemäß diesem Plan dann im Juni 2022 enden, wobei seitens der Fed kommuniziert wurde, dass während dieser Periode keine Zinserhöhungen stattfinden werden, man aber hinsichtlich des avisierten Plans zum Abbau des Ankaufsprogramms flexibel auf die aktuellen ökonomischen Entwicklungen reagieren wird.

Auf der Fiskalseite erfolgte Anfang November die finale Ratifizierung des Gesetzes zu Investitionen in die Infrastruktur in Höhe von 1,2 Billionen USD über die nächsten fünf Jahre. Durch diesen Fiskalimpuls wird eine Erweiterung der Kapazität der US-Wirtschaft über die nächsten Jahrzehnte erwartet. Die kurzfristigen Effekte, insbesondere in Hinblick auf die Inflation, sind jedoch einigen Unsicherheiten unterworfen. Der zweite Teil der geplanten Fiskalinitiative der Biden-Administration, das größere „*Build Back Better*“ Gesetz mit überwiegend sozialen Schwerpunkten, sieht Investitionen in Bildung, in die öffentliche Gesundheitsversorgung sowie für Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels in Höhe von 1,75 Billionen USD vor. Dieses Paket wird derzeit noch durch die Republikanische Partei sowie von einigen Mitgliedern der Demokratischen Partei blockiert, sodass in nächster Zeit nicht mit einer Einigung gerechnet wird.

China: Wachstum im dritten Quartal deutlich verlangsamt

Die chinesische Wirtschaft verzeichnet zwar mit 4,9% y-o-y im dritten Quartal erneut positive Zuwächse allerdings hat sich das Quartalswachstum zuletzt abgeschwächt. Dafür verantwortlich sind die Reaktionen auf lokale Virusausbrüche, die Energieknappheit sowie die Verwerfungen am chinesischen Immobilienmarkt. Diese Faktoren drückten den privaten Konsum, einer der wichtigsten Wachstumskomponenten, deutlich nach unten. Obwohl dies auch in Zusammenhang mit geopolitischen Aspekten ein Abwärtsrisiko für das weitere Wirtschaftswachstum darstellt, revidierten sowohl die EK als auch der IWF ihre Prognosen für 2021 und 2022 mit 0,1 Prozentpunkten nur marginal nach unten. Die EK geht für das aktuelle Jahr von einem Wachstum von 7,9% und der IWF von 8,0% aus. Im nächsten Jahr wird dann von diesen Institutionen ein Wachstum von 5,3% bzw. 5,6% prognostiziert.

Die chinesische Regierung verfolgt nach wie vor eine strikte Null-Covid-Strategie, wobei auch auf kleinere Ausbrüche mit strengen Beschränkungsmaßnahmen reagiert wird. Darüber hinaus führt der vorherrschende Energieengpass trotz Umschichtung auf kohlebasierte Energieerzeugung teilweise zu Schließungen von Produktionsstätten. Dies wirkt sich insgesamt negativ auf die wirtschaftliche Aktivität und auch auf die Preisentwicklung aus. Während die Jahresinflationsrate, gemessen am Konsumentenpreisindex, im Oktober um 0,8 Prozentpunkte auf 1,5% gestiegen ist (die Kerninflation notiert bei 2,4%), stiegen die Produzentenpreise mit 13,5% gegenüber dem Vorjahr auf ein Rekordhoch.

Im September 2021 kam es darüber hinaus am chinesischen Immobiliensektor zu Zahlungsausfällen oder -verzögerungen; vor allem der Immobilienentwickler Evergrande war davon betroffen. Auf diese Entwicklungen reagierte der internationale Finanzmarkt, insbesondere

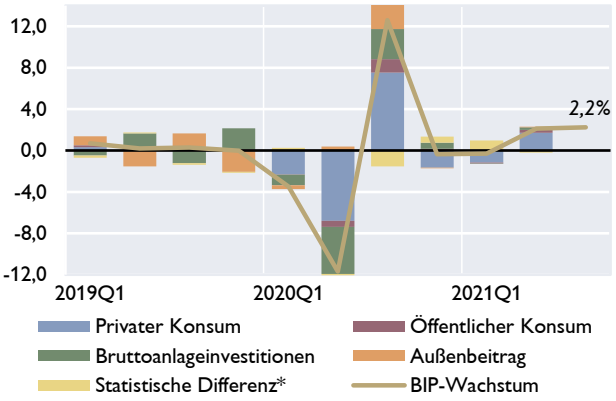
bei im Ausland notierten Titel, zu Beginn mit verstärkter Volatilität. So sind die Aktienkurse der betroffenen Immobilienentwickler, wie zum Beispiel *Evergrande*, *Sinic Holding* oder *Modern Land*, deutlich gefallen und drückten damit diverse chinesische Börsenindizes. Zudem kam es letzthin zu einem deutlichen Anstieg der Zinsen für in US-Dollar denominierte Unternehmensanleihen asiatischer Unternehmen mit niedriger Bonität (*high-yield US-Dollar corporate bonds*) und somit zu deutlich ungünstigeren Finanzierungsbedingungen für die betroffenen Unternehmen. Darüber hinaus waren die Auswirkungen bisher eher begrenzt. Die chinesische Regierung reagierte bisher verhältnismäßig passiv auf die Entwicklungen am Immobilienmarkt. Große Finanzhilfen für betroffene Unternehmen scheinen derzeit keine Option zu sein. Die chinesische Zentralbank senkte zwar bereits Mitte Juli die Mindestreservequote für alle Finanzinstitute um 50 Basispunkte, die kurz- und mittelfristigen Zinssätze blieben jedoch unverändert. Während die Gefahr einer globalen Finanzmarktreaktion gegenwärtig als eher gering angesehen wird, könnte ein Wachstumseinbruch in China zu einem Rückgang des Weltwirtschaftswachstums führen und somit auch Europa treffen.

Euroraum: stabiles drittes Quartal mit steigender Inflation

Auch im dritten Quartal zeigt die Wirtschaft des Euroraums mit 2,2% gegenüber dem Vorquartal ein unverändert stabiles Wachstum. Im zweiten Quartal wuchs die Wirtschaft um 2,1% und war maßgeblich durch den privaten Konsum getragen. Die EK hat ihre Prognose für den Euroraum für 2021 und 2022 um jeweils 0,2 Prozentpunkte auf 5,0% bzw. 4,3% nach oben revidiert. Als Gründe dafür führte die EK die teilweisen Erfolge bei der Durchimpfung, die angestiegene Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen sowie die stark expansiven geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen an. Jedoch könnten die derzeitigen starken Anstiege der Infektionen zu neuerlichen (partiellen) Lockdowns führen, was zusätzlich zu den vorherrschenden Lieferschwierigkeiten und der momentanen Energiepreisentwicklung ein deutliches Abwärtsrisiko darstellt.

Euroraum: Wachstumsbeitrag zum realen BIP

in % zum Vorquartal (saison- und arbeitstägig bereinigt) *letzter Wert: 2021Q3*



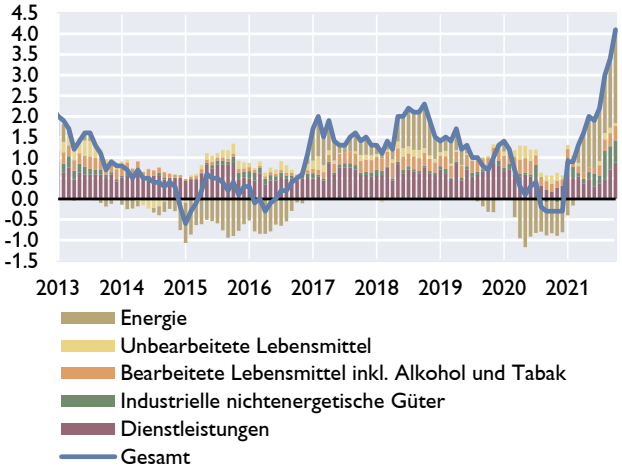
*Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.*

Auch im Euroraum stieg die Inflation, gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), im Oktober auf 4,1% gegenüber dem Vorjahr und die Kerninflation auf 2%. Innerhalb des Euroraums zeichnet sich jedoch auch eine gewisse Heterogenität ab, wobei die Inflationsrate in Litauen mit 8,2% am höchsten und jene von Malta mit 1,4% am niedrigsten ist. Stark gestiegene Energiepreise stellen die Hauptursache des Anstiegs dar, die durch rezente geopolitische Entwicklungen weiterhin ein Aufwärtsrisiko für die Inflation darstellen. Aber auch Dienstleistungen und Industriegüter treiben die Inflation nach oben. Mittelfristig bleibt abzuwarten, ob und wie stark sich diese Preiserhöhungen auf Lohnverhandlungen auswirken und diese dann durch die Produzenten an die Endverbraucher weitergegeben werden. So liegt die Arbeitslosenquote im Euroraum im dritten Quartal erstmalig auf dem Vorkrisenniveau. Die Veränderung der Arbeitslosenquote vom zweiten zum dritten Quartal betrug -0,5 Prozentpunkte

und liegt nun bei 7,5%. Auch die Jugendarbeitslosigkeit sank um 1,5 Prozentpunkte auf 16,3%. Insgesamt bewegen sich die marktbasierten Inflationserwartungen und die rezenten Inflationsprognosen der EK für 2022 im Euroraum stabil um 2%.

Euroraum: HVPI-Inflation und ihre Komponenten

Jahresänderungsrate *letzter Wert: Okt. 2021*



Quelle: Eurostat.

Die Entwicklungen auf der Produzentenseite spiegeln sich auch in den umfragebasierten Stimmungsindikatoren des *Composite PMI* im Euroraum wider. So sank der Index, der die Erwartungen des verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors über die ökonomische Entwicklung abbildet, auf ein Sechsmonatstief und notierte im Oktober bei 54,2 Punkten. Während der Dienstleistungssektor den Index positiv stützt, berichtet der verarbeitende Sektor, bedingt durch Lieferengpässe und Lieferkettenprobleme, Produktionsrückgänge, was letztendlich zu einem leichten Rückgang des Optimismus führte. Während sich Personalengpässe zwar langsam verringern, bereiten den Produzenten die steigenden Energie- und Inputpreise Sorgen. Diese Preissteigerungen wurden teilweise bereits an die Endverbraucher weitergegeben. Im Dienstleistungssektor hingegen führte die Entspannung bezüglich der Personalsituation zu einem Abbau der Überschussnachfrage, was sich positiv auf die Erwartung der wirtschaftlichen Lage auswirkte.

CESEE-6: Breit abgestützte Erholung in einem Umfeld erhöhter Unsicherheiten; Russland: Rückkehr zu moderatem Wachstum bei anhaltend hohen Risiken

OeNB-BOFIT-Prognose für ausgewählte CESEE-Länder und Russland[3,4]

In Anbetracht der starken Konjunkturbelebung im zweiten Quartal 2021 wurde die BIP-Wachstumsprognose für die CESEE-6-Länder auf +5,1% für das Gesamtjahr 2021 nach oben revidiert. Das BIP-Wachstum in der CESEE-6-Region wird auch im weiteren Prognosezeitraum mit +4,5% (2022) und +3,8% (2023) dynamisch bleiben. Die stärksten Zuwächse verzeichnen 2021 Kroatien, Rumänien und Ungarn, während der Aufschwung in Tschechien verhalten bleibt. Der Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage bleibt kräftig, nimmt jedoch über den Prognosehorizont leicht ab. Die Wachstumsimpulse verlagern sich vom privaten Konsum hin zu den Bruttoanlageinvestitionen, die ab 2022 durch EU-Mittel gestärkt werden. Angesichts der zweistelligen Wachstumsraten der Exporte und Importe im laufenden Jahr – letztere analog zur regen Inlandsnachfrage – und einer weiterhin soliden Wachstumsdynamik in den Folgejahren, bleibt der Beitrag des Außenhandels über den Prognosezeitraum hinweg negativ mit wenigen Ausnahmen. Ausgehend von dem für 2021 und 2022 angenommenen kräftigen Aufschwung im Euroraum wird sich in den CESEE-6-Ländern erst 2023 erneut ein Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euroraum einstellen (+1,7 Prozentpunkte).

Eineinhalb Jahre nach Beginn der COVID-19-Pandemie ist die vorliegende Prognose angesichts der Ungewissheit über den weiteren Verlauf der Pandemie, der geringen Impfraten in der Region und der Lieferengpässe in internationalen Wertschöpfungsketten nach wie vor mit einem erheblichen Maß an Unsicherheit behaftet, wobei die Abwärtsrisiken deutlich überwiegen.

OeNB-BOFIT-BIP-Prognose 2021-2023 im Vergleich zum World Economic Outlook des IWF

	Eurostat/ Rosstat	OeNB/BOFIT October 2021			IWF World Economic Outlook October 2021			Unterschiede zwischen OeNB und IWF		
				Prognose						
	2020	2021	2022	2023	2021	2022	2023	2021	2022	2023
	Jahreswachstum in %							*in Prozentpunkten*		
CESEE-6	−3.9	5.1	4.5	3.8	5.6	4.9	3.7	−0.5	−0.4	0.0
Bulgarien	−3.8	4.4	3.8	2.8	4.5	4.4	4.0	−0.1	−0.6	−1.2
Kroatien	−7.7	7.0	4.1	3.5	6.3	5.8	4.0	0.7	−1.7	−0.5
Tschechien	−5.8	3.3	4.1	3.2	3.8	4.5	4.1	−0.5	−0.4	−0.9
Ungarn	−4.8	6.2	4.5	3.2	7.6	5.1	3.8	−1.4	−0.6	−0.6
Polen	−2.7	4.4	4.8	4.1	5.1	5.1	3.5	−0.7	−0.3	0.6
Rumänien	−3.7	7.0	4.5	4.1	7.0	4.8	3.8	0.0	−0.3	0.3
Russland	−3.0	3.7	2.8	2.4	4.7	2.9	2.0	−1.0	−0.1	0.4

Anmerkung: saisonbereinigte Daten für 2020.
Quellen: OeNB-BOFIT-Prognose April 2021, IWF, Eurostat, Rosstat.

Für Russland wurde die Prognose für 2021 aufgrund günstigerer Aussichten für das globale Wachstum und hoher Ölpreise auf +3,5% nach oben revidiert. Das Wachstum wird sich 2022/2023 leicht abschwächen und im Durchschnitt knapp über +2,5% liegen. Allerdings ist auch die für Russland vorliegende Prognose mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Auf längere Sicht wird die russische Wirtschaft lediglich ein Wachstum von

[3] Autorin: Julia Wörz (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

[4] Stichtag für die dieser Prognose zugrunde liegenden Daten: 1. Oktober 2021. Die Projektionen für die CESEE-6-Länder – Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn – wurden von der OeNB erstellt; jene für Russland wurden von der Bank of Finland in Kooperation mit der OeNB ausgearbeitet. Die Projektionen beruhen auf der Annahme eines BIP-Wachstums im Euroraum von 5,0% 2021, 4,6% 2022 und 2,1% 2023 und eines durchschnittlichen Ölpreises von 70 USD in 2021, 78 USD in 2022 und 71 USD in 2023 (jeweils pro Barrel).

1,5% bis 2,0% pro Jahr verzeichnen, da von keinen weitreichenden Anpassungen auszugehen ist, die im Prognosezeitraum die Funktionsweise der Märkte verbessern und die Wirtschaftstätigkeit ankurbeln würden.

CESEE-6: balanced growth composition, with contributions shifting from private consumption to fixed investment over the forecast horizon

A decisive recovery set in during the first half of 2021 in all CESEE-6 economies apart from Czechia and vigorous inflation dynamics induced first interest rate hikes by the four central banks in the region that pursue an inflation target.

While these monetary policy reactions added to the generally tightening financial conditions, we do not expect that they will exert a significant dampening effect in the current year, especially since unconventional measures, such as quantitative easing programs in Hungary and Poland, and other measures, like state guarantees in Romania, remain in place. We continue to assume a gradual and orderly phasing out of the monetary stimulus in our baseline projections. Hence, the monetary policy stance will attenuate economic activity in the region only moderately, at least in the near term.

At the same time, fiscal support is being reduced. However, in contrast to the scaling-back of fiscal stimulus in normal times, the removal of crisis-related measures such as wage support and furlough schemes will not weigh on growth dynamics, especially in light of vivid demand. Beyond the removal of crisis-related measures, we do not expect substantial fiscal consolidation. Although pandemic-related support measures are being scaled back, other fiscal support measures in individual countries – such as increases in pensions in Bulgaria, Czechia, Hungary, Poland (due to a one-off 14th pension benefit) and Romania (due to the indexation system in place), family support measures in Bulgaria and Hungary, personal income tax or social security exemptions in Hungary and Poland – add toward an overall rather supportive fiscal stance. In sum, we expect the mildly dampening effect of monetary policy to be compensated by a still moderately positive impetus from fiscal policy.

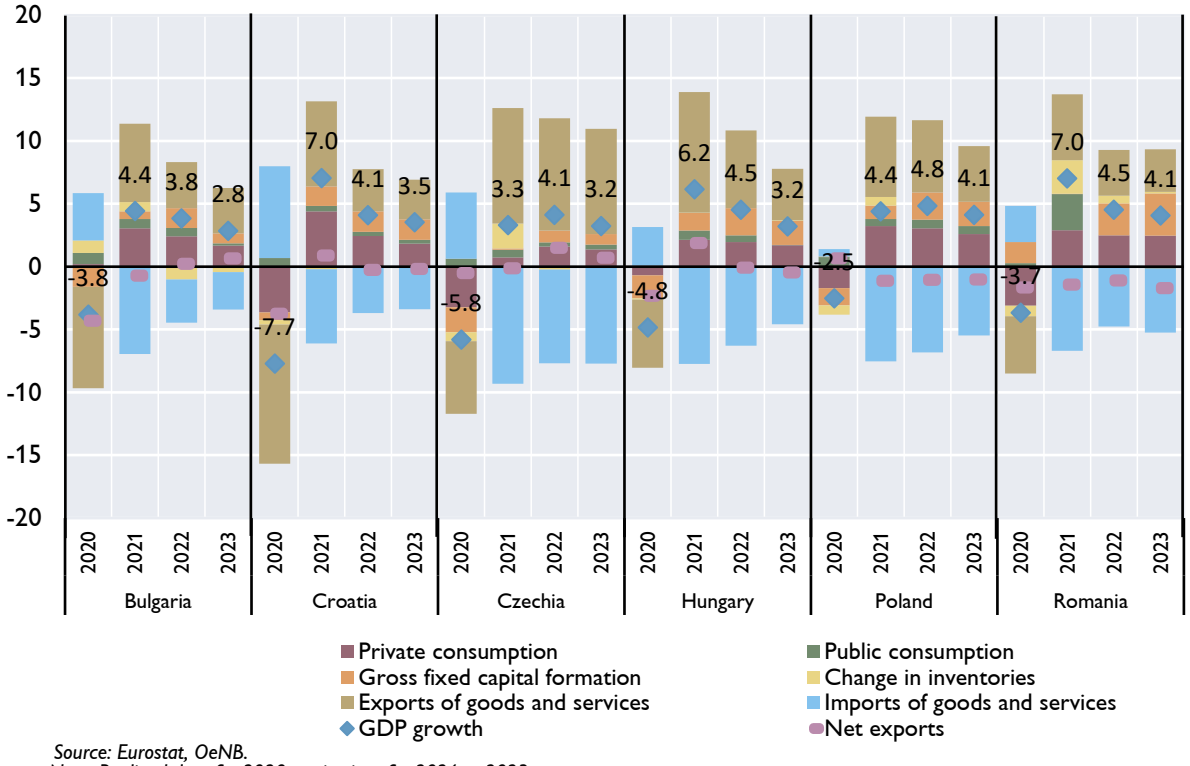
Compared to the first half of 2021, growth dynamics will decelerate again during the second half of the year but remain solid, prompting us to revise our forecast upward by 1.1 percentage points for 2021 to a region-wide average of 5.1% year-on-year. The most striking difference across countries is marked by the considerable weaker performance of the Czech economy, which is i. a. related to supply chain frictions, the shutdown in a major car production line in the final quarter of the year, surprisingly strong monetary tightening and worsening business and household sentiment. Also, in Poland, high inflation and envisaged weakening in consumption dynamics toward the end of the year will lead to comparatively moderate GDP expansion of 4.4% year on year in 2021, albeit implying an upward revision. In 2022 and 2023, average GDP growth of the CESEE-6 region will slow down somewhat to 4.5% in 2022 and 3.8% in 2023. In line with their weaker performance this year, Poland and Czechia will exhibit a different pattern and their GDP growth will accelerate in 2022 before softening again in 2023. The positive growth differential of the CESEE-6 region vis-à-vis the euro area in 2020 (of almost 3 percentage points) will vanish to zero in 2021 and 2022 and re-emerge only in 2023 (at +1.7 percentage points).

Economic growth will be balanced, resting on both, strong domestic and external demand. Within domestic demand, the growth composition will shift from private consumption in 2021 toward gross fixed capital formation in the following years, as the latter will strongly be backed by EU funds. With solid growth of exports and imports, the net contribution of exports remains negative over the projection horizon, with a few exceptions (see chart 1).

Chart 1

CESEE-6: GDP and GDP components

GDP contributions in percentage points, year-on-year GDP growth in %



Source: Eurostat, OeNB.
Note: Realized data for 2020, projections for 2021 to 2023.

Private consumption remains an important growth pillar, EU Funds back investments from 2022 onward

Private consumption will lead the rebound of domestic demand in the remainder of the year, adding some 2.7 percentage points to GDP growth for the full year of 2021. With reviving employment growth, decreasing unemployment rates and robust wage growth, labor market conditions remain favorable and, together with rising pension income, will spur private consumption. At the same time, currently strong inflation dynamics will weigh on disposable incomes in the near term before being (partially) incorporated in wage increases, especially so in Poland. As such, negative inflation effects on private consumption should be more than offset by positive labor market developments over the projection horizon. Overall, private consumption growth will remain robust at around 4% p.a. in 2022 and 2023 and its growth contribution will decline somewhat.

Public consumption will also make a notable growth contribution of more than 1 percentage point in 2021. In addition to the part of pandemic-related spending that is not accounted for as transfers, public sector wage increases (Bulgaria, Hungary), government job creation measures (Croatia) and election-related spending (Hungary) add to the picture. The growth contribution of public consumption will halve in 2022 and fall further in 2023, in line with the weakening fiscal stimulus. In Hungary, some pre-election spending will continue until spring 2022, yet no further elections are scheduled in the CESEE-6 in 2022, even if there is a certain risk of early elections in Romania.

Gross fixed capital formation records a strong rebound, which so far has been mainly driven by base effects in 2021. Comparatively low levels of capacity utilization (despite a pronounced increase since the trough observed in the second quarter of 2020) and continuously elevated uncertainty prohibit a sharper rebound in 2021. In Croatia, earthquake reconstruction additionally has been supporting gross fixed capital formation already in 2021. With the greatly increased availability of EU funds from the overlapping payment cycles of two multiannual financial frameworks (2014–2020 and 2021–2027) and the NextGenerationEU (NGEU) recovery instrument, a notable boost is expected for 2022 and 2023. The growth contribution will more than double in this period to 2 percentage points, driven by particularly buoyant investment growth in Hungary, Poland and Romania, even though in the in Romania, this will depend on its absorption rate. Tightening financing conditions act as a countervailing factor, while increasing labor shortages, loan guarantee programs and subsidies in some countries (i.e. loan guarantees for corporates in Bulgaria, new home program in Romania, housing subsidies in Hungary) underpin investment growth.

Overall, foreign demand remains an important growth pillar owing to the simultaneous and strong recovery of economic activity in important trading partner countries and the deep economic integration of all CESEE-6 countries. Exports will record double-digit growth rates this year and remain strong thereafter, although they will soften year after year. It is unclear to what extent delivery bottlenecks and hence supply shortages will weigh on export growth and thereby counteract favorable external demand conditions. In tandem with export growth, also import growth will recover vividly, backed further by strong domestic demand, including fixed investment. This will render the net contribution of exports slightly negative over the forecast horizon, with a few exceptions (Hungary in 2021, Czechia and Bulgaria in 2022 to 2023).

Risks to CESEE-6 projections are skewed downward, uncertainty remains elevated

Overall, uncertainty remains elevated and we assess the balance of risks to be strongly on the downside. The major risks comprise the future evolution of the COVID-19 pandemic due to comparably low vaccination rates and little vaccination progress. A second major risk are persistent disruptions in global value chains further increasing backlogs in delivery and production. Unwinding these distortions may take more time than anticipated, thus hampering the recovery of exports, which is a major growth pillar in our baseline projections. Political uncertainty is also prevalent in the region and arises in different forms (difficulties in forming stable governments in both Bulgaria and Romania have impaired an adequate management of the pandemic, the ongoing dispute between the EU and Poland and Hungary about the conformity of Polish and Hungarian legal provisions with EU law and related uncertainty over the disbursement of EU funds to Poland and Hungary). Domestic inflation poses a nonnegligible downward risk if the necessary monetary tightening in the countries pursuing an inflation target should be sharper than anticipated.

Russia: from rebound back to moderate growth, large risks persist

We now see Russia's GDP recovering from last year's comparatively mild 3% dip to rise to more than 3.5%, before it will ease to slightly over 2.5% p.a. on average in 2022/2023. Hence, we have raised our economic forecast for Russia of last spring to reflect improved prospects for global economic growth and thus exports, coupled with already high oil prices. However, we do not see Russia's long-term growth exceeding 1.5% to 2.0% p.a. because no broader systemic adjustments can be expected that would improve the functioning of markets and boost economic activity in the forecast period. Meanwhile, significant uncertainties surround our outlook. There

could be unexpected changes related to the COVID-19 pandemic, global growth, oil prices, the return of international tourism, the development of (pent-up) consumer demand and possibilities for more generous budget spending.

While the pandemic will likely restrain growth in Russia in 2022, some growth-supporting factors have also gathered weight. Most importantly, the price of oil is currently up and is expected to rise even further in 2022, while market expectations of its gradual decline have somewhat moderated and now see the oil price at around USD 71 per barrel in 2023.

Related to this, improved forecasts for the global economy support Russian export volumes. The easing of oil production ceilings in the OPEC+ agreement this summer has improved the outlook for Russian oil exports. The outlook for gas exports has also become more favorable. Russia's revenues from travel (over 2% of export earnings in 2019) should also recover in the later part of the forecast period.

With a growing economy, rising household incomes and employment will lift private consumption to the extent that it should (finally) surpass the 2014 peak in 2023. The rise in pensions should exceed projected inflation by a couple of percent in line with the 2019–2024 pension hikes. Consumption should also receive a boost from the yet-to-materialize unwinding of the unusually high accumulation of household assets in 2020. Travel abroad from Russia contracted sharply last year and should reverse at a good pace in the later years of the forecast period.

The recovery in fixed investment will continue, and capital formation should (finally) exceed the 2012–2014 level by 2023. While the rise in fixed investment is not expected to be particularly swift, as e. g. industrial capacity utilization remains quite low, the authorities are planning to extend financing from the National Welfare Fund (NWF) for selected projects in the nearer years. The aim is also to motivate corporate investors to participate, which would boost Russian investment expansion to the extent that firms' other investment plans do not get crowded out.

With both export and domestic demand recovering robustly, Russian goods and services imports should also increase rather well. Growth in imports, however, will be limited by the Russian ruble's real exchange rate, which is expected to remain fairly stable as Russian inflation should only slightly outpace inflation in the country's trading partners. The recovery in expenditure on travel will raise Russia's total imports substantially as travel had accounted for 10% of total imports in 2019 (before imports collapsed). Russia's total imports should eventually re-attain about 90% of their 2012–2014 peak. The country's current account surpluses will remain substantial throughout the forecast period.

There are no signs that the Russian authorities consider reneging on their current plan to maintain the budget balance (similar policies were also pursued in the wake of the 2009 and 2015 recessions). Rising fiscal revenues and improved revenue prospects from higher oil prices will help the government as these would permit easing up on the plan's tight spending estimates.

Forecast for Russia is saddled with several significant uncertainties

The forecast for Russia is saddled with several significant uncertainties. The development of the COVID-19 pandemic as well as of global economic growth and of the oil price could take unexpected turns. Notably, the pandemic may not subside globally as expected, thus pulling down growth and oil price indicators. Further, global markets and Russia's relatively nonintegrated markets could heighten inflationary pressures, which in turn could create risks of an increased

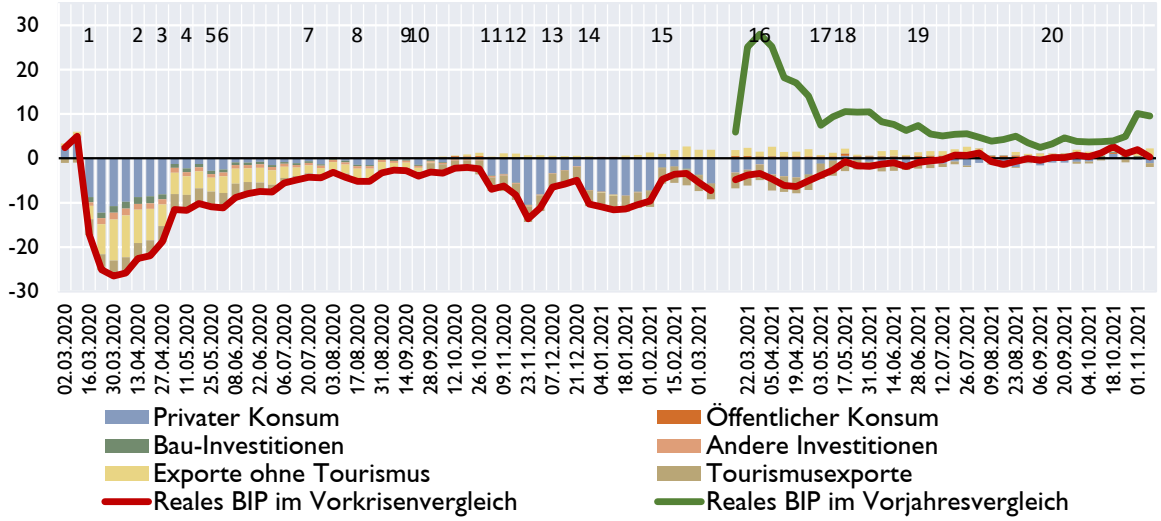
erosion of households' and other sectors' purchasing power. On the other hand, rising oil price futures and brisk economic developments in Russia in recent weeks produce upside risks (such as the unwinding of last year's unusually large accumulation of household assets or strengthened investment growth if planned financing from the NWF brings in corporate investors in a manner that raises overall corporate investment). Swelling government budget revenues may create considerable room for higher budget spending.

Österreich: BIP-Vorkrisenniveau erreicht, aber Abwärtsrisiken durch vierte Welle[5]

In Österreich rollt die vierte Welle der COVID-19-Epedemie. Am 10. November wurde erstmals die Schwelle von 10.000 Neuinfektionen pro Tag überschritten. Auch die Sieben-Tages-Inzidenz liegt bei Rekordwerten und erreichte am 19. November erstmals die 1.000er Grenze. Österreich ist damit im europäischen Vergleich besonders stark von der vierten Welle betroffen. Ein Grund hierfür dürfte in der immer noch geringen Durchimpfungsquote der Bevölkerung liegen (derzeit ca. 140 Impfdosen je 100 Einwohner), auch wenn diese aufgrund der zuletzt getroffenen Maßnahmen einen neuen Schub bekommen hat. Seit 8. November gelten erhebliche Einschränkungen für nicht-geimpfte und nicht-genesene Personen. Seit dem 22. November gilt ein bundesweiter Lockdown auch für geimpfte und genesene Personen, der vorerst auf 20 Tage beschränkt ist.

Wöchentlicher BIP-Indikator für Österreich

Veränderung des realen BIP ggü. der entsprechenden Kalenderwoche im Vorkrisenzeitraum bzw. der entsprechenden Kalenderwoche des Vorjahres in %



1: Lockdown (16. März) 2: Öffnung kleiner Geschäfte (14. April) 3: Öffnung aller Geschäfte (2.Mai) 4: Öffnung Gastronomie (15. Mai) 5: Öffnung Hotels (29. Mai) 6: Schrittweise Grenzöffnung (4. Juni) 7: Wiedereinführung Maskenpflicht (24. Juli) 8: Reisewarnungen (Kroatien, Balearen... schrittweise ab 17.Aug) 9: Reisewarnungen für Österreich (ab 16.Sept) 10: Verschärfte Schutzmaßnahmen (ab 21.Sept bzw. ab 25.Okt) 11: Teillockdown (3.Nov) 12: Lockdown (17.Nov) 13: Teillockdown (7.Dez) 14: Lockdown (26.Dez) 15: Teillockdown (8.Feb) 16: Lockdown Ostösterreich (1.Apr) 17: Lockdown Ostösterreich endet (3.Mai) 18: Öffnung Gastronomie, Tourismus- und Freizeitbetriebe (19.Mai) 19: Diverse Lockerungen: Freizeitwirtschaft, Maskenpflicht...(1.Juli) 20: Diverse Verschärfungen bei Maskenpflicht, Gültigkeitsdauer der Tests... (15. Sept)

Quelle: OeNB.

In den meisten wirtschaftlichen Kennzahlen spiegeln sich diese jüngsten Entwicklungen bisher noch kaum wider. Der wöchentliche BIP-Indikator der OeNB zeigte für die Kalenderwochen 41 bis 45 eine durchgängig höhere Aktivität relativ zum entsprechenden Vorkrisenniveau im Jahr 2019. Allerdings ist in Kalenderwoche 45 eine leichte Abschwächung erkennbar, die bereits mit der vierten Welle in Zusammenhang stehen könnte. Gegenüber 2020 hat sich das Wachstum in den letzten Wochen deutlich beschleunigt, was aber primär an Basiseffekten liegt, da die wirtschaftliche Aktivität im November 2020 bereits durch einen Teillockdown beeinträchtigt war.

[5] Autoren: Wolfgang Lechthaler und Mirjam Salish (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Optimistische Prognose der Europäischen Kommission

Die OeNB veröffentlicht ihre neue Konjunkturprognose im Dezember und wird darin die wirtschaftlichen Folgen der jüngsten Entwicklungen inklusive Lockdown und Reisewarnungen abschätzen. Die Europäische Kommission hingegen hat ihre Herbstprognose bereits am 11. November und damit vor dem neuen Lockdown vorgelegt. Die EK erwartet für 2021 ein reales BIP-Wachstum von 4,4%, sowie für 2022 4,9% und für 2023 1,9%. Die EK ist somit etwas optimistischer als das IWF, liefert aber eine ähnliche Einschätzung wie WIFO und IHS (siehe Vergleichstabelle). Die EK sieht die Expansion in den kommenden Jahren vor allem durch die Binnennachfrage getrieben. Abwärtsrisiken sieht sie in einer möglicherweise schwächeren Expansion des Tourismus, in anhaltenden Versorgungsengpässen und in der pandemischen Entwicklung, vor allem in Hinblick auf die niedrige Impfquote in Österreich.

Aktuelle Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

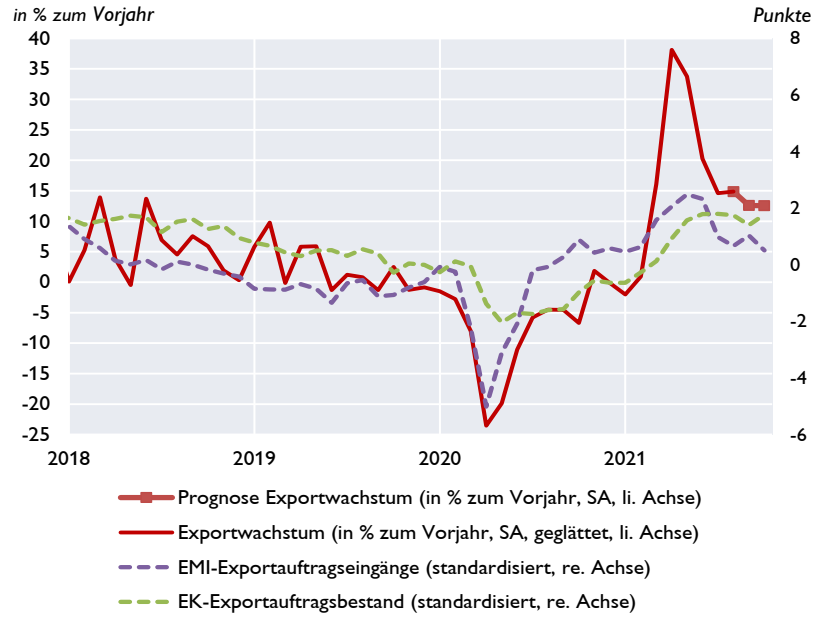
	EK			IWF		WIFO		IHS		OeNB			OECD	
Prognosedatum	11. November			12. Oktober		8. Oktober		8. Oktober		11. Juni			31. Mai	
	2021	2022	2023	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2023	2021	2022
Veränderung zum Vorjahr in %														
BIP, real	4,4	4,9	1,9	3,9	4,5	4,4	4,8	4,5	4,5	3,9	4,2	1,9	3,4	4,2
(H)VPI	2,7	2,5	2,0	2,5	2,4	2,8	3,0	2,6	2,3	2,0	1,8	1,8	2,0	1,9
Beschäftigte	1,7	1,9	0,6	0,6	1,0	2,3	1,9	2,4	2,0	1,1	1,4	0,7	1,1	1,3
Arbeitslosenquote[1], *in %*	5,0	4,6	4,5	6,4	6,0	8,2	7,4	6,4	5,8	5,2	4,8	4,6	5,1	4,8
in % des nominellen BIP														
Leistungsbilanz	−0,1	−0,2	−0,5	1,6	2,0	−0,1	0,0	×	×	2,1	2,2	2,4	1,6	2,3
Finanzierungssaldo Staat	−5,9	−2,3	−1,3	−5,8	−2,9	−6,3	−1,9	−6,7	−2,8	−6,9	−2,8	−2,0	−7,3	−3,1

[1] *Eurostat-Definition; Wifo: nationale Definition.*

Stabile Entwicklung der Güterexporte

Gemäß dem OeNB-Exportindikator waren die Exporte im September und im Oktober relativ stabil (-1,6 % bzw. +1,0 % zum Vormonat, saison- und arbeitstägig bereinigt). Gegenüber den Werten aus dem Vorjahresmonat ergibt sich hingegeben ein kräftiges Wachstum (+12,6% bzw. +10,4%, nicht bereinigt).

Bezüglich der künftigen Entwicklung sind die exportierenden Unternehmen überraschend optimistisch. Die Export-Vorlaufindikatoren der Europäischen Kommission und der Unicredit Bank Austria, die auf einer Einschätzung der Export-Auftragsbestände basieren, deuten auf eine nur graduelle Abschwächung des Exportkonjunktur hin (siehe nebenstehende Grafik). Auch diese Indikatoren dürften jedoch die jüngsten Entwicklungen in der Pandemie noch nicht berücksichtigen.



Quelle: Eurostat, Statistik Austria, ASFINAG, Bank Austria, OeNB.

Nächtigungen in der Sommersaison deutlich unter dem Rekordjahr 2019, aber auch deutlich über den Zahlen aus 2020

Während im August und September die Anzahl der Nächtigungen geringfügig über dem Vorkrisenniveau lag, kam es im Oktober zu einem leichten Rückgang der Nächtigungen. Für November lassen Zahlungskartenumsätze einen deutlichen Nächtigungsrückgang aufgrund des neuerlichen Lockdowns erwarten.

Für die gesamte Sommersaison 2021 (Mai bis Oktober) lagen die Nächtigungen zwar um 16% unter dem Rekordjahr 2019, aber immerhin um 23% über dem Vorjahresniveau. Das Minus gegenüber 2019 ist gänzlich durch einen Einbruch bei ausländischen Touristen bedingt, wohingegen die Nächtigungen inländischer Touristen leicht zunahmen. Eine detaillierte Analyse der Entwicklung im Tourismus findet sich ab Seite 35.

Übernachtungen in Österreich

	Im Vergleich zu 2019 in %			Im Vergleich zu 2020 in %		
	Inländische Touristen	Ausländische Touristen	Gesamt	Inländische Touristen	Ausländische Touristen	Gesamt
Juli 21	15%	-28%	-17%	-1%	1%	0%
August 21	15%	-2%	3%	-6%	28%	15%
September 21	16%	-4%	2%	1%	30%	18%
Oktober 21	9%	-15%	-7%	26%	155%	83%
November 21	-48%	-51%	-49%	60%	353%	149%
Sommer 2021 (Mai-Okt)	3%	-24%	-16%	8%	34%	23%

Quelle: OeNB.

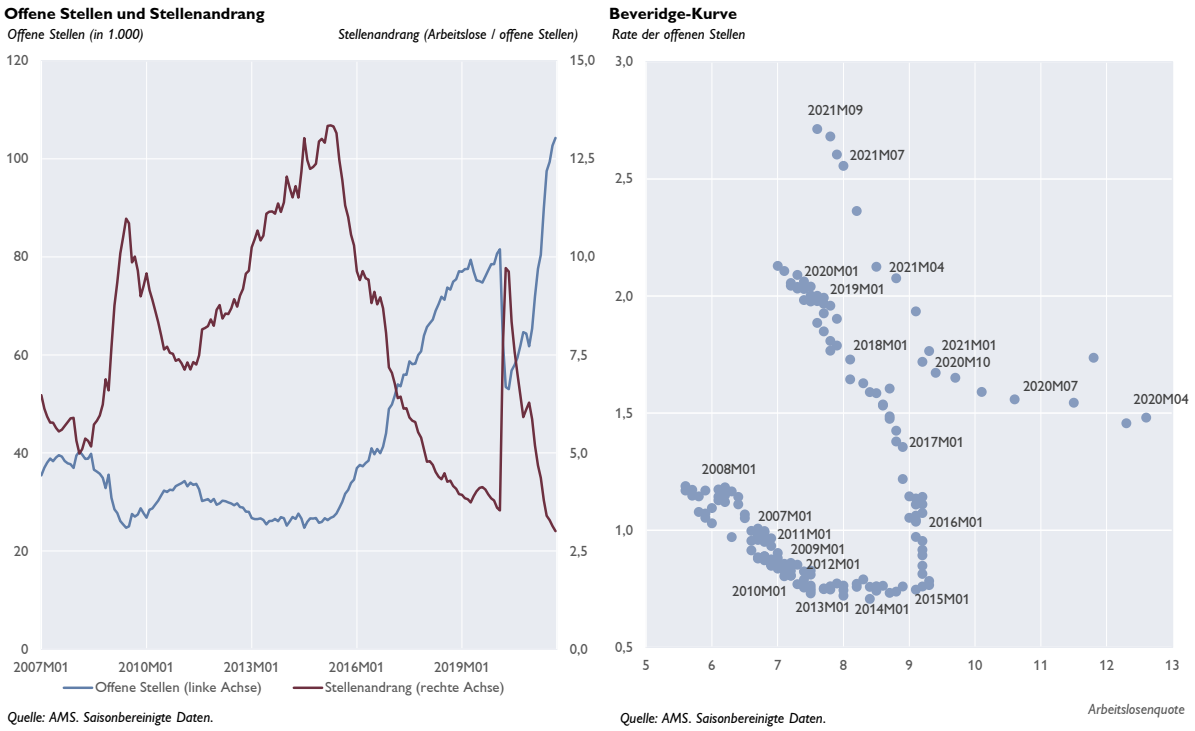
Erholung am Arbeitsmarkt hält an

Die Erholung am Arbeitsmarkt hält weiterhin an und ist von der vierten Welle bisher noch nicht beeinträchtigt. Ende September lag die Anzahl der Arbeitslosen erstmals wieder unter dem jeweiligen Stand von vor der Krise (also gegenüber demselben Kalendertag in 2019). Dieser Trend setzte sich fort, sodass Anfang November 2021 die Anzahl der Arbeitslosen um ca. 20.000 niedriger lag als im November 2019 vor der Pandemie. Die Anzahl der Schulungsteilnehmer hingegen liegt relative konstant im Bereich von 5.000 bis 7.000 oberhalb des Niveaus von 2019. Die Summe aus Arbeitslosen und Schulungsteilnehmern liegt aber auch seit Mitte Oktober beständig unter dem Vorkrisenniveau und Mitte November um etwa 16.000 Personen darunter.

Die Arbeitslosenquote nach heimischer Definition lag im September und Oktober bei 6,5% und damit um einen halben Prozentpunkt niedriger als im Oktober vor zwei Jahren. Die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat-Definition lag im September bei 5,2% (noch keine Daten für Oktober verfügbar), und damit um 0,6 Prozentpunkte höher als noch vor zwei Jahren, aber um 1,2 Prozentpunkte niedriger als vor einem Jahr.

Die Erholung am Arbeitsmarkt geht einher mit einem historischen Anstieg der offenen Stellen, sodass das Verhältnis von offenen Stellen zur Arbeitslosenquote ungewöhnlich hoch liegt (die sogenannte Beveridge-Kurve, siehe Grafik unten). Der angespannte Arbeitsmarkt ist ein Indiz für den Arbeitskräftemangel der ab Seite 29 näher analysiert wird.

Offene Stellen und Arbeitslosigkeit



Quelle: AMS. Saisonbereinigte Daten. *Quelle: AMS. Saisonbereinigte Daten.*

Energiepreise sorgen für weiteren Inflationsanstieg

Die österreichische HVPI-Inflationsrate stieg von 1,5 % im 1. Quartal auf 3,1 % im 3. Quartal 2021 an. Im Oktober 2021 erreichte die HVPI-Inflation mit 3,7 % den höchsten Wert seit knapp 10 Jahren. Für den Inflationsanstieg seit Jahresbeginn waren bis Oktober zu mehr als zwei Drittel die Energiepreise verantwortlich. Im Jahresverlauf ebenfalls angestiegen sind die Inflationsraten für Dienstleistungen sowie Nahrungsmittel (inklusive Alkohol und Tabak). In etwa ein Achtel des Inflationsauftriebs seit Jänner 2021 geht jeweils auf Dienstleistungen sowie Nahrungsmittel (inklusive Alkohol und Tabak) zurück. Des Weiteren trug auch die steigende Teuerungsrate bei Industriegütern ohne Energie zum Inflationsanstieg bei.

Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate lag im Oktober 2021 bei 2,6 % und war somit um 0,6 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn. Diese Differenz ist zu gut zwei Dritteln auf den Inflationsanstieg im Dienstleistungsbereich zurückzuführen und zu einem Drittel auf die gestiegene Teuerungsrate für Industriegüter ohne Energie.

Im Oktober 2021 belief sich die Inflationsrate von Energie auf 20,5% und erreichte damit den höchsten Wert seit Jänner 1997. Für den starken Anstieg im Jahresverlauf waren vor allem die seit Jahresbeginn stark gestiegenen Rohölpreise sowie der Basiseffekt des Rohölpreisverfalls im Vergleichszeitraum des Vorjahres verantwortlich. Noch zu Jahresbeginn lag die Inflationsrate von Energie im negativen Bereich (-5,3 % im Jänner 2021). Innerhalb der Energiekomponente wiesen insbesondere Treibstoffe und Heizöl deutliche Preissteigerungen im Jahresvergleich auf, doch auch die Teuerungsraten von Gas und Elektrizität stiegen zuletzt stark an.

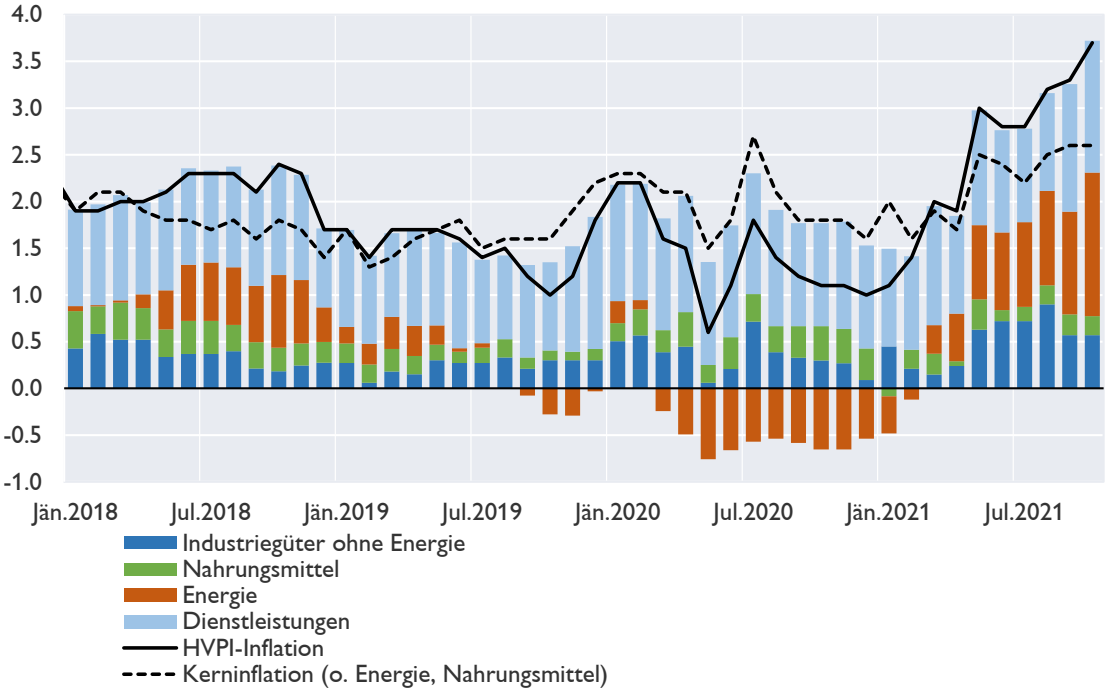
Der Anstieg der Dienstleistungspreise lag im Oktober 2021 bei 3,1% und damit 0,8 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn. Vor allem die Inflationsraten für Beherbergungsdienstleistungen und Gastronomie stiegen in den letzten Monaten (seit der Öffnung im Mai) stark an. Bei den Beherbergungsdienstleistungen lag die Inflationsrate zu Jahresbeginn bei 2,9 % und erreichte im Oktober mit 9,9 % ebenfalls den höchsten Wert seit Beginn der Währungsunion. Des Weiteren legten auch die Teuerungsraten von Freizeit- und

Sportdienstleistungen sowie Kulturdienstleistungen seit Jänner 2021 deutlich zu. Allerdings war gerade in diesen Sektoren der Imputationsanteil zu Jahresbeginn hoch, was eine Interpretation der Inflationsraten erschwert. Etwas gedämpft wurde die Dienstleistungsinflation durch die Preisentwicklung bei Mieten. Die Inflationsrate für Mieten ging seit Jahresbeginn von 5,5 % im Jänner auf -1,4 % im Oktober 2021 zurück.

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Jahresinflationsraten;
Inflationsbeiträge in Prozentpunkten

Letzte Beobachtung: Oktober 2021.



Quelle: Statistik Austria.

Die Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie stieg seit April 2021 von 0,5% auf 3,0% im August 2021 an. Im September und Oktober 2021 lag sie bei 1,9 % und somit nach wie vor deutlich über dem langfristigen Durchschnitt von 0.9 %. Für den Inflationsauftrieb waren vor allem die Preise für Bekleidungsartikel und Schuhe, Möbel und Einrichtungsgegenstände, Kraftfahrzeuge, sowie Computer und elektrische Haushaltsgeräte verantwortlich. Vor allem bei langlebigen Konsumgütern ist von einer partiellen Übertragung der hohen Rohstoffkosten auf die Endverbraucherpreise auszugehen. Zudem haben Basiseffekte die Jahresinflation ansteigen lassen, da nach dem ersten pandemiebedingten Lockdown im Vorjahr ein Ausverkauf bei Möbeln und Einrichtungsgegenständen stattfand. Insgesamt dürfte sich der Preisdruck durch Lieferengpässe (wie beispielsweise bei Halbleitern) sowie die Unterbrechung von Transportketten zunehmend auf die Endverbraucherpreise durchschlagen.

Die Inflationsrate von Nahrungsmitteln (einschließlich Alkohol und Tabak) stieg von -0,5 % im Jänner 2021 auf 1,9 % im Mai 2021 an und lag im Oktober zuletzt bei 1,2 %. Die Nahrungsmittelinflation lag trotz des Anstiegs im Jahresverlauf unter ihrem langfristigen Durchschnitt von 2,1 %.

Aufwärtsrevision der Inflationsprognose für 2021 und 2022 erwartet

Laut Inflationsprognose[6] der OeNB vom September 2021 wird die HVPI-Inflationsrate für das Jahr 2021 2,4% betragen, gefolgt von 2,2% im Jahr 2022. Die seit Veröffentlichung der Prognose verzeichneten Inflationsraten sowie die Entwicklung der Rohstoffpreise (allen voran der Rohölpreise) legen jedoch nahe, dass die Inflationsprognose im Dezember sowohl für 2021 als auch 2022 deutlich nach oben revidiert wird. Während die anhaltende wirtschaftliche Erholung sowie bestehende Angebotsengpässe auch im Jahr 2022 für Preisdruck sorgen werden, wird ab Mitte des Jahres eine Entspannung auf den Rohstoffmärkten (insbesondere bei den Rohölpreisen, aber auch bei Preisen für nichtenergetische Rohstoffe) erwartet. Dies führt dazu, dass die Inflationsrate gegen Ende des Jahres 2022 wieder leicht zurückgehen wird[7].

[6] Diese Septemberprognose bezieht HVPI-Detaildaten bis August 2021 mit ein. Entwicklungen, die nach dem 20.09.2021 stattfanden, wurden nicht berücksichtigt.

[7] Die Dezemberprognose für Österreich wird am 22. Dezember 2021 veröffentlicht. Eine detaillierte Beschreibung der OeNB Inflationsprognose wird in der OeNB-Publikation „Inflation aktuell Q4/2021“ unter https://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/inflation-aktuell.html erfolgen.

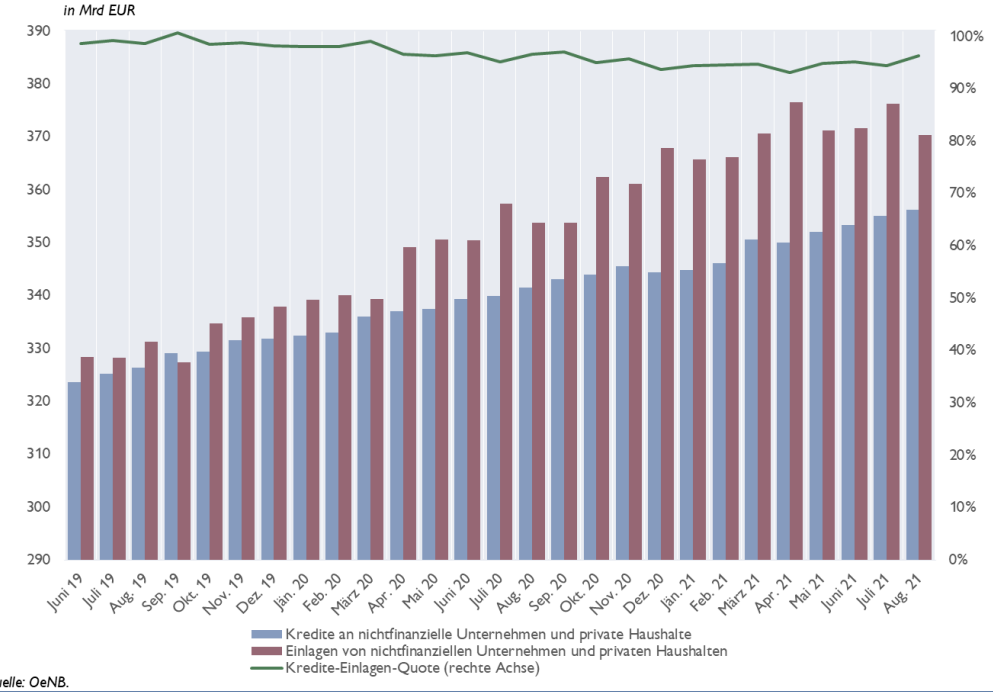
Geldpolitische Maßnahmen spiegeln sich in den Bilanzen der Banken wider[8]

Die Bilanzsumme der in Österreich ansässigen Monetären Finanzinstitute (MFIs) wurde von Dezember 2019 bis Dezember 2020 deutlich stärker als in den Jahren zuvor, nämlich um +11% ausgeweitet. Von Jahresende 2020 bis August 2021 stieg die Bilanzsumme um 4%, was den Jahresdurchschnitten von 2018 und 2019 entspricht. Das Bilanzsummenwachstum ist seit 2020 sowohl aktiv- als auch passivseitig maßgeblich auf die Transaktionen mit der OeNB, die die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats in Österreich umsetzt, zurückzuführen. Das Jahr 2020 war pandemiebedingt von zahlreichen Herausforderungen geprägt, auf die der EZB-Rat beginnend im März 2020 mit einer deutlichen Lockerung des Zugangs zu den gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften im Rahmen des TLTRO-III-Programms reagierte, um potenziell möglichen Refinanzierungsengpässen aufgrund der Pandemie bei Banken und in weiterer Folge in der Realwirtschaft zuvorzukommen.

Die Forderungen (hierzu zählen insbesondere jene liquiden Mittel, die für die Erfüllung der Mindestreserve auf den Konten der OeNB gehalten werden) gegenüber der OeNB stiegen von 41 Mrd EUR im Jahr 2019 auf 110,7 Mrd EUR im Jahr 2020 bzw. auf 137 Mrd EUR im August 2021. In Relation zur Bilanzsumme stieg demzufolge die Bedeutung der Forderungen gegenüber der OeNB von 5% per Ende 2019 auf 11% im Jahr 2020 und schlussendlich auf 13% im August 2021.Die Einlagen der OeNB bei den Geschäftsbanken nahmen demgegenüber von 18,4 Mrd EUR im Jahr 2019 auf 68,3 Mrd EUR im Jahr 2020 zu. Im August 2021 beliefen sich die Einlagen auf 86 Mrd EUR, was einem Anteil an der gesamten Bilanzsumme österreichischer MFIs in Höhe von 8% entsprach (2019: 2%).

Grafik 1

Forderungen MFI gegenüber OeNB, Einlagen OeNB bei MFI in Österreich



Quelle: OeNB.

[8] Autoren: Manuel Schubert (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken), Tina Wittenberger (Abteilung Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht)

Die mit Abstand höchsten Anstiege der Forderungen und Einlagen der in Österreich ansässigen MFIs gegenüber der OeNB wurden im Juni 2020 verzeichnet, als die Einlagen im Vergleich zum Vormonat um 31,4 Mrd EUR und die Forderungen um 26,5 Mrd EUR zunahmen. Dies geht mit der besonders starken Teilnahme an der vierten TLTRO-III-Operation im Juni 2020, die auch den Beginn des Besonderen Verzinsungszeitraums darstellt, einher. Im März 2021 kam es zu einer weiteren starken Ausweitung der Einlagen (+10,4 Mrd EUR) bzw. der Forderungen (+18,9 Mrd EUR) gegenüber der OeNB. Auch bei dieser Entwicklung lässt sich ein zeitlicher Zusammenhang mit einer der quartalsweise stattfindenden Tenderoperationen des TLTRO-III-Programms feststellen. Nicht nur in zeitlicher Hinsicht, sondern auch bei der Einzelbankanalyse lässt sich eine Korrelation zwischen der Nutzung des TLTRO-III-Programms (Einlagen) und der Ausweitung der jeweiligen Mindestreserveguthaben (Forderungen) feststellen. Dies spiegelt auch eine gewisse Vorsichtshaltung seitens der Banken angesichts der Unsicherheiten über den weiteren Verlauf der Pandemie wider.

Entwicklungen in Euroraum

Äquivalent zur Entwicklung in Österreich zeigen sich die Effekte der gelockerten geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank auch bei Betrachtung aller MFIs im Euroraum. Seit dem Jahr 2019 stiegen im Euroraum insgesamt die Forderungen des MFI-Sektors gegenüber den Zentralbanken des Eurosystems von 1.819 Mrd EUR um 147% auf 4.488 Mrd EUR im August 2021 an. Im Zeitverlauf erhöhte sich somit der Anteil dieser Ausleihungen an der gesamten Bilanzsumme rund 6% zum Jahresultimo 2019 auf 12% im August 2021. Die Einlagen der Zentralbanken im Eurosystem stiegen demgegenüber im gleichen Zeitraum von 662 Mrd EUR auf 2.258 Mrd EUR, was zu einer Verdreifachung des Anteils an der Bilanzsumme – von 2% im Dezember 2019 auf 6% im August 2021 – führte.

Im Euroraum wurde ebenfalls der mit Abstand höchste Anstieg der Forderungen und Einlagen von ansässigen MFIs gegenüber dem Eurosystem im Juni 2020 verzeichnet, wo es zu einer Ausweitung der Einlagen um 493 Mrd EUR und der Forderungen um 584 Mrd EUR kam. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich auch im März 2021, wo die Einlagen um 299 Mrd EUR und die Forderungen um 301 Mrd EUR signifikant anstiegen. In beiden Fällen lässt sich lässt sich im Euroraum insgesamt – so wie auch in Österreich – ein zeitlicher Zusammenhang mit den TLTRO-III-Operationen feststellen.

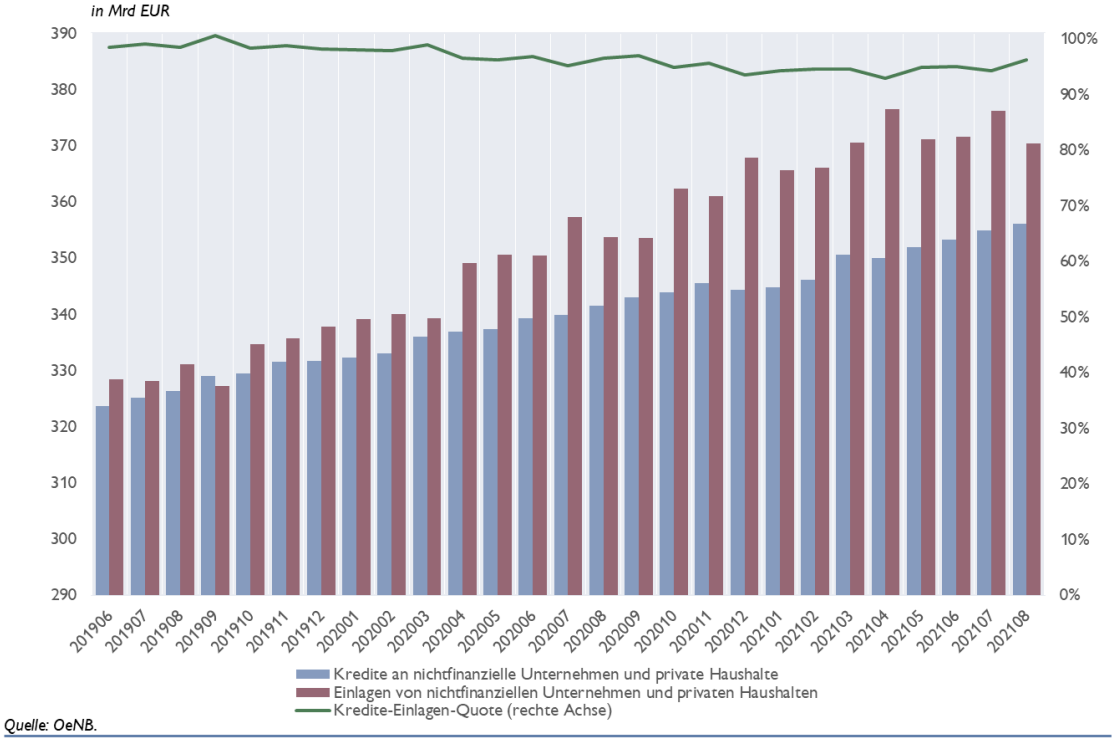
Österreichische Banken erfüllen auch in pandemiebedingt schwierigen Zeiten ihre Intermediationsfunktion

Kredite und Einlagen privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen in Österreich stiegen im Jahr 2020 und darüber hinaus an.

Bei den Krediten an private Haushalte in Österreich lag die Jahreswachstumsrate Ende 2020 bei 3,6% und damit im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Getragen wurde dieses Wachstum im Jahr 2020 von Wohnbaukrediten, deren Wachstumsrate bei durchschnittlich 5,5% im Vergleich zum Vorjahr lag. Demgegenüber war die Konsumkreditvergabe rückläufig, was einen Trend der letzten Jahre fortsetzte, der sich durch pandemiebedingt mangelnde Konsummöglichkeiten und die Unsicherheiten über den weiteren Verlauf der Pandemie, verstärkt haben dürfte. Das Kreditwachstum im Bereich der Immobilienkredite zog im Jahr 2021 sogar noch an. Diese Entwicklung setzte sich im Jahr 2021 fort: Im August 2021 betrug das Wachstum bei Krediten an private Haushalte im Vorjahresvergleich 4,7% – ebenfalls ausschließlich getragen durch das Immobilienkreditwachstum (6,8%); das Konsumkreditwachstum war mit -2,5% im August 2021 Vorjahresvergleich rückläufig.

Grafik 2

Entwicklung der Kredite und Einlagen nichtfinanzieller Unternehmen und privater Haushalte in Österreich



Quelle: OeNB.

Das Kreditwachstum des Unternehmenssektors verzeichnete in Österreich im Laufe des Jahres 2020 eine sehr hohe Wachstumsdynamik, welche durch die COVID-19-Pandemie ausgelöst und durch politische Maßnahmen (z.B. Kreditstundungen bzw. staatliche Garantien) unterstützt wurde. Mit zunehmender Fortdauer der Pandemie ließ die Dynamik des Kreditwachstums nichtfinanzieller Unternehmen stetig nach, lag jedoch im August 2021 in Österreich mit 4,1% deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt von 1,5%.

Das Kreditwachstum privater Haushalte wurde im Euroraum insgesamt (August 2021: 4,2%) ebenfalls vor allen von Wohnbaukrediten getragen, welche im Verlauf der Pandemie bis August 2021 mit einer Jahreswachstumsrate von 5,8% weiter anzogen. Das Konsumkreditwachstum stagnierte hingegen im Euroraum mit 0,1%.

Sehr gute Liquiditätsausstattung österreichischer Banken

Setzt man die Kredite ins Verhältnis zu den Einlagen, zeigt sich, dass der durch den Konsumverzicht hervorgerufene starke Anstieg der Einlagen im Jahr 2020 zu einem Sinken dieser Quote um 4 Prozentpunkte von Dezember 2019 (98%) auf Dezember 2020 (94%) führte. Insgesamt nahmen die Einlagen nichtfinanzieller Unternehmen und privater Haushalte im Jahr 2020 um 31 Mrd EUR zu. Im Jahr 2021 kehrte sich die Entwicklung hingegen – bedingt durch das geringere Einlagenwachstum – wieder um und die Quote wies im August 2021 einen Wert von 96% auf. Insbesondere schwächte sich das Einlagenwachstum des Unternehmenssektors von 19,7% im Jahr 2020 auf lediglich 1,6% im August 2021 ab. Das Einlagenwachstum privater Haushalte ging hingegen in wesentlich geringerem Ausmaß zurück und lag im August 2021 bei 5,7% (2020: 6,4%).

Die Kredite-Einlagen-Quote kann als Maßzahl der Refinanzierung der Banken gesehen werden, da Einlagen als stabile Refinanzierungsquelle gelten. Diese liegt seit 2016 bei jährlicher Betrachtung unter 100%, was bedeutet, dass die österreichischen Banken, das Inlandsgeschäft

betrachtend, ihre Kredite zur Gänze über Einlagen refinanzieren können.[9] Die verhältnismäßig günstige Kredit-Einlagen-Quote der österreichischen Banken von unter 100% im Inlandsgeschäft unterstreicht die Tatsache, dass die Kreditvergabe mit Einlagen privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen refinanziert werden kann. In Anbetracht der günstigen Kredit-Einlagen-Quote sowie der Teilnahme an den längerfristigen Refinanzierungsprogrammen der EZB sind die österreichischen Banken ausreichend mit Liquidität ausgestattet, um die Realwirtschaft auch weiterhin mit Krediten zu versorgen.

[9] Bezieht man das Auslandgeschäft mit privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen mit ein, liegt die Kredite-Einlagen-Quote etwas höher: 08/2021: 106%; 2016: 108%.

Spezielle Kurzanalysen

Regionaler Mismatch und Fachkräftemangel prägen Arbeitsmarkt[10]

In Österreich herrscht ein ausgeprägter Mangel an Arbeitskräften, der mit einer hohen Zahl von offenen Stellen und einem niedrigen Stellenandrang einher geht. Was sind die Gründe dafür? (1) Am aggregierten Arbeitsangebot liegt es nicht, weil dieses aktuell noch einen steigenden Trend aufweist und es kaum Anzeichen für einen nachhaltigen, krisenbedingten Einbruch gibt. (2) Der demografische Wandel ist deutlich sichtbar: So sinkt das Arbeitsangebot der Jüngeren (15-24 Jahre) schon seit längerem deutlich und es kommt auch bereits zu einer Abnahme des inländischen Arbeitsangebots, während das Arbeitsangebot im Haupterwerbsalter (25-54 Jahre) stagniert. Für die Jahre ab 2023 sagt die Statistik Austria – trotz fortwährendem Zuzugs – eine Abnahme der Erwerbsbevölkerung (15-64 Jahre) voraus. Dies könnte das Problem des Arbeitskräftemangels verstärken. (3) Eine Analyse von detaillierten Daten nach Berufen zu Arbeitslosigkeit und offenen Stellen zeigt eine deutliche Zunahme der offenen Stellen in „Mangelberufen" (Berufe mit einem niedrigen Stellenandrang). Eine disaggregierte Auswertung dieser Daten nach Bundesländern zeigt, dass ein regionales Reallokationspotenzial besteht. Würde dieses genutzt werden, so könnten knapp 13% der Arbeitslosigkeit reduziert werden. Es gibt jedoch nicht nur einen regionalen Mismatch, sondern auch einen ausgeprägten Mangel an Fachkräften. Hier können nur erleichterter Zuzug, Requalifizierung von Arbeitslosen und Maßnahmen im Bildungssystem Abhilfe schaffen. Um die demografischen Probleme abzumildern, bräuchte Österreich eine höhere Frauenerwerbsquote sowie insbesondere einen deutlichen Anstieg der Altenerwerbsquote.

Anstieg des Fachkräftemangels in den letzten Monaten

In den Monaten vor dem aktuellen Corona-Lockdown war ein starkes Ansteigen des Mangels an Arbeitskräften zu beobachten. Auch wenn dieses Problem während des Lockdowns in den Hintergrund tritt, so ist danach doch mit dessen Wiederkehr zu rechnen. Diese Kurzanalyse geht möglichen Gründen für den Mangel an Arbeitskräften nach. Erörtert wird, ob dieser (1) durch eine krisenbedingte, quantitative Reduktion des Arbeitsangebots verursacht wird, (2) welche Rolle demografische Veränderungen spielen und (3) inwiefern regionaler und qualifikatorischer Mismatch auf dem österreichischen Arbeitsmarkt herrscht.

Umfragen unter Unternehmensmanagern (Economic Sentiment Indicator) zeigen, dass das Problem des Arbeitskräftemangels nicht auf Österreich beschränkt ist. Nachdem ein solcher bereits 2017-2019 in Deutschland und den Niederlanden geherrscht hat, besteht dieser auch am aktuellen Rand wieder, und zwar sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungssektor. Arbeitskräftemangel gab und gibt es auch in Frankreich, allerdings etwas schwächer ausgeprägt. Für Italien und Spanien wird hingegen kaum ein Arbeitskräftemangel angegeben.

In Österreich hat sich laut den Daten des Arbeitsmarktservice (AMS) die Zahl der offenen Stellen in den vergangenen Monaten sehr dynamisch entwickelt und erreichte Rekordwerte. Ebenso ist der Stellenandrang (Arbeitslose je offene Stelle) auf das historisch tiefste Niveau gesunken (2,7 Ende Oktober 2021). Die Arbeitslosigkeit hat inzwischen wieder beinahe das Vorkrisenniveau erreicht: Ende November 2021 lag diese um nur mehr um 2.800 über dem Vorkrisenniveau vom Februar 2020. Die Beveridge-Kurve hat sich seit der Covid-19-Krise weiter nach außen verschoben, d.h. dass ein gegebenes Maß an offenen Stellen mit höherer

[10] Autor: Alfred Stiglbauer (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

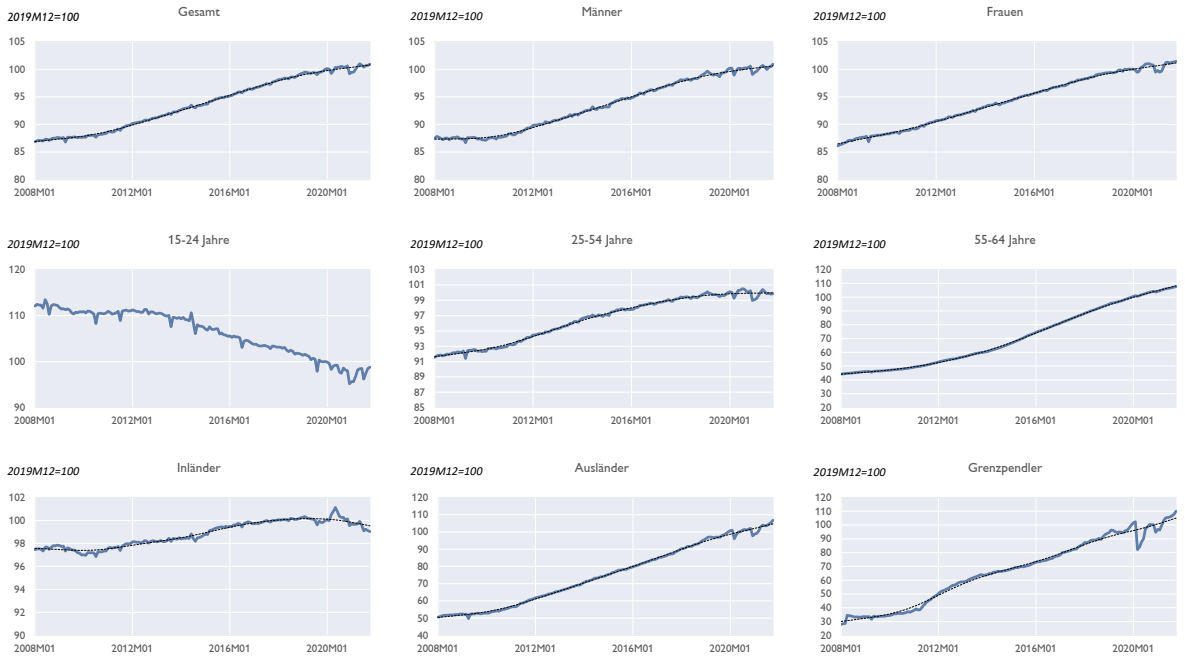
Arbeitslosigkeit einher geht als vorher.[11] Dies ist ein Zeichen für einen gestiegenen „Mismatch“ am österreichischen Arbeitsmarkt.

Durch den von der Bundesregierung am 19. November 2021 beschlossenen Lockdown, der am 12. Dezember enden soll, wird es bis zu diesem Datum zu einem Anstieg der Arbeitslosen- und Kurzarbeitszahlen bzw. zu einem Rückgang der offenen Stellen kommen. Erfahrungsgemäß kommt es aber nach der Aufhebung des Lockdowns zu einer raschen Erholung am Arbeitsmarkt.

Kein ausgeprägtes krisenbedingtes Defizit beim Arbeitsangebot

Betrachtet man – siehe nachstehende Grafik – das gesamte Arbeitsangebot[12] nach den Administrativdaten von Sozialversicherung und Arbeitsmarktservice, dann sieht man zwar ab März 2020 temporäre, krisenbedingte Rückgänge. Am aktuellen Rand gibt es jedoch keine Abweichungen von der Trendentwicklung. Das Arbeitsangebot von Personen mit inländischer Staatsbürgerschaft nimmt aus demografischen Gründen ab, während das Arbeitsangebot von Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft einen stark ansteigenden Trend aufweist. Ebenfalls stark ansteigend ist die Zahl der Personen aus dem Ausland, die nach Österreich einpendeln.

Arbeitsangebot nach soziodemografischen Gruppen (Administrativdaten)



Quelle: DSV, AMS. Saisonbereinigte Daten bis Ende Oktober 2021. Schwarz-gestrichelte Linien sind HP-Trends mit einem Glättungsparameter von 14400.

Betrachtet man das Arbeitsangebot nach Altersgruppen, so sind die demografischen Trends klar sichtbar: Das Arbeitsangebot im Haupterwerbsalter (25-54 Jahre) stagniert. Dagegen nimmt die Zahl der jüngeren Arbeitskräfte (15-24 Jahre) ab, während das Arbeitsangebot der Älteren (55-64 Jahre) ansteigt.

[11] Siehe dazu auch Konjunktur Aktuell vom September 2021.

[12] Das Arbeitsangebot umfasst unselbstständig Beschäftigte, registrierte Arbeitslose sowie Teilnehmer an AMS-Schulungsmaßnahmen.

Demografische Prognosen: Abnahme der Erwerbsbevölkerung in den nächsten Jahren

Bisher wurde die Stagnation des inländischen Arbeitsangebots durch ein stark wachsendes Arbeitsangebot aus dem Ausland kompensiert. Bei der Erwerbsbevölkerung (die Bevölkerung im Alter von 15-64 Jahren) dürfte es ab 2023 zu einer Abnahme kommen – trotz angenommener, fortgesetzter Zuwanderung. Dies legt die jüngste Bevölkerungsprognose[13] der Statistik Austria nahe (siehe die nachstehende Tabelle). Diese demografische Entwicklung kann das Problem des Arbeitskräftemangels verstärken. Wichtig wäre es in diesem Zusammenhang ein Anstieg der Erwerbsquote[14], um der abnehmenden Erwerbsbevölkerung entgegenzuwirken (siehe dazu auch unten).

Bevölkerungsprognosen

Erwerbsbevölkerung in 1.000

	Hauptvariante (inklusive Zuwanderung)					Variante ohne Zuwanderung				
	Bev. 15-24 Jahre	Bev. 25-54 Jahre	Bev. 55-64 Jahre	Bev. 15-64 Jahre	Wachstum 15-64 Jahre (in %)	Bev. 15-24 Jahre	Bev. 25-54 Jahre	Bev. 55-64 Jahre	Bev. 15-64 Jahre	Wachstum 15-64 Jahre (in %)
2020	947,4	3 708	1 270	5 926		942,0	3 703	1 286	5 931	
2021	939,7	3 699	1 298	5 937	0,2	915,9	3 668	1 311	5 895	−0,6
2022	934,9	3 687	1 322	5 944	0,1	894,0	3 627	1 334	5 856	−0,7
2023	931,0	3 666	1 343	5 940	−0,1	878,2	3 581	1 356	5 815	−0,7
2024	928,5	3 640	1 358	5 927	−0,2	866,2	3 535	1 368	5 769	−0,8

Quelle: Statistik Austria (Bevölkerungsprognose vom 26. Nov. 2021)

Mangelberufe und Mismatch

Im Folgenden werden detaillierte Daten des AMS zur Arbeitslosigkeit und den offenen Stellen nach Berufen (519 Ausprägungen) von Anfang 2017 bis August 2021 analysiert. Hierfür wird die Mangelberufs-Definition verwendet, die die Grundlage für die jährliche Fachkräfteverordnung des Bundesministers für Arbeit bildet. Ein Beruf stellt dann einen Mangelberuf dar, wenn der Stellenandrang in diesem Beruf kleiner als 1,5 ist. Für die folgende Grafik wurde als zusätzliches Kriterium festgelegt, dass die Zahl der österreichweit offenen Stellen in einem Beruf zumindest 100 betragen muss, um als Mangelberuf zu gelten.

Man sieht zum einen den steilen Anstieg der Zahl der Mangelberufe und der Summe der offenen Stellen in diesen Mangelberufen in den letzten Monaten. Darüber hinaus sind hinsichtlich der letzten Datenpunkte die regelmäßigen saisonalen Spitzen im Sommer zu berücksichtigen. Mit knapp 60.000 betrug die Zahl der offenen Stellen in Mangelberufen Ende August beinahe die Hälfte aller offenen Stellen.

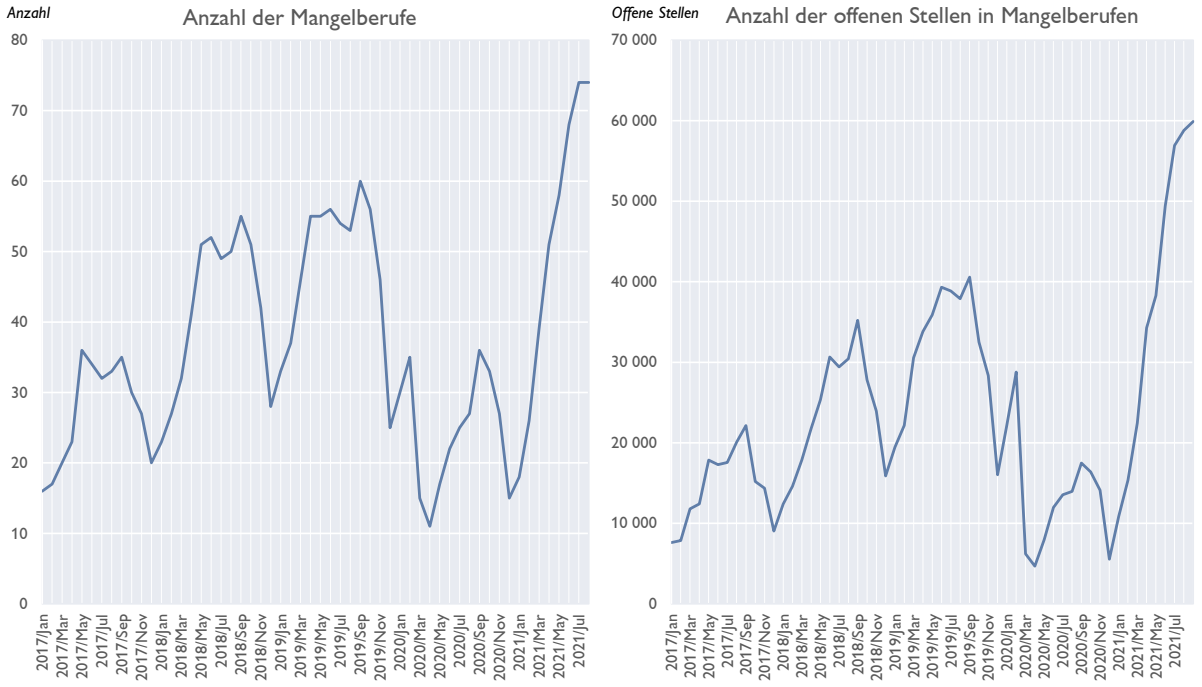
Um die regionale Dimension von Mangelberufen genauer zu ergründen, wurden für die Daten vom August 2021 Mangelberufe auf Ebene der Bundesländer analysiert. Die nachstehende Tabelle listet diejenigen Mangelberufe, deren offene Stellen jeweils 500 übersteigen. Die Mangelberufe sind durchwegs heterogen: Häufig vertreten sind Fremdenverkehrsberufe (Ränge 1, 2, 11, 12, 22, 25, 38). Bei diesen ist zu bedenken, dass sie nicht das ganze Jahr über in den Mangelberufen vertreten sind, sondern der Mangel teilweise nur im Sommer auftritt. Häufig vertreten sind auch Handwerksberufe (Ränge 3, 6, 10, 14, 18, 19, 20, 21, 24, 27, 29, 31, 32, 34, 37, 41) sowie Handels- und Transportberufe (Ränge 4, 5, 8, 16, 23, 40). Gesucht werden auch Gesundheits-

[13] Die aktuelle Bevölkerungsprognose ist etwas optimistischer als diejenige vom Vorjahr, was das Wachstum der Erwerbsbevölkerung in der unmittelbaren Zukunft betriff.

[14] Das Arbeitsangebot ist das Produkt aus Erwerbsbevölkerung und Erwerbsquote.

und Pflegepersonal (Ränge 7, 9, 39), IT-Fachleute (Ränge 15, 28, 30) und öffentliche Sicherheitsorgane (Rang 13).

Mangelberufe in Österreich seit Anfang 2017



Quelle: AMS, eigene Berechnungen. Mangelberufsdefinition: Stellenandrang < 1,5 und mindestens 100 offene Stellen österreichweit. Letzte Daten: 2021M08.

Es fällt auf, dass die meisten Mangelberufe in den Bundesländern angesiedelt sind (also selten in Wien). Wie groß wäre das Reallokationspotenzial, d.h. wenn Arbeitslose aus denjenigen Bundesländern, in denen ein Beruf keinen Mangelberuf darstellt, einen solchen Beruf in einem anderen Bundesland annehmen würden? Hierzu wurde die Anzahl der betreffenden Arbeitslosen ermittelt (Spalte „Arbeitslose in anderen Bundesländern"). Diese könnten die offenen Stellen in den Mangelberufs-Bundesländern „auffüllen" (Spalte „Reallokationspotenzial"). In Summe würde dieses Reallokationspotenzial, das man mit regionalem Mismatch gleichsetzen kann, knapp 35.700 betragen, das wäre etwa ein Viertel der offenen Stellen insgesamt bzw. 12,5% der Gesamt-Arbeitslosigkeit in diesem Monat.

Wenn man Reallokationspotenzial und die Anzahl der offenen Stellen in den Mangelberufen vergleicht, so stellt sich heraus, dass die Zahl der Arbeitslosen aus anderen Bundesländern oft bei weitem nicht ausreichen würde, um die angebotenen offenen Stellen zu besetzen. Dies gilt insbesondere bei Fachkräften, hier seien Köche (Rang 2) sowie Handwerksberufe wie z.B. Elektroinstallateure (Rang 3), Maurer (Rang 6) und Schlosser (Rang 10), aber auch diplomierte Krankenpfleger und -schwestern (Rang 7) und IT-Fachkräfte (Ränge 28 und 30) beispielhaft genannt. Hier herrscht ein echter Arbeitskräftemangel bzw. ein qualifikatorischer Mismatch, der kurzfristig nicht leicht zu decken ist. Anders ist es mit Berufen, die auch von ungelernten bzw. angelernten Arbeitskräften ausgeübt werden können. Dazu zählen Kellner (Rang 1), Handelsberufe (Ränge 4 und 5) sowie Lagerarbeiter und Warenzusteller (Rang 8). Hier wäre ein großer Pool an Arbeitslosen vorhanden, die diese Berufe ausüben könnten (d.h. nicht nur Arbeitslose, die zuletzt in diesen Berufen gearbeitet haben). Allerdings handelt es sich hier meist um Berufe mit einer geringen Entlohnung.

Mangelberufe auf Bundesländerebene und Reallokationspotenzial von Arbeitslosen

Auswertung für August 2021

Rang	AMS-Code	Berufsbezeichnung	Fachkraft (FK) / Hilfskraft (HK)	Offene Stellen in Mangelberufen	Arbeitslose in anderen Bundesländern	Reallokations-potenzial	Mangelberuf in folgenden Bundesländern
1	5121	Kellner/innen	HK	5 787	3 300	3 300	B, K, N, O, S, St, T, V
2	5201	Gaststättenköch(e)innen	FK	4 238	1 312	1 312	B, K, N, O, S, St, T, V
3	2421	Elektroinstallateur(e)innen, -monteur(e)innen	FK	3 038	470	470	K, N, O, S, St, T, V
4	3901	Warensortierer, -nachseher, -adjustierer, -verpacker (m./w.)	HK	2 888	5 808	2 888	O, S
5	4007	Händler/innen u.Verkäufer/innen v. Lebens- und Genußmitteln	HK	2 531	1 671	1 671	K, N, O, S, St, T, V
6	1601	Maurer/innen	FK	1 640	557	557	K, N, O, S, St, T, V
7	8061	Dipl. Krankenpfleger, -schwestern	FK	1 636	3	3	K, N, O, S, St, T, V, W
8	3951	Magazin-, Lagerarbeiter, Verlader, Warenzusteller, (m./w.)	HK	1 434	7 201	1 434	O
9	8081	Nicht diplomierte Krankenpfleger/innen und verwandte Berufe	HK	1 402	1 706	1 402	O, S, St, T
10	1958	Sonstige Schlosser/innen	FK	1 373	256	256	K, N, O, S, St, T
11	5251	Kochgehilf(en)innen	HK	1 367	4 240	1 367	K, O, S, T
12	5141	Stubenmädchen/-burschen	HK	1 294	552	552	K, O, S, St, T, V
13	7301	Öffentliche Sicherheitsorgane (m./w.)	FK	1 279	15	15	K, N, O, St, T, V, W
14	2121	Rohrinstallateur(e)innen, -monteur(e)innen	FK	1 255	178	178	K, N, O, S, St, T, V
15	6478	Sonstige Techniker/innen für Datenverarbeitung	FK	1 248	1 086	1 086	K, O, S, St, T, V
16	7801	Industrie-, Gewerbekaufleute (m./w.), Kontorist(en)innen	FK	1 208	5 281	1 208	O, S
17	4281	Fuhrwerksunternehmer/innen, Kraftfahrer/innen	FK	1 177	6 265	1 177	O, S
18	2513	Bau- und Möbeltischler/innen	FK	1 030	181	181	K, N, O, S, St, T, V
19	2201	Kraftfahrzeugmechaniker/innen	FK	977	275	275	K, N, O, S, St, T, V
20	6208	Sonstige Techniker/innen für Maschinenbau	FK	970	116	116	K, N, O, S, St, T, V
21	2021	Dreher/innen	FK	936	60	60	K, N, O, S, St, T, V
22	5101	Wirtschafter/innen, and. Hotel-, Gaststättenfachl., Heimverw.	FK	930	631	631	K, O, S, St, T, V
23	7712	Laden-, Eintrittskartenkassier(e)innen	HK	888	1 647	888	K, O, S, St, T, V
24	1631	Zimmerer/innen	FK	884			K, N, O, S, St, T, V, W
25	5255	Geschirreiniger/innen, Eßzeugputzer/innen	HK	831	360	360	K, N, O, S, St, T, V
26	7601	Tätige Betriebsinh., Direkt., Geschäftsl. u. verw. Berufe (m/w	FK	803	8 105	803	O
27	2161	Schweißer/innen, Schneidbrenner/innen	FK	759	142	142	K, N, O, S, St, T, V
28	6475	Techn. m. höh. Ausbild. (Ing.) f. Datenverarbeitung (m./w.)	FK	748			K, N, O, S, St, T, V, W
29	2208	Sonstige Grobmechaniker/innen	FK	721	166	166	K, N, O, S, St, T, V
30	6471	Diplomingenieur(e)innen für Datenverarbeitung	FK	702	8	8	K, N, O, S, St, T, V, W
31	1954	Maschinenschlosser/innen	FK	696	175	175	K, N, O, S, St, T
32	2405	Elektromechaniker/innen	FK	688	382	382	K, N, O, S, St, T, V
33	6498	Sonstige Techniker/innen soweit nicht anderw. eingeordnet	FK	676	200	200	K, N, O, S, St, T, V
34	1761	Maler/innen, Anstreicher/innen	FK	669	344	344	K, N, O, S, St, T, V
35	7701	Buchhalter/innen	FK	662	637	637	K, O, S, St, T
36	8101	Fürsorger/innen, Sozialarbeiter/innen	FK	656	2 692	656	O
37	1951	Bau-, Blech-, Konstruktionsschlosser/innen	FK	647	146	146	K, N, O, S, St, T, V
38	5131	Büffet-, Schankkräfte (m./w.), Küchenansager/innen	HK	640	1 145	640	K, O, S, T, V
39	8001	Ärzt(e)innen	FK	587	173	173	K, N, O, S, St, V
40	3851	Bediener/innen anderer Güterbewegungsgeräte	HK	586	354	354	K, N, O, S, T
41	2511	Bautischler/innen	FK	505			K, N, O, S, St, T, V, W
		Summen (aufgelistete Mangelberufe)		52 986	57 840	26 213	
		Summen (alle Mangelberufe)		70 841	91 279	35 659	

Quelle: AMS, OeNB.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Behebung des Arbeitskräftemangels

Welche Maßnahmen könnten ergriffen werden, um den Arbeitskräftemangel zu beseitigen? Der regionale Mismatch könnte durch eine Förderung bzw. Erleichterung von Wohnsitzwechseln (Umzugsbeihilfen, Verringerung der mit Verkauf bzw. Kauf von Immobilien verbundenen Transaktionskosten und Steuern etc.) reduziert werden. Die Abdeckung der saisonalen Spitzen an offenen Stellen in den Fremdenverkehrsberufen stellt eine besondere Herausforderung dar. Hierbei wären eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen (Arbeitszeiten) sowie die Bereitstellung von günstigen Unterkünften für einen temporären Wohnsitzwechsel mögliche Lösungsansätze. Verbesserte Arbeitsbedingungen und eine bessere Entlohnung wären für die Besetzung der offenen Stellen in den Niedriglohn-Berufen, die auch von ungelernten bzw. angelernten Arbeitskräften ausgeübt werden könnten, förderlich.

Für die Besetzung von Fachkräftestellen ist offenbar Immigration nicht ausreichend, da insbesondere Handwerksberufe wie die genannten Elektroinstallateure bereits seit längerem Mangelberufe sind und als solche in den Fachkräfteverordnungen aufscheinen. Eine echte Re-qualifizierung für Arbeitslose in Richtung solcher Berufe wäre hier eine Option sowie entsprechende Informationen an Schülerinnen und Schüler, die vor der Entscheidung stehen, welche Berufsausbildung sie wählen möchten.

Was die demografischen Probleme, die sich in den nächsten Jahren verschärfen werden, anlangt, so liegen die Gegenmaßnahmen auf der Hand: Hierzu zählen ein längeres Erwerbsleben

(inklusive einer Anhebung des effektiven und des Regelpensionsalters, und Indexierung des letzteren mit der Restlebenserwartung) sowie die Förderung eines höheren Stundenmaßes für Frauen mit jüngeren Kindern. Hätte Österreich wie Spitzenreiter Schweden eine Erwerbsquote von Frauen im Haupterwerbsalter von 83,7% (in Österreich ist die Erwerbsquote um 1,6 Prozentpunkte niedriger) sowie eine Altenerwerbsquote von 77,7% (in Österreich liegt sie bei lediglich 54,5%), dann wäre das inländische Arbeitsangebot um rund 184.000 Personen oder 4% höher, wobei insbesondere die Hebung der Altenerwerbsquote entscheidend ist, da es sich hier, wie gezeigt, um ein wachsendes Segment der Erwerbsbevölkerung handelt.

Ersteinschätzung des Tourismusjahres 2021: Halbierung der Nächtigungen im Vergleich zum Rekordjahr 2019[15]

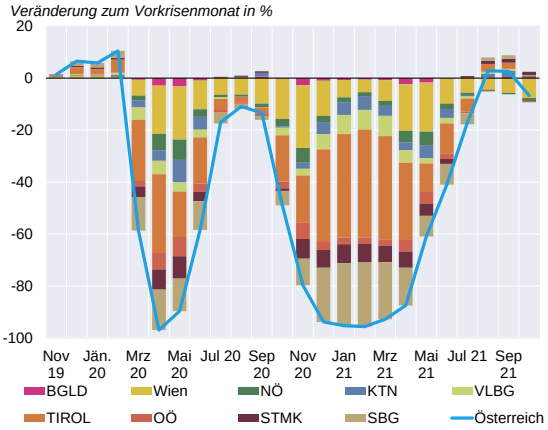
Nach dem beinahe Totalausfall der letzten Wintersaison blickt der heimische Tourismussektor auf eine überraschend gute Sommersaison 2021 zurück. Insbesondere in den Monaten August und September war die Buchungslage ausgezeichnet. In Summe stiegen die Übernachtungen im Zeitraum Mai bis Oktober gegenüber dem Vorjahr 2020 um +23 %, im Vergleich zum Rekordsommer 2019 ergab sich noch ein Minus von 16 %. Das Nächtigungsergebnis für das Gesamtjahr 2021 wird unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung bis Oktober, einer Prognose für November und einer Experteneinschätzung für Dezember jedoch nicht nur unter dem Niveau des Vorjahres liegen (-22 %) sondern auch deutlich unter jenem des Rekordjahres 2019 (-50 %). Der derzeit starke Anstieg von neuen COVID-19- Infektionen in Österreich, aber auch in weiten Teilen Europas stellt ein deutliches Abwärtsrisiko für die kommende Wintersaison dar. Sollten Ende Dezember umfassende Lockdown-Maßnahmen in Kraft bleiben bzw. Reisewarnungen vorliegen, würde dies beträchtliche Einbußen für den österreichischen Tourismus implizieren.

Tourismus erholt sich überraschend stark im Sommer 2021

Das Tourismusjahr 2021 startete COVID-19-bedingt mit einer behördlich verordneten Schließung der Hotelinfrastruktur, die bis Ende April andauerte – davon ausgenommen waren Dienstreisen, weswegen die Nächtigungszahlen nicht auf null zurückgingen. Damit fiel die Wintersaison 2020/21 fast komplett aus, mit deutlichen Folgen für Österreich insgesamt sowie speziell für die Bundesländer Tirol, Vorarlberg und Salzburg, für die der Wintertourismus eine sehr hohe Bedeutung hat. Mit der Öffnung der Hotellerie und dem Abklingen der 3. Infektionswelle im Frühjahr kam es rasch zu einer deutlichen Erholung der Situation. Der Beginn der Sommersaison (Mai) war noch von einem deutlichen Nächtigungsrückgang – vor allem von ausländischen Gästen – gekennzeichnet, aber bereits im Juli übertrafen die Übernachtungen inländischer Gäste die Werte vom Jahr 2019 und lagen sodann auf einem vergleichbaren Niveau wie 2020, als Auslandsreisen nur eingeschränkt möglich waren und viele Österreicher und Österreicherinnen ihren Urlaub im Inland verbrachten. Die Rückgänge von Buchungen ausländischer Gäste reduzierten sich schrittweise und im August und September lagen die

Nächtigungen in Österreich: Inl. und ausl. Touristen

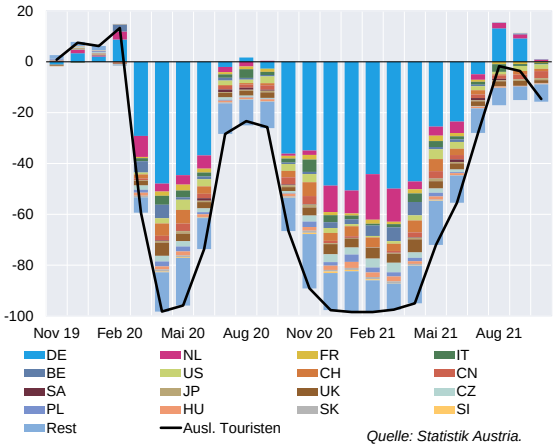
Veränderung zum Vorkrisenmonat in %



Quelle: Statistik Austria.
Anmerkung: Ab März 2021: Veränderung zum jeweiligen Wert im Jahr 2019.

Nächtigungen in Österreich

Veränderung zum Vorkriseniveau in %



Quelle: Statistik Austria.

[15] Autor: Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Buchungen nur knapp unter jenen des Rekordjahres 2019. Ein Blick auf die Entwicklung nach Bundesländern zeigt, dass zum Sommerende die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie vor allem im Städtetourismus und somit besonders in Wien zu spüren waren. Im August und September betrug hier der Rückgang gegenüber 2019 noch immer beinahe 50 % - bei einem gleichzeitigen Anstieg in Gesamtösterreich (inkl. Wien). Nachdem im Jahr 2021 Fernreisen weiterhin nur erschwert möglich waren, entschieden sich neben den Gästen aus dem Inland vor allem viele Gäste aus Deutschland für einen Urlaub in Österreich. Die Zuwächse von Gästen aus Deutschland kompensierten die nach wie vor bestehenden Verluste aus den Überseeregionen; ein deutlicher Zuwachs zu Sommerende wurde auch von Gästen aus den Niederlanden und Belgien registriert.

Prognose für den November auf Basis von Zahlungskartenumsätze und Ersteinschätzung für den Dezember sowie den 4. Lockdown

Daten zur Nächtigungsstatistik liegen aktuell bis Oktober vor (Statistik Austria). Trotz des Anstiegs der Neuinfektionen im Spätherbst, hat sich der Trend eines Zuwachses von Übernachtungen inländischer Gäste auch im Oktober fortgesetzt, unterstützt von den im Vergleich zum Jahr 2019 heuer bundesweiten Herbstferien. In Summe wurde ein Zuwachs von 9% verzeichnet (gegenüber Oktober 2019). Die in den Monaten August und September beobachtete überraschend starke Buchungslage ausländischer Gäste setzte sich im Oktober hingegen nicht fort. Ein wesentlicher Grund hierfür war die Terminisierung der Herbstferien in Bayern und Baden-Württemberg (und auch in Belgien), die 2021 im November lagen, 2019 aber im Oktober. Damit gingen die Nächtigungen von ausländischen Gästen im Oktober um 15 % zurück (im Vergleich zum Oktober 2019). Im Vorkrisenvergleich ergibt sich insgesamt ein Rückgang der Übernachtungen von 7 %. Dafür mitverantwortlich ist auch die in der Nebensaison größere Bedeutung des Städtetourismus, der nach wie vor stärker unter den Folgen der Pandemie zu leiden hat.

Zur Schätzung der Entwicklung im November nutzt die OeNB Zahlungskartendatenumsätze in der Hotellerie, die bis 21. November vorliegen[16]. Während in der ersten Novemberwoche die Herbstferien in den südlichen Bundesländern Deutschlands sowie in Belgien zu zusätzlichen Ausgaben / Buchungen führten, dämpfte im weiteren Novemberverlauf die Pandemieentwicklung im In- und Ausland den heimischen Tourismus. Die stark gestiegenen COVID-19 Neuinfektionen führten zu einer schrittweisen Verschärfung der Eindämmungsmaßnahmen in Österreich, sowie zu erneuten Reisewarnungen von einigen Nachbarländern, allen voran von Deutschland (14. November). Um eine landesweite Überlastung der medizinischen Versorgung zu vermeiden, trat am 15. November ein landesweiter Lockdown für ungeimpfte Personen in Kraft, der am 22. November auf die gesamte Bevölkerung ausgeweitet wurde und vorerst drei Wochen andauern soll (bis 12. Dezember). Der Lockdown führt unter anderem zu einer Schließung der Hotellerie für Urlaubsreisen (Geschäftsreisen sind erneut ausgenommen). In Summe ergibt sich laut OeNB-Prognose für den November ein Rückgang der Übernachtungen inländischer (ausländischer) Gäste im Vergleich zum Jahr 2019 um 48% (51%). Der starke Rückgang gegenüber Oktober ist neben der Pandemieentwicklung auch der überdurchschnittlichen Bedeutung des Städtetourismus im November (im Vergleich zum Erholungs- und Sporttourismus im Sommer) geschuldet. Die Prognose folgt damit der Entwicklung der Zahlungskartenumsätze, die im November um 27% (Inländer, Oktober: +42%) sowie 40% (Ausländer, Oktober -9%) zurück gegangen sind (im Vergleich zum November 2019.

[16] Die restlichen 1 ½ Novemberwochen wurden auf Basis der Erfahrungen aus dem Jahr 2020 fortgeschrieben.

Insgesamt lagen die Übernachtungen im November 2021 um 49% unter dem Wert vom November 2019.

Die Annahmen hinter der Experteneinschätzung für den Dezember sehen wie folgt aus: Wir erwarten, dass die Hotellerie bis 12. Dezember geschlossen bleibt und danach schrittweise bis Weihnachten öffnet.[17] Für die ersten drei Dezemberwochen erwarten wir daher eine ähnliche Entwicklung wie 2020, als die Hotellerie auch geschlossen war. Damit ist eine potenzielle Verlängerung des Lockdowns in Westösterreich um eine Woche in der Prognose inkludiert.[18] Für die Weihnachtswoche wird von grundsätzlich geöffneten Hotels ausgegangen, jedoch weiterhin von einer sehr angespannten COVID-19 Situation und Einschränkungen gegenüber ungeimpften Personen und Reisewarnungen. Auf Basis dieser Annahmen erwarten wir für die Weihnachtswoche einen Nächtigungsrückgang von inländischen (ausländischen) Gästen von 30% (60%) gegenüber 2019. Auf Basis dieser Einschätzungen sinkt die Anzahl der Nächtigungen von inländischen und ausländischen Gästen im Dezember um 64% bzw. 83%. In Summe ergibt sich im Dezember 2021 ein Rückgang von 79% im Vergleich zum Dezember 2019. Für das Gesamtjahr 2021 bedeutet dies einen erneuten Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 23% und im Vergleich zum Vorkrisenniveau um 51%. Mit anderen Worten, die Nächtigungen werden 2021 um die Hälfte unter dem Niveau vom Jahr 2019 liegen.

Übernachtungen in Österreich

	Im Vergleich zu 2019 in %			Im Vergleich zu 2020 in %			Auswirkungen des Lockdowns	
	Inländische Touristen	Ausl. Touristen	Gesamt	Inländische Touristen	Ausl. Touristen	Gesamt	Vergleich zu 2019 in PP	Vergleich zu 2020 in PP
Oktober 21	9	−15	−7	27	157	84		
November 21	−48	−51	−49	60	353	149	−24	−117
Dezember 21	−64	−83	−79	70	653	244	−54	−876
Gesamtjahr 2021	**−28**	**−59**	**−51**	**−9**	**−30**	**−23**	**−5**	**−7**
Jän. bis Okt. 2021	**−24**	**−57**	**−48**	**−12**	**−34**	**−27**		

Quelle: OeNB.

Insgesamt ändert der aktuell vierte Lockdown das Gesamtergebnis der Nächtigungen im Jahr 2021 nicht mehr sehr stark. Die Bedeutung der Monate November und Dezember (bis Weihnachten) für das Gesamtjahr sind vergleichsweise gering (Fenz, Stix und Vondra 2020) und in der touristisch wichtigen Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr haben die Hotels annahmegemäß wieder offen. Daher wird zwar die Zahl der Nächtigungen im November (Dezember) im Vergleich zum Jahr 2019 aufgrund des Lockdowns um 24 (54) Prozentpunkte niedriger ausgefallen (siehe die letzten zwei Spalten in obenstehender Tabelle); für das Gesamtjahr ergibt sich jedoch nur ein dämpfender Effekt von 5 Prozentpunkten im Vergleich zu 2019.[19]

[17] Die Nächtigungsentwicklung im Dezember ist grundsätzlich zweigeteilt – bis Weihnachten läuft die Vorsaison mit weniger Übernachtungen (vor allem von ausländischen Gästen) während in der Weihnachtswoche die Hotels üblicherweise ausgebucht sind. Basierend auf historischen wöchentlichen Zahlungskartendatenumsätze nehmen wir an, dass 70% (60%) der Nächtigungen von inländischen (ausländischen) Gästen im Dezember in den ersten drei Dezemberwochen erfolgen. Die verbleibenden 30% (40%) der Nächtigungen werden in der Weihnachtswoche erzielt.

[18] Sollte, wie nach derzeitigem Stand beschlossen, die Hotellerie österreichweit am 13. Dezember öffnen dürfen, würden wir somit die Entwicklung tendenziell unterschätzen.

[19] Im Szenario ohne einen Lockdown wurde angenommen, dass die Nächtigungen von inländischen (ausländischen) Gästen im November und Dezember um 20% (30%) unter dem Vergleichsmonat im Jahr 2019 liegen. Diese Annahmen decken sich weitgehend mit der WIFO (2021) Einschätzung, die für das Gesamtjahr 2021 81,5 Mio

Abschließend muss festgehalten werden, dass die Einschätzung zur Entwicklung der pandemischen Situation in Österreich aktuell sehr schwierig ist. Die für diesen Beitrag getroffenen Annahmen bauen auf den Prognosen der AGES (BMSGPK 2021) zu den Neuansteckungen und zur Spitalsbelegung auf. Die Neuinfektionen erreichten – wie prognostiziert – in der 47. Kalenderwoche ihren Höhepunkt und fallen seitdem. Gleichzeitig wurde am Sonntag 28. November in Österreich der erste COVID-19 Fall mit der neuen COVID-Variante Omikron bestätigt – diese soll noch ansteckender als die aktuell dominierende Deltavariante sein. Die Auswirkungen auf den Krankheitsverlauf /Hospitalisierung / Impfwirkung sind bisher weitgehend unklar und stellen somit ein derzeit nicht kalkulierbares Risiko dar. Sollten die derzeitigen Einschränkungsmaßnahmen nicht ausreichend sein, um die Zahl der COVID-19 Neuinfektionen und damit in weiterer Folge den Druck auf die medizinische Versorgung zu reduzieren, könnte es zu einer Verlängerung der Maßnahmen über den 12. Dezember kommen. Im Tourismusbereich ist die Woche zwischen Weihnachten und Neujahr die umsatzstärkste des gesamten Jahres. Der Jänner und vor allem der Februar sind nach den Sommermonaten die umsatzstärksten Monate im Jahr. Sollten in dieser Zeit die Hotellerie weiterhin geschlossen halten müssen, hätte dies umfangreiche Folgen für die Tourismusindustrie in Österreich.

Literatur:

BMSGPK (2021). COVID-19 Prognose und Kapazitätsvorschau. Prognose vom 23. November 2021, siehe: https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:d9375e1c-bac1-4774-9083-54ca3dbd58a8/Prognose_vom_23.11.pdf.

Fenz, G., Stix, H. und Vondra, K. (2021). Austrian tourism sector badly hit by COVID-19 pandemic (März 2020), Monetary Policy and the Economy, Q4/2020-Q1/2021, 41-63.

Fritz, O. und Burton, A. (2021). Tourismusanalyse Mai bis September 2021: Nachfrage zieht zunehmend an, 22% mehr Einnahmen als im Vorjahr. COVID-19-Infektionsgeschehen trübt allerdings Aussichten auf die Wintersaison. Presseaussendung vom 9. November 2021.

Anhang 1: Technische Spezifikation der OeNB-Monats-Nächtigungsprognose

Basierend auf Daten zu Zahlungskartenumsätzen schätzt die OeNB monatlich die Anzahl der Übernachtungen von Inländern und Ausländern auf Basis von Zahlungskartendaten und aggregiert diese beiden Prognosen, um die Gesamtanzahl der Übernachtungen zu ermitteln. Die Schwierigkeit der Schätzung liegt in der kurzen Zeitreihe – die Zahlungskartendaten sind erst ab Jänner 2019 verfügbar und weisen einerseits eine hohe Saisonalität und andererseits Strukturbrüche durch die Lockdowns in Folge der Pandemie aus. Der Vorteil der Schätzung besteht darin, dass mit den Zahlungskartenumsätzen eine Variable vorliegt, die mit den Nächtigungen hoch korreliert ist und durch die zeitnahe Verfügbarkeit ein Informationsvorsprung von einem Monat gegenüber der offiziellen Nächtigungsstatistik vorliegt. Somit werden die Parameter monatlich bis zum letzten Zeitpunkt der verfügbaren Übernachtungsdaten geschätzt und die Zahlungskartendaten verwendet, um die Übernachtungen für das noch nicht verfügbare Monat zu berechnen.

Nächtigungen (OeNB: 82,5 Mio Nächtigungen) erwartet hat. Inklusive Lockdown sinkt die Anzahl auf 76,3 Mio Nächtigungen.

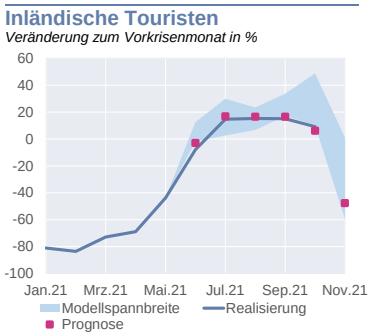
Die Nächtigungsreihen sind im Niveau nicht stationär, die Zahlungskartendaten jedoch schon. Somit lässt sich keine Kointegrationsbeziehung zwischen diesen beiden Variablen schätzen und es wird auf traditionelle (bivariate) OLS Schätzungen zurückgegriffen. Autokorrelationsprobleme führen aber auch bei dieser Vorgangsweise zu Effizienzverlusten des Schätzers.

Aufgrund der insgesamt kurzen Zeitreihe und dem Lockdown im Winter, der dazu führte, dass die Nächtigungen zwischen November 2020 und April 2021 beinahe bei null lagen, wurden verschiedene Modellspezifikationen (im Niveau, in Differenzen, in Logarithmen und unter Einbeziehung von Saison-Dummies; jede Spezifikation wurde zudem mit und ohne Konstante sowie mit einem Time-lag von einem Jahr und ohne diesem berechnet) mit out-of-sample Prognosen für den Zeitraum Mai bis September 2021 erstellt, mit den tatsächlichen Realisierungen verglichen und die Autokorrelation der Fehlerterme mittels traditioneller statistischer Tests geprüft. Die Modellauswahl erfolgt auf Basis der Evaluierung von drei Prognosegütemaßen, dem Bias, dem mittleren absoluten Prognosefehler sowie dem mittleren quadrierten Prognosefehler. In allen Varianten zeigt sich in den Schätzungen, dass die Koeffizienten wenig bis gar nicht auf die zusätzlich hinzukommenden Perioden reagieren, die Schätzergebnisse sind stabil.

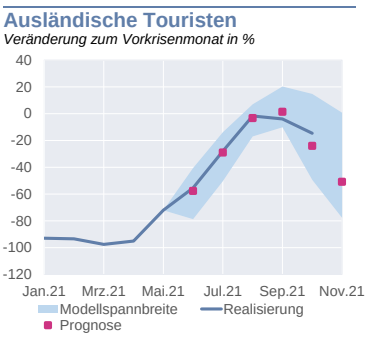
Die Übernachtungsprognose für Inländer und Ausländer erfolgt auf Basis von unterschiedlichen Modellen. Für die Schätzung der Inländer wurde bis Juli das Modell im Niveau, ohne Konstante und Lag-Term gewählt (dh. die Gästenächtigungen wurden rein durch die Kreditkartenzahlungen erklärt, beide Variablen werden nicht transformiert). Von August bis Oktober wurde die Spezifikation in Differenzen, ohne Konstante und ohne Lag-Term (d.h. sowohl die Nächtigungen als auch die Zahlungen werden als Wachstumsrate zum Vorjahr betrachtet) verwendet. Im Juni, September und Oktober überschätzten die Modelle die tatsächliche Entwicklung, im August waren die Ergebnisse besonders treffsicher.

Die Prognose der Anzahl der der ausländischen Touristen ist der Mittelwert zweier geschätzter Modelle (Niveauschätzung ohne Lag-Term, mit und ohne Konstante). Die Schätzungen weisen einen geringeren Erklärungsgehalt als jene für Inländer auf, die Modelle haben vor allem für den Juli die Entwicklung unter- und im September sowie Oktober überschätzt. Die Modellfehler im Juni und September führten dazu, dass sowohl bei den inländischen Touristen (September und Oktober), als auch ausländischen Touristen (Juli, September und Oktober) das Schätzergebnis durch Expertenjudgment angepasst wurde.

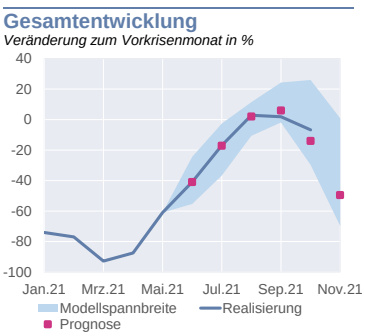
Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Güte der getroffenen Prognosen für inländische und ausländische Touristen, sowie die Gesamtentwicklung. Die Entwicklung ist als Veränderung zum Vorkrisenniveau abgetragen, die blauen Flächen geben die Spannweite der verfügbaren Modellschätzungen (für das jeweils kommende Monat) an, die pinken Punkte die Prognosen und die blaue Linie die Realisierung.



Quelle: OeNB, Statistik Austria.



Quelle: OeNB, Statistik Austria.



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Österreich als Drehscheibe für ausländische Direktinvestitionen[20]

- *Auf Basis der aktuellen Jahresbefragung Direktinvestition der OeNB beschreibt die Kurzstudie die Entwicklung der aktiven und passiven Direktinvestitionsbestände Österreichs mit den Ländern Zentral-, Ost- und Südosteuropas (Central, Eastern and Southeastern Europe, CESEE) von der globalen Finanzkrise bis zum Beginn der COVID-19-Pandemie (2007-2020).*
- *Rund ein Drittel aller österreichischen Direktinvestitionen fließt in die CESEE-Länder, die damit wichtige und, mit Ausnahme der Westbalkanländer, auch sehr profitable Zielländer darstellen. Dennoch hat die Region insgesamt für österreichische Investoren über die Zeit an Bedeutung verloren.*
- *Im Gegensatz dazu stieg der Anteil der Region an den passiven Direktinvestitionen nach Österreich im selben Zeitraum deutlich an. Über 90% der Investitionen aus der Region stammen aus Russland. Hierbei spielt jedoch Durchlaufkapital eine prominente Rolle, also Kapital, welches in Form passiver Direktinvestitionen nach Österreich geflossen ist und wiederum im Ausland in Form aktiver Direktinvestitionen veranlagt wird. Österreich weist im internationalen Vergleich einen beinahe doppelt so hohen Anteil an Durchlaufkapital auf wie im europäischen Durchschnitt.*
- *Die Branchenstruktur der österreichischen Direktinvestitionen erweist sich sowohl aktiv- als auch passivseitig als höchst konzentriert (Finanzdienstleistungen bzw. professionelle Dienstleistungen). Die frühen österreichischen Investitionen in den Finanzsektor der Region trugen wesentlich zur erfolgreichen ersten Transformation der CESEE-Länder zur Marktwirtschaft bei. Das Ausbleiben eines sichtbaren Trends hin zu Investitionen in zukunftsträchtigen Branchen, wie zum Beispiel Information und Kommunikation, Elektrotechnik, Elektronik und Optik oder auch Chemie, Kunststoff und Pharmaziewaren lassen jedoch Zweifel aufkommen, ob österreichische Investoren in der zweiten Transformation in Richtung Digitalisierung und Ökologisierung eine bedeutende Rolle spielen werden.*

Einleitung

Österreichische Firmen waren unter den ersten Investoren in den CESEE-Ländern am Beginn der Transformation, vor allem Investitionen im Finanzsektor unterstützten den Aufholprozess durch die rasche Modernisierung des Sektors und die Bereitstellung von bankbasierten Finanzierungsmöglichkeiten. Mehr als zehn Jahre nach dem Ausbruch der globalen Finanzkrise stellen die CESEE-Länder weiterhin wichtige Zielländer für österreichische Direktinvestitionen dar, gleichzeitig bleibt eine starke Konzentration der österreichischen Direktinvestitionen auf das Finanzwesen in der Region bestehen. Die Kurzstudie stützt sich auf die aktuellen Ergebnisse der Jahresbefragung Direktinvestitionen der OeNB und wertet Daten über österreichische Direktinvestitionsbestände (ohne Zweckgesellschaften) in und aus der CESEE-Region nach Partnerländern und Branchen über den Zeitraum 2007-2020 aus. Die geographische Zuordnung erfolgt nach der Richtung der Eigenkapitalbeziehung (directional principle). Sämtliche Investitionswerte sind in Euro angegeben, daher können Währungsschwankungen Auswirkungen auf den Wert der Direktinvestitionen haben. Die CESEE-Region umfasst hier folgende Länder:

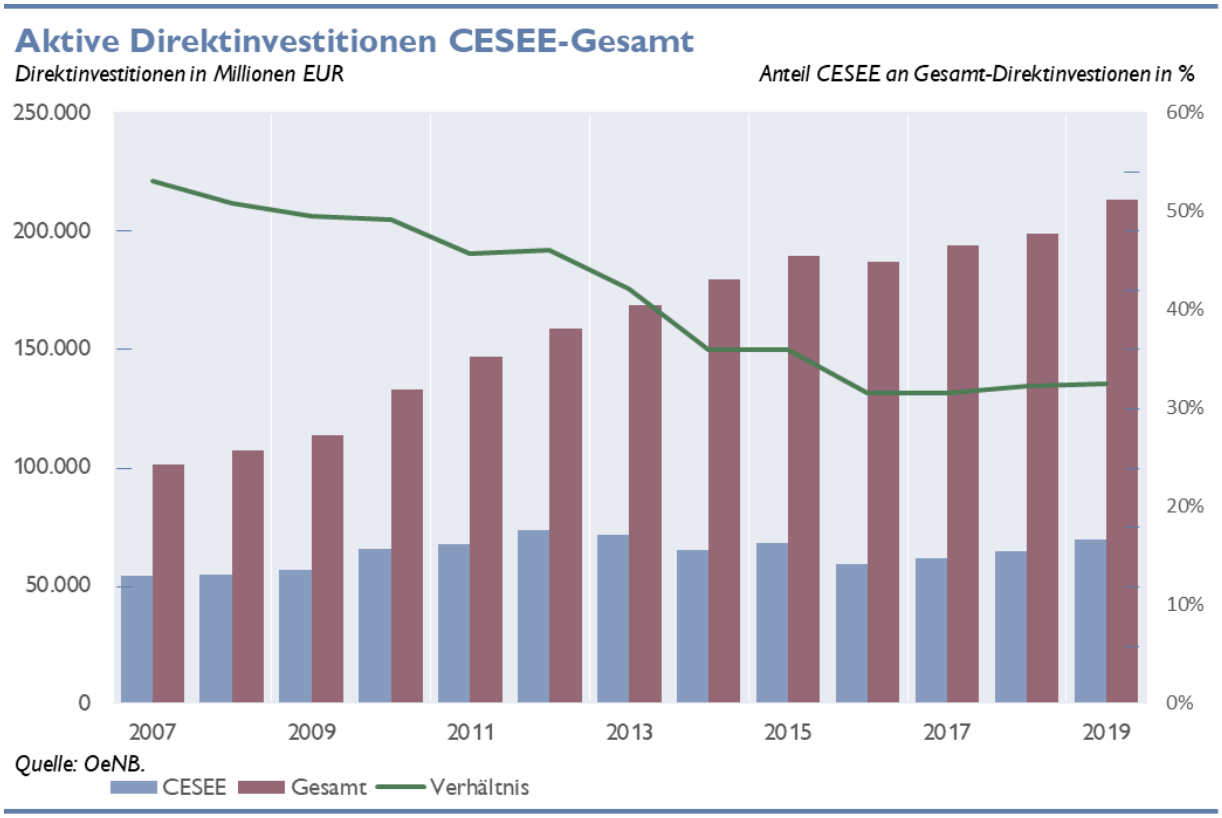
[20] Autoren: Kujtim Avdiu (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken), Julia Wörz, Michael Wuggenig (beide Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland). Eine Langfassung der Analyse erscheint in STATISTIKEN Sonderheft: Direktinvestitionen 2019. OeNB. Im Erscheinen.

Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo[21], Kroatien, Lettland, Litauen, Montenegro, Nordmazedonien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Türkei, Ungarn, Ukraine und Weißrussland.

Österreichische Direktinvestitionen nach CESEE verlieren an Bedeutung

Der Wert österreichischer Direktinvestitionen im Ausland hat sich seit 2007 zu laufenden Preisen mehr als verdoppelt, hingegen stiegen die Direktinvestitionen in die CESEE-Länder mit einigen Auf- und Abwärtsbewegungen im selben Zeitraum nominell nur moderat (Grafik 1). Auffällig ist, dass die globale Finanzkrise kaum Auswirkungen auf die österreichischen Direktinvestitionen allgemein oder in die Länder der CESEE-Region hatte, bis 2012 wurde jeweils ein stetiges Wachstum verzeichnet. Insgesamt ergibt sich dadurch eine deutlich geringere Bedeutung der CESEE-Länder als Zielländer österreichischer Investitionen im Verhältnis zu den gesamten aktiven Direktinvestitionen. Der Anteil der CESEE-Region an den gesamten aktiven Direktinvestitionen ist von 53% im Jahr 2007 auf 31% im Jahr 2016 gefallen und verblieb seither stabil bei zuletzt 32% im Jahr 2019.

Grafik 1



Die **wichtigsten Märkte für österreichische Direktinvestitionen** in der CESEE-Region sind die unmittelbaren Nachbarländer Tschechien und Ungarn, sowie Rumänien. Alle drei Länder liegen seit 2014 ununterbrochen auf den ersten drei Plätzen, Tschechien nimmt sogar bereits seit 2007 den ersten Platz ein. Hingegen fluktuieren die Plätze vier und fünf stärker, wobei Russland als Destination für österreichische Direktinvestitionen im Jahr 2019 die Slowakei wieder

[21] Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/99 des UN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos.

vom vierten Platz verdrängte. Die hohe Volatilität Russlands in der Platzierung ist vermutlich auf die geopolitischen Sanktionen nach der Krim-Annexion sowie auf die seit Freigabe des Wechselkurses im selben Jahr folgenden starken Währungsschwankungen zurückzuführen. So lag Russland im Jahr 2011 noch an zweiter Stelle und fiel in den Jahren 2016 und 2017 auf den sechsten Platz ab. Trotz der Größe seines Binnenmarktes spielt Polen für österreichische Investoren eine vergleichsweise untergeordnete Rolle und liegt im Jahr 2019 auf Platz 6, etwas über dem Startwert von Rang 8 im Jahr 2007. Innerhalb der Investitionen in die CESEE-Region nahm die Konzentration auf die EU-Mitgliedsländer über den Betrachtungszeitraum weiter zu. Die Westbalkanländer konnten mit Ausnahme Nordmazedoniens keine nennenswerten anteilsmäßigen Zuwächse verzeichnen, ihr Anteil belief sich 2019 auf etwas über 7% der Gesamtinvestitionen Österreichs in der Region.

Die Direktinvestitionen in die CESEE-Länder sind für heimische Unternehmen in der Regel von hoher **Profitabilität** geprägt (Grafik 2).[22] Eine Gegenüberstellung der Direktinvestitions-Einkommen zum Investitionsbestand im jeweiligen Land weist im regionalen Durchschnitt eine Profitabilität von über 10% im Jahr 2019 aus. Die Gruppe der EU-Mitglieder in der Region weist stabile und hohe Renditen auf, besonders Tschechien tritt als konstant profitable Destination hervor, gefolgt von der Slowakei. In beiden Ländern scheint die Profitabilität österreichischer Investitionen über dem Landesdurchschnitt für ausländische Direktinvestitionen insgesamt zu liegen. Die Bankenkrise in Slowenien ist in den Daten ebenfalls deutlich zu sehen, mit Verlusten in den Jahren 2013 und 2014, jedoch sind seither durchwegs Raten von rund 10% und mehr zu verzeichnen. Bemerkenswert ist die relativ geringe (verglichen mit dem von Adarov et al. 2019 berichteten Wert für Polen insgesamt) und zugleich rückläufige Entwicklung der Profitabilität österreichischer Direktinvestitionen in Polen. Hingegen weisen österreichische Direktinvestitionen in Ungarn und auch Kroatien zuletzt wieder eine steigende Profitabilität auf, in Ungarn liegt diese auch deutlich über dem Marktdurchschnitt. Eine tendenziell geringere und stärker schwankende Profitabilität ist für die Investitionen am Westbalkan zu beobachten. Die Gruppe der restlichen CESEE-Staaten, Belarus, Russland, Türkei und Ukraine, sind von höherer Volatilität geprägt und werfen aber insgesamt hohe Einkommen ab. Belarus und Russland sind durch eine besonders hohe und relativ stabile Profitabilität gekennzeichnet, für die Ukraine ergibt sich ein äußerst volatiles Bild über die Zeit: zuletzt ergaben sich hohe Einkommen relativ zum investierten Kapital (über 30%), jedoch gab es auch Jahre mit einem deutlich negativen Verhältnis.

[22] Allerdings hatte die globale Wirtschafts- und Finanzkrise teils deutlich negative Auswirkungen auf die Rentabilität der Direktinvestitionen, es kam jedoch seither wieder zu einer Erholung der Profitabilität.

Grafik 2

Profitabilität Österreichischer Direktinvestitionen

Einkommen relativ zu Bestand im selben Jahr

Quelle: OeNB.

In **sektoraler Hinsicht** ist die Dominanz des Finanz- und Versicherungswesens mit etwas über 45% aller Direktinvestitionsbestände nach wie vor überragend, auch wenn dessen Anteil seit 2007 um mehr als 10 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Dieser Sektor reflektiert wie kaum ein anderer die Transformation der ehemals zentralverwalteten Länder hin zu offenen marktbasierten Volkswirtschaften. Bemerkenswerterweise sind kaum unmittelbare Auswirkungen der globalen Finanzkrise von 2007/2008 zu beobachten, der Wert der österreichischen Direktinvestitionen in dieser Branche blieb über die Jahre 2007-2009 konstant bei rund 30 Mrd EUR und stieg in den folgenden Jahren sogar auf einen Höchststand von 39 Mrd EUR im Jahr 2012 an, bevor ein Rückgang einsetzte, der durch die Übertragung des CESEE-Geschäfts der Bank Austria an die Mutterbank UniCredit im Jahr 2016 (von in etwa 10 Mrd EUR) deutlich verstärkt wurde. Dem Tiefstand im Jahr 2016 von 27 Mrd EUR folgte erneut ein Anstieg des Wertes der Direktinvestitionen im Finanzwesen (auf zuletzt 31,6 Mrd EUR und damit geringfügig über dem Ausgangswert im Jahr 2007), der jedoch den fallenden Anteil der Branche an den österreichischen Gesamtinvestitionen in der Region nicht wettmachen konnte.

Die zweitplatzierte Branche stellt weit abgeschlagen der Einzel- und Großhandel dar, der seine Position trotz eines zwischenzeitlichen Rückgangs bei 8,5% relativ stabil halten konnte. Die Branchen Holz, Papier und Druckerei, das Realitätenwesen sowie Landwirtschaft und Bergbau liegen knapp beieinander, jeweils zwischen 5% bis 7%, und verzeichneten zuletzt einen starken Aufwärtstrend.

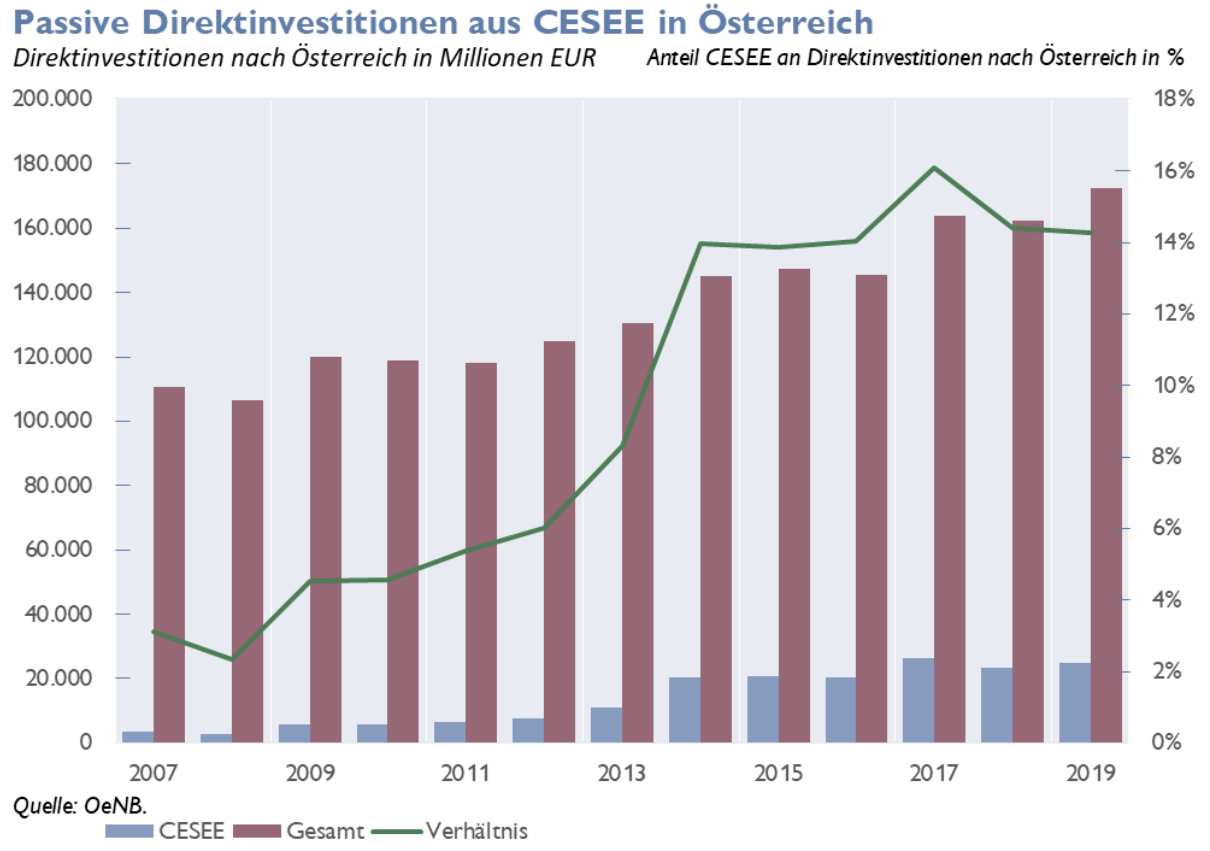
Das Hauptmotiv der hohen österreichischen Direktinvestitionsbestände in der Region dürfte die Erschließung der stark wachsenden Märkte in der unmittelbaren Nachbarschaft gewesen sein, wobei die zeitgleiche Integration der Hauptzielländer in die EU einen fördernden Faktor

darstellte. Zukunftsträchtige Branchen erscheinen im aktuellen Portfolio eher unterrepräsentiert: z.B. finden sich laut Adarov et al. (2019) keine österreichischen Investoren unter der stetig wachsenden Zahl an Projekten im Bereich Elektroautos und deren Komponenten. Die Investitionsbestände in den für die Zukunft wichtigen Branchen Chemie, Kunststoff und Pharmaziewaren, Information und Kommunikation sowie Elektrotechnik, Elektronik und Optik verharren auf einem sehr geringen Niveau. Im Gegensatz zu den 1990er Jahren dürften österreichische Investoren diesmal also keinen „first-mover-advantage" wahrnehmen und damit auch nicht zur digitalen Transformation der CESEE-Region beitragen.

Russland dominiert CESEE-Direktinvestitionen in Österreich

Die CESEE-Länder sind also wichtige Zielländer österreichischer Direktinvestitionen, stellen jedoch weitaus weniger oft selbst Quelle ausländischer Investitionen in Österreich dar. Jedoch nahmen passive Direktinvestitionen aus der Region seit 2007 deutlich zu, sowohl absolut als auch gemessen an deren Anteil an den passiven Direktinvestitionen in Österreich insgesamt betrachtet (Grafik 3). Volumenmäßig erhöhte sich der Wert des CESEE-Investitionsbestandes in Österreich von 3 Mrd EUR im Jahr 2007 auf 24 Mrd 2019 zu laufenden Preisen. Im deutlichen Gegensatz zur fallenden Bedeutung Österreichs für der Region auf der Aktivseite stieg der Anteil der Direktinvestitionen aus den CESEE-Ländern in Österreich über den Beobachtungszeitraum deutlich an, von 3% 2007 auf 14% im Jahr 2014, wo sich der Wert seither einpendelte.

Grafik 3



Mit rund 90% aller passiven Investitionsbestände aus der CESEE-Region ist Russland mit großem Abstand der überragende Investor in Österreich. Ausgehend von beinahe 88% aller Direktinvestitionsbestände aus CESEE im Jahr 2007 stieg dieser Anteil bis 2014 auf 97,6% an und belief sich bei einer leicht rückläufigen Tendenz zuletzt auf 93% (2019) oder beinahe 23 Mrd

EUR. Der gegenläufige Effekt von Währungsabwertungen und Sanktionen seit 2014 kann hier nicht unterschieden werden. Die 2007 noch nennenswerten Anteile der Türkei und der Ukraine gingen über die Zeit stark zurück und sind im Falle der Ukraine dem Volumen nach inzwischen trotz einer vergleichsweise hohen Anzahl an verbleibenden Beteiligungen unbedeutend. Neben Russland und der Türkei verbleiben somit als wichtige Herkunftsländer von Direktinvestitionsbeständen in Österreich Polen, Tschechien, Bulgarien und Ungarn mit Anteilen zwischen 1% und 1,5% der CESEE-Investitionen im Jahr 2019. Dieses Bild ändert sich jedoch beträchtlich, wenn man die Daten um Durchlaufkapital bereinigt.

In sektoraler Hinsicht stellen sich die passiven Direktinvestitionen aus der CESEE-Region ebenfalls höchst konzentriert dar. Ähnlich wie für die passiven Direktinvestitionen insgesamt spielen lediglich drei Branchen für Direktinvestitionen aus den CESEE-Staaten eine Rolle: professionelle Dienstleistungen, Finanz- und Versicherungswesen, sowie der Handel.

Durchlaufkapital zeichnet für mehr als die Hälfte der Direktinvestitionen aus CESEE verantwortlich

Eine Besonderheit in der Betrachtung der Direktinvestitionen insbesondere gegenüber der CESEE-Region stellen aktive Direktinvestitionen dar, die ihrerseits von einer österreichischen Tochter eines ausländischen Unternehmens getätigt werden. Es wäre verzerrend, Direktinvestitionen von und nach Österreich darzustellen, ohne auf die Rolle von solchem Durchlauf- oder Durchflusskapital zu verweisen. Die Bereinigung der Daten um jenes für Investitionen im Ausland verwendete Kapital, welches im Rahmen von passiven Direktinvestitionen nach Österreich geflossenen ist, erfolgt nach dem Vorgehen der OECD (siehe Borga und Caliandro, 2018). Die Gründe dafür können neben betriebswirtschaftlichen Überlegungen (besseres Know-how der österreichischen Tochter in der Region, Bündelung gewisser Aktivitäten in den österreichischen Töchtern, Fragmentierung über die Integration in globale Wertschöpfungsketten, etc.) etwa Steuervorteile, ein vereinfachter Zugang zum Kapitalmarkt, erhöhter Schutz von Eigentumsrechten oder speziellere Finanzdienstleistungen sein.

Von den aktiven Direktinvestitionen Österreichs in die Länder der CESEE-Region liegt der Wert von Durchlaufkapital über Österreich für 2019 zwischen 18% für die Slowakei und 50% für die Türkei (Grafik 4). Ähnlich hohe Werte erzielen die Zielländer Bulgarien mit 49%, Nordmazedonien mit 45% und Polen mit 43%. Im Zeitverlauf scheint der Anteil an Durchlaufkapital über Österreich abgenommen zu haben. Lag der Gesamtanteil an Durchlaufkapital relativ zu den gesamten aktiven Direktinvestitionen in der Region im Jahr 2007 und 2015 noch bei jeweils 37% und 40%, so ist dieser Anteil im Jahr 2019 auf 27% gefallen.

Betrachtet man die Passivseite so fällt wiederum ein Herkunftsland besonders auf: Wie bereits erwähnt kommt der weitaus größte Zufluss an Direktinvestitionen aus den CESEE-Staaten nach Österreich aus Russland. Doch stellt man diesem Zufluss das Durchlaufkapital gegenüber, so wird ersichtlich, dass 54% der Investitionen aus Russland Durchlaufkapital sind.[23] Der Großteil des für Österreich bedeutenden russischen Durchlaufkapitals wird in die Niederlande weitergegeben. Für Bulgarien – mit einem weitaus geringeren Volumen an Kapital in Österreich – liegt der Anteil an

[23] Karhunen et al. (2021) verweisen in diesem Zusammenhang neben der häufig erwähnten steuerlichen Gründe auch auf institutionelle Arbitrage als wesentliches Motiv für Durchlaufkapital in Zusammenhang mit Russland. Dies betrifft insbesondere stark sogenanntes „round-tripping", also russische Investitionen, welche – hauptsächlich über ausländische Offshore-Zentren – wieder zurück nach Russland fließen. Solch „unethisches" Verhalten der Investoren kann jedoch durchaus positive wirtschaftliche Effekte im Ursprungsland bewirken.

Durchlaufkapital im Jahr 2019 mit 99% deutlich höher. Die Investitionen aus Bulgarien im Wert von gut 266 Mio EUR, welche über Österreich durchlaufen, wurden hauptsächlich in der Schweiz investiert. Somit ergibt sich insgesamt für Österreich ein Anteil von 54% Durchlaufkapital an den passiven Direktinvestitionen aus CESEE-Staaten. Dieser Wert stimmt mit der Schätzung von Borga und Caliandro (2018) in etwa überein, die für Österreich einen Wert von rund 51% der gesamten passiven Direktinvestitionen ohne Zweckgesellschaften als Durchlaufkapital berechnen. Für europäische Länder schätzen die Autoren den vergleichbaren Wert im Durchschnitt auf rund ein Viertel der passiven Direktinvestitionen. Somit weisen österreichische Passivinvestitionen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Durchlaufkapital im internationalen Vergleich auf und dies ist stark mit der Rolle Russlands als größten CESEE-Investor in Österreich verknüpft.

Grafik 4

Anteil Durchlaufkapital an aktiven Direktinvestitionen aus Österreich

Wert in % der aktiven Direktinvestitionen

Quelle: OeNB.

Literatur

Adarov, A., Ghodsi, M., Hunya, G. und Pindyuk, O. 2019. Foreign Investments Mostly Robust Despite Global Downturn; Shift into Services – FDI in Central, East and Southeast Europe, FDI Report 2019, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw).

Avdiu, K., J. Wörz und Wuggenig, M. 2021. Vom First-Mover zum Laggard? – Österreichische Direktinvestitionen in und aus Zentral-, Ost- und Südosteuropa, 2007-2020, erscheint in STATISTIKEN Sonderheft: Direktinvestitionen 2019. OeNB. Im Erscheinen.

Borga, M. und Caliandro, C. 2018. Eliminating the Pass-Through: Towards FDI Statistics that Better Capture the Financial and Economic Linkages between Countries, NBER Working Paper 25029, National Bureau of Economic Research, Inc.

Karhunen, P., Ledyaeva, S. und Brouthers, K. D. 2021. Capital Round-Tripping: Determinants of Emerging Market Firm Investments into Offshore Financial Centers and Their Ethical Implications, Journal of Business Ethics, https://doi.org/10.1007/s10551-021-04908-y .

Exits and entries of Austrian firms during the pandemic – preliminary results[24]

Dieser Beitrag gibt einen Einblick in die laufende Analyse der OeNB der Entwicklung von nicht-finanziellen Unternehmen in Österreich vor und während der Covid-Krise. Dargestellt werden vorläufige Ergebnisse auf Basis experimenteller Statistiken, die neben dem Insolvenzgeschehen auch Unternehmensgründungen sowie nicht insolvenzbedingte Marktaustritte miteinbeziehen. Hintergrund ist die Frage, ob das bislang unter dem Vorkrisenniveau – und unter dem von der OeNB und vielen anderen Experten erwarteten Niveau – zurückbleibende Insolvenzgeschehen durch vermehrte Marktaustritte ohne Insolvenz oder weniger Unternehmensgründungen kompensiert wird. Die Ergebnisse zeigen, dass diese Phänomene nur einen Teil der beobachtbaren Insolvenzlücke erklären können. Erstens kam es nicht zu einer Kompensation der niedrigeren Insolvenzen durch zusätzliche Exits. Im Gegenteil sind auch die Exits stark gesunken. Zweitens kam es zu etwa gleich vielen Gründungen. Dies bedeutet allerdings einen starken Einbruch im positiven Trend bei Neugründungen der letzten Jahre. In der Krise verließen weniger Firmen den Markt via Insolvenzen und Exits, aber es kamen weniger neue Firmen auf den Markt als es dem langjährigen Trend entsprochen hätte.

Background

This short note describes preliminary main results with regard to firm exits and entries in Austria before and during the pandemic given the significant impact COVID-19 has had on corporate financial conditions. Due to mitigating measures, the insolvency rates observed so far have been below the 2019 pre-crisis levels. This is not only true for 2020 but also for 2021 for all months currently available (up to October 2021). In this context, we sought to establish if the lower rates of insolvencies might have been offset by higher rates of firms exiting the market without insolvency (exits) or lower rates of firms entering the market (entries). To deliver some preliminary insights, we use a range of data sources available to the OeNB.

Specifically, we employ an experimental dataset combining data from the Austrian juridical system with OeNB master data (OBServ), as well as the SABINA balance sheet database and the so called Statistics Austria's structural business statistics. Note that in one important respect our data differ from other data sources on insolvencies, such as figures provided by Kreditschutzverband von 1870 (KSV 1870) or Österreichischer Verband Creditreform (Creditreform). We explicitly exclude sole proprietors and apply a sectoral approach, working with a well-defined set of firms, namely all entities registered in the Austrian business register apart from registered sole-proprietors in Austria. Our database therefore consists mostly of limited liability companies, limited partnerships, general partnerships and stock corporations.[25]

[24] Autoren: Pirmin Fessler und Michael Wuggenig (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland). Diese Analyse baut maßgeblich auf vorangegangene Arbeiten von Helmut Elsinger (Abteilung für volkswirtschaftliche Studien), Stefan Kerbl (Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht), Martin Schürz (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen), Anita Schneider (Abteilung Statistik – Data Governance, Stammdaten und Banken-Abwicklung), Stefen Wiesinger (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken) auf (siehe https://www.oenb.at/dam/jcr:6875cdad-dd4f-4859-8a4e-d0233ded0bbb/08_PB_FSR_41_The%20calm%20before%20the%20storm.pdf).

[25] For our motivation and a detailed description of this database, see the OeNB's latest financial stability report: Elsinger, H., Fessler, P., Kerbl, S., Schneider, A., Schürz, M., Wiesinger, S. (2021): Calm before the storm? Insolvencies during the Covid-19 Pandemic. Financial Stability Report 41, p.57-76. OeNB,

Given our limited information on 2021, we also exclude 2021 from our analysis of exits and entries. These data will be added and assessed in future publications upon availability, but so far – given the data on insolvencies we already can observe up to October 2021 – we see no reason to believe that the results for 2021 would differ substantially from 2020. Finally, there is one more caveat to our analysis which we will be able to address in future work in more detail. For this analysis, exits and entries might also include firms which just changed their corporate form (e.g. from a limited partnership to a limited liability company) or firms whose identifiers have changed (e.g. following a takeover or merger). We are confident that such technicalities do not bias our preliminary results very strongly, especially when it comes to our main results with regard to the development over time. However, in principle the OeNB has all the information to investigate this issue in greater detail in future work.

Three main preliminary results

Table 1 shows a short summary of exits, entries and insolvencies for 2019 and 2020, as well as the insolvency-to-exit ratio and the stock of firms (available in our database, based on our definition excluding sole proprietors). In total, firm entries exceeded exits and insolvencies combined in both years. Insolvencies accounted for about 15% to 16% of exits, implying that the number of non-insolvency-related exits was about 5 times larger than the number of insolvencies in both years. However, while the number of firm entries was only marginally larger in 2020 than in 2019, the number of both insolvencies and exits was substantially lower in 2020 than in 2019. While the decrease in insolvencies was about 32%, the decrease in exits was about 34%.

Preliminary result 1

These results already point to a clear answer to the question if more exits compensated for fewer insolvencies. They did not. On the contrary, there was also an additional sharp decrease in firm exits. Due to the diminished number of exits and insolvencies, the almost stable entry numbers were able to offset this outflow. Ultimately, the number of firms increased by about 10,000 firms in our database during the first pandemic year.[26]

Table 1

	Entries	Exits	Insolvencies	End-of-year stocks	Beginning-of-year stocks	Insolvency-to-exit ratio
	Thousands					%
2019	15.8	14.4	2.2	372.7	380.5	15.0
2020	15.9	9.4	1.5	380.5	389.7	15.6

Source: OeNB, OeNB master data (OBServ)

As a next step, we investigate entries in more detail with regard to two aspects. First, we look at the annual trend before the pandemic. Second, we look at monthly developments during 2020 to investigate the impact of the first lockdown when the crisis hit.

https://www.oenb.at/dam/jcr:6875cdad-dd4f-4859-8a4e-d0233ded0bbb/08_PB_FSR_41_The%20calm%20before%20the%20storm.pdf

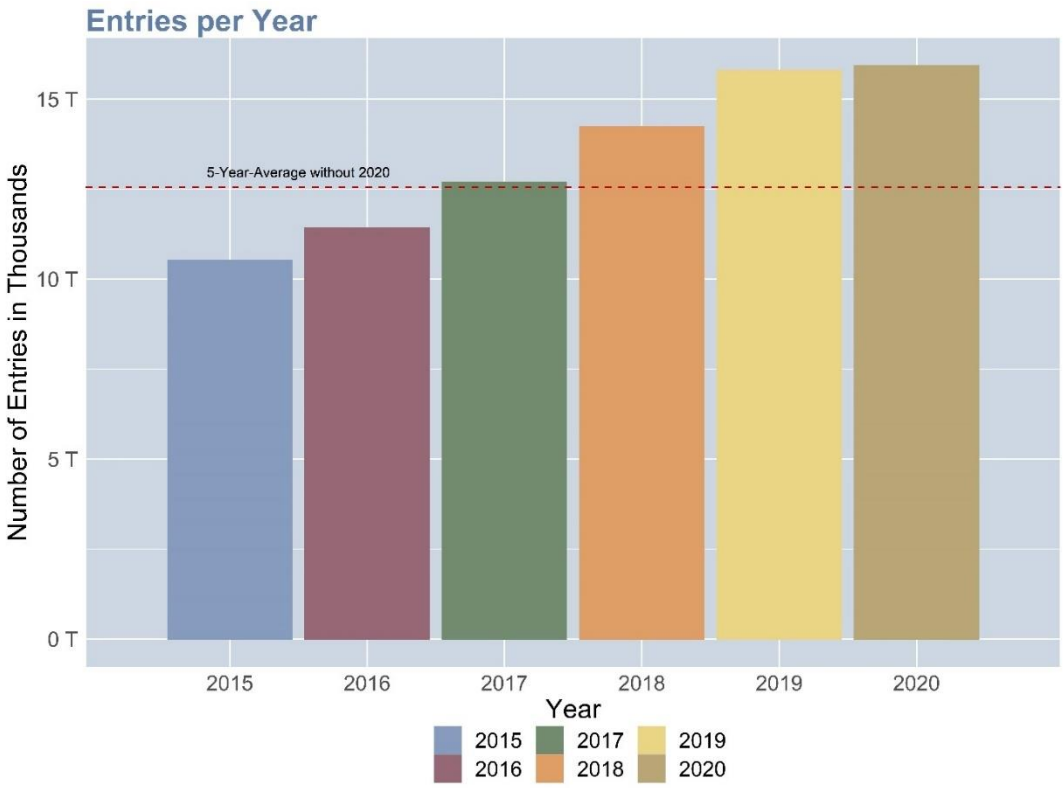
[26] The difference between the stock increase and the net flow of entries resulting from exits and insolvencies comes from the fact that not every entry date in the dataset is known and thus cannot be accounted for in the entry figure.

Chart 1 below shows the development of yearly firm entries since 2015 up to 2020. We clearly see that there was a strong positive trend in firm entries. The number of yearly firm entries actually increased by almost 50% from 2015 to 2019 (from 10,521 to 15,796), with significant yearly increases also between 2017 and 2018 as well as 2018 and 2019. In 2020, however, there was a clear break, with the growth of firm entries more or less stagnating at the 2019 level (15,926 entries).

Preliminary result 2

Given the yearly time trend before the pandemic, we can identify a gap of potentially a few thousand firm entries one would have expected under the assumption of continued trends without the pandemic.

Chart 1



Source: OeNB, OeNB Master Data (OBServ)

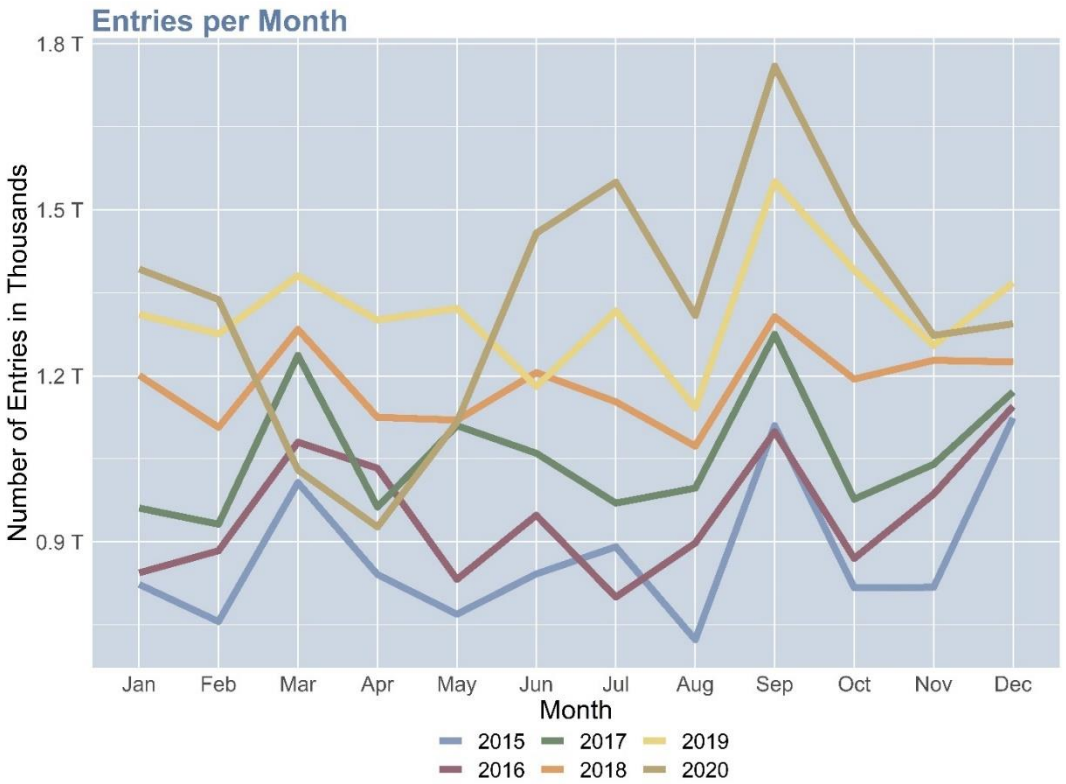
As a next step, we zoom in on the development of monthly firm entries across the years since 2015 and the overall increase in entry numbers year upon year. Chart 2 reveals that entries tend to fluctuate across the year, with typical spikes in March and in September. The year 2020 stands out in two dimensions. First, instead of a spike in March, there was a sharp decrease during and shortly after the first lockdown in March and April. While already rising in May, entry numbers remained low. Thereafter, we see some compensation in the summer numbers and another decrease in November and December during the second lockdown. Overall, it is the lockdown-period entries that explain why the number of entries in 2020 remained below the 2019 figures. While chart 1 shows descriptively on a yearly basis that entries stagnated in 2020, chart 2 delivers suggestive evidence on a monthly basis, that the reason for fewer entries might indeed be related to the pandemic or counter measures such as lockdowns.

Preliminary result 3

On a monthly basis within 2020 lockdown periods coincide with lower entry numbers. At the same time we observe a strong rebound after the first lockdown – which, however, did not compensate completely for the fewer entries within the lockdown. We see that as suggestive evidence, that the reason for lower market entries might indeed be related to the pandemic or counter measures such as lockdowns.

Our preliminary analysis does not establish a causal relationship, but further investigations seem worthwhile. Further research is necessary to investigate if the observed effects are indeed lockdown-related or have other reasons, such as potential impacts on founders' expectations or finances.

Chart 2



Source: OeNB, OeNB Master Data (OBServ)

Some additional preliminary results

Preliminary investigation yielded some additional results, as briefly summarized here.

- Our main results are not driven by some specific sectors but seem to hold quite generally across most economic sectors.
- Firms exiting through insolvencies are on average less well capitalized than firms exiting through exits proper. It is likely that state interventions during the pandemic also allowed firms to exit without insolvency.
- In terms of asset base, firms exiting through insolvencies were somewhat smaller on average in 2020 compared to 2019 while firms exiting without insolvency were marginally larger in 2020 compared to 2019.

- With regard to regions, Vienna stands out with a comparably higher and rising (from 2019 to 2020) insolvency-to-exit ratio.
- Insolvent firms tend to have more employees than their exit counterparts.
- Firms leaving markets without insolvency are usually older than those leaving through insolvency.

Conclusion

Employing a broad-based experimental micro dataset on Austrian firms (excluding sole proprietors) as available to the OeNB, we investigated the question if observed lower rates of insolvencies during the first year of the COVID-19 pandemic might have been compensated by higher rates of firms exiting the market without insolvency (exits) or lower rates of firms entering the market (entries).

We established three preliminary results: (i) Exits did not increase and compensate for lower insolvency rates. (ii) Entries almost stagnated, which implies that a positive trend was broken, which in turn might suggest that the pandemic led to a lower increase of entries. (iii) Lower entry numbers indeed coincide with lockdown periods for 2020.

It is important to note that (ii) and (iii) are descriptive findings and we cannot establish a causal relationship at this point. Further investigations seem appropriate. However, as highlighted before, we would need firm-level data on lockdown-related government support measures – which are available but not accessible at this point – to be able to address the urgent need for a deeper understanding of insolvency/exit-related financial stability risks that may have been building up during the pandemic crisis.

Österreichs Klimapolitik: Vom Vorbild zum Nachzügler in der EU[27]

Innerhalb der letzten drei Jahrzehnte fiel Österreichs Klimapolitik im EU-Vergleich zurück. Die Ausgangslage 1990 war günstig und durch unterdurchschnittliche Treibhausgas(THG)-Emissionen pro Kopf trotz überdurchschnittlichen BIPs pro Kopf gekennzeichnet. Jedoch nahmen von 1990 bis 2018 die gesamten THG-Emissionen in Österreich um 1% zu, während sie in den EU16 (aktuelle EU inkl. Österreich ohne CESEE-Mitglieder) um 18% sanken. Österreich hat also bis 2018 (also vor der Pandemie) nicht zur Einhaltung des international verbindlichen EU-Reduktionsziels (-20% bis 2020) beigetragen und weist nun überdurchschnittliche THG-Emissionen pro Kopf und eine überdurchschnittliche Energieintensität (Endenergieverbrauch pro produzierter BIP-Einheit) aus.

Die wesentliche Ursache für dieses überdurchschnittlich hohe Niveau sind die THG-Emissionen des Verkehrssektors. Sie stiegen in Österreich von 1990 bis 2018 um 75%, sodass ihr Anteil um 13 Prozentpunkte auf 31% anstieg (um 6 Prozentpunkte auf 23% in der EU16). Damit hatte Österreich 2018 den zweithöchsten THG-Ausstoß des Verkehrssektors pro Kopf innerhalb der EU16. Etwa vier Fünftel der über dem EU16-Durchschnitt liegenden THG-Emissionen des österreichischen Verkehrssektors stammen aus dem „Kraftstoffexport in Fahrzeugtanks" (inkl. „Tanktourismus").

Die Haupterklärung für die hohen und gestiegenen THG-Emissionen im Verkehrssektor ist der vergleichsweise sehr niedrige CO2-Preis. Im Jahr 2018 war der durchschnittliche implizite CO2-Preis in Österreich (d.h. Kraftstoffverbrauchsteuern wie die Mineralölsteuer) um 50 EUR pro Tonne CO2 oder etwa ein Viertel niedriger als in Deutschland und in der EU14 (als Untergruppe von EU16). Dieser Abstand erhöhte sich 2021 gegenüber Deutschland auf 75 EUR, seitdem dort ein expliziter CO2-Preis eingeführt wurde.

Der Gesetzesentwurf der österreichischen Regierung für einen expliziten CO2-Preis von 30 EUR ab Mitte 2022 gleicht nur den jüngsten Anstieg dieser Preisdifferenz aus. Auch wenn der Preis (im Gleichklang mit Deutschland) bis 2025 schrittweise auf 55 EUR ansteigen soll, wird Österreich weiterhin Steuereinnahmen aus dem Kraftstoffexport erhalten und riskiert damit noch höhere Bußgelder. Ohne Festlegung des expliziten CO2-Preispfades auf mindestens das Doppelte und/oder die Abschaffung des Steuerprivilegs für Diesel von 65 EUR pro Tonne CO2 wird Österreich das 2018 vereinbarte Ziel, seine gesamten THG-Emissionen von 2018 bis 2030 um 28% zu senken, kaum erreichen. Das gilt erst recht für die in dieser Zeit benötigte Reduktion um 45%, die als Beitrag Österreichs erforderlich ist, um das im EU-Klimagesetz 2021 festgelegte Ziel einer Senkung der EU-weiten THG-Emissionen um 55% gegenüber 1990 bis 2030 zu erreichen. Ungenügende Aktivität in der Vergangenheit zwingt Österreich nun, mehr als der Durchschnitt der EU16 zu tun.

Österreichs Treibhausgasemissionen tragen nichts zu EU-Zielen bei

Im Rahmen des **Kyoto-Protokolls 1997** zur UNFCCC (UN-Rahmenkonvention zum Klimawandel von 1992) verpflichtete sich die EU einseitig, im Zeitraum 2008 bis 2012 ihre Emissionen um 8% im Vergleich zum Stand von 1990 zu senken. Tatsächlich erreichte die EU17 (EU16 [28] plus Vereinigtes Königreich) eine Reduktion von 11%, während **Österreich seine Emissionen sogar um 5% erhöhte.**

[27] Autoren: Andreas Breitenfellner, Mathias Lahnsteiner, Thomas Reininger (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

[28] Wir beziehen uns hier auf EU16, eine Gruppe aktueller „westlicher" bzw. Nicht-CESEE-EU-Mitgliedstaaten (ohne Vereinigtes Königreich aber einschließlich Österreich).

Im Jahr 2012 verpflichteten sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten im Rahmen der **Doha-Änderung** des Kyoto-Protokolls dazu, den THG-Ausstoß der EU28 bis 2020 um 20% gegenüber dem Niveau von 1990 zu senken. Dazu setzte die EU verbindliche Unterziele für zwei Gruppen von Sektoren: Erstens eine EU-weite Reduzierung um 21% im Vergleich zu 2005 in den vom **EU-Emissionshandelssystem (EHS)** erfassten Sektoren (Energiewirtschaft und große Teile des verarbeitenden Gewerbes); Zweitens mitgliedstaatsspezifische Mindestreduktionen in den **Nicht-EHS-Sektoren** (insb. Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft) von durchschnittlich 13% in der EU16 und 16% in Österreich. Das **scheinbar anspruchsvollere Ziel für Österreich** lief eigentlich im längerfristigen Vergleich zu 1990 auf eine **Erhöhung um 5% hinaus**, während die EU16 um 14% weniger THG ausstoßen sollte.

Betrachtet man die tatsächliche Veränderung von **2005 bis 2018, hinkte Österreich erneut hinterher**: Zwar gingen in den EHS-Sektoren die THG-Emissionen in der EU16 um 28% und in Österreich um immerhin zielkonforme 21% zurück. Jedoch verfehlte Österreich in den Nicht-EHS-Sektoren sein 2020-Ziel: Die THG-Emissionen sanken dort nur um 10% (statt der angestrebten -16%) während die EU16 zielgemäß -13% erreichte. Damit stiegen Österreichs THG-Emissionen in den Nicht-EHS-Sektoren im Vergleich zu 1990 noch stärker (+12%) als der eingeräumte Anstieg (+5%). Über alle Sektoren zusammengenommen senkte Österreich seine THG-Emissionen von 2005 bis 2018 um 15% (EU16: -20%), weniger stark als diese in der Vorperiode seit 1990 gestiegen waren (+18%) (EU16: +2%).

Österreich hat also bis 2018 überhaupt nicht zur Erreichung des gemeinsamen Reduktionsziels der EU28 (-20%) beigetragen, da es seine THG-Emissionen von 1990 bis 2018 insgesamt um 1% erhöht hat. Allerdings könnte Österreich dank der **COVID-19-Pandemie** im Jahr 2020 seinem 2020-Ziel nähergekommen sein und damit einen moderaten Beitrag zum Gesamtziel geleistet haben.

Steigende Energieintensität

Die **Ausgangsposition im Jahr 1990 war günstig**, da Österreich **unterdurchschnittlichen THG-Ausstoß pro Kopf** (88% des Niveaus der EU27) mit **überdurchschnittlichem BIP pro Kopf** (134% des EU27-Niveaus, real in Kaufkraftparität) kombinierte. Hinter der günstigen Ausgangslage Österreichs standen sowohl eine **unterdurchschnittliche Emissionsintensität** (THG-Emissionen pro verbrauchter Energieeinheit) als auch eine **unterdurchschnittliche Energieintensität** (Endenergieverbrauch pro produzierter BIP-Einheit). Die Kombination (d.h. das Produkt) beider Intensitäten ergab eine **sehr niedrige Kohlenstoffintensität** der Wirtschaft (THG-Emissionen pro produzierter BIP-Einheit) von 66% des EU27-Niveaus (EU16: 81% des EU27-Niveaus). Die niedrige CO2-Intensität konnte das überdurchschnittliche BIP pro Kopf Österreichs mehr als ausgleichen.

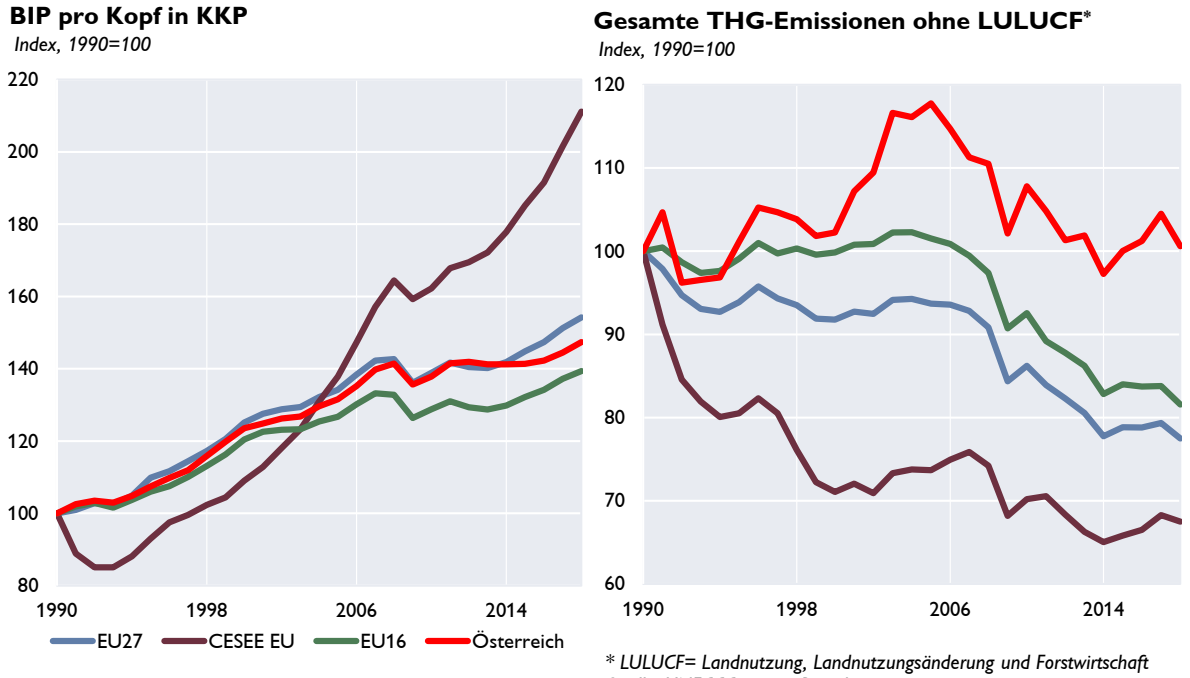
Im Zeitraum von 1990 bis 2018 ging allerdings die CO2-Intensität in Österreich deutlich weniger als in der EU16 zurück, während das BIP pro Kopf deutlich stärker gestiegen war. Infolgedessen sanken die **THG-Emissionen pro Kopf** in Österreich nur um 13%, in EU16 jedoch um fast 27%. Dieser Unterschied ist hauptsächlich auf den ersten Teilzeitraum 1990 bis 2005 zurückzuführen. Aber auch im zweiten Teilzeitraum 2005 bis 2018 schnitt Österreich etwas schlechter als die EU16 ab.

Die geringe Reduzierung der CO2-Intensität in Österreich geht insbesondere auf den Anstieg der **Energieintensität** um 2% im ersten Teilzeitraum zurück, während diese in der EU16 um

12% sank. Danach ging die Energieintensität auch in Österreich zurück, jedoch in geringerem Maße als in der EU16. Im Gegensatz dazu ging die **Emissionsintensität** in Österreich in beiden Teilzeiträumen stärker zurück als in der EU16, jedoch **nicht ausreichend**, um die höhere Energieintensität auszugleichen. Der geringere Rückgang der THG-Emissionen pro Kopf und das moderat höhere Bevölkerungswachstum als in der EU16 erklären zusammen einen leichten **Anstieg der österreichischen THG-Emissionen** über die gesamte Periode um 1% (versus -18% in der EU16). Die Entwicklung in Österreich steht **auch im Gegensatz zu jener in den CESEE-Mitgliedsstaaten** der EU, wie Grafik 1 zeigt. In beiden EU-Teilaggregaten ging also der Anstieg des BIP pro Kopf mit einem beträchtlichen Rückgang der gesamten THG-Emissionen einher.

Grafik 1

Entwicklung des BIP pro Kopf und der gesamten THG-Emissionen



Quelle: Eurostat, wiiw, eigene Berechnungen.

* LULUCF= Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft
Quelle: UNFCCC, eigene Berechnungen.

Im Gegensatz zu 1990 wies Österreich daher 2018 nicht nur ein höheres BIP pro Kopf (128% des EU27-Niveaus), sondern nun auch überdurchschnittliche THG-Emissionen pro Kopf auf (106% des EU27-Niveaus). Für EU16 betrugen die entsprechenden Werte 109% und 99%. Die Tatsache, dass 2018 die Kluft des BIP pro Kopf zwischen Österreich und EU16 größer ist als die Kluft in Bezug auf die Treibhausgasemissionen pro Kopf, impliziert offensichtlich, dass Österreich **weiterhin eine vergleichsweise niedrigere CO2-Intensität** aufwies. Allerdings war das Ausmaß dieses Vorsprungs 2018 (83% vs. 91% des EU27-Niveaus) wesentlich geringer als noch 1990. Damit war die österreichische CO2-Intensität nicht mehr niedrig genug, um das überdurchschnittliche Pro-Kopf-BIP auszugleichen, was zu überdurchschnittlichen THG-Emissionen pro Kopf führte.

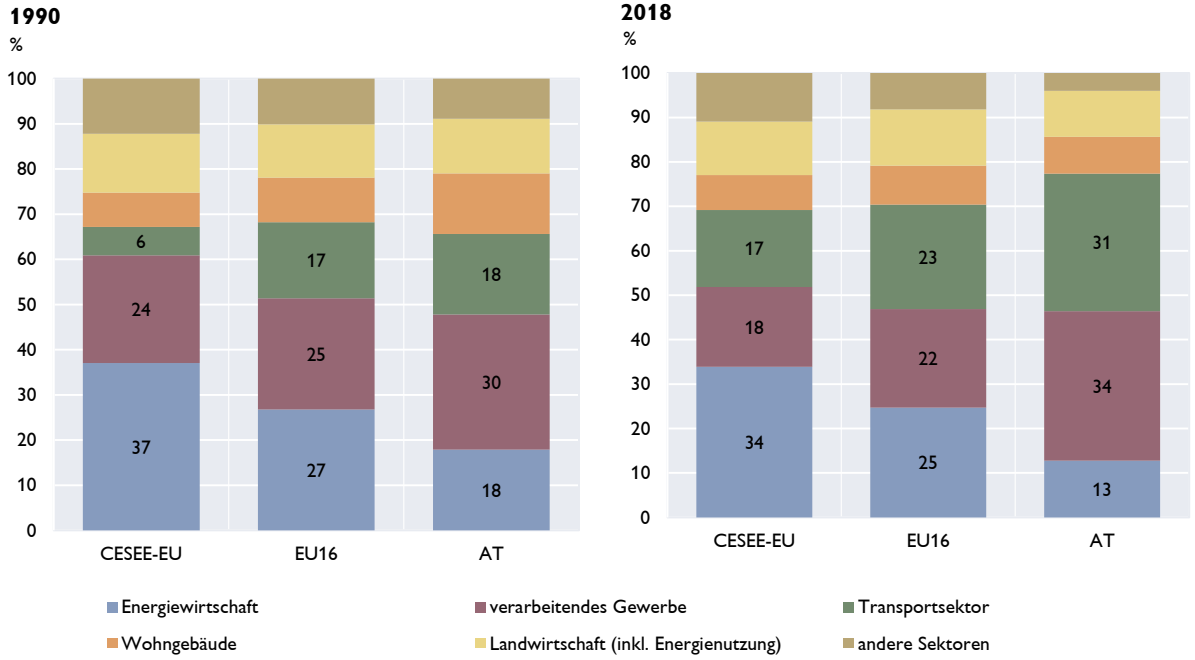
Zudem resultierte der (reduzierte) Vorsprung bei der Kohlenstoffintensität nur noch aus der Emissionsintensität (75% des EU27-Niveaus 2018), während die **Energieintensität** mit 111% des EU27-Niveaus deutlich **überdurchschnittlich** lag. Im Gegensatz dazu lagen in der EU16 sowohl die Emissions- als auch die Energieintensität 2018 weiterhin unter dem Durchschnitt des EU27-Niveaus (94% bzw. 97%).

Verkehrssektor treibt THG-Emissionen

Die **sektorale Struktur** der THG-Emissionen zeigt starke Unterschiede zwischen Österreich und der EU16: Bereits 1990 war der Anteil der **Energiewirtschaft** an den gesamten THG-Emissionen in Österreich (18%) deutlich geringer als in der EU16 (27%), aufgrund der bedeutsamen Rolle der Wasserkraft und der geringen Rolle der Kohle in der Stromversorgung. Diese Merkmale trugen auch zu dem niedrigen Niveau der gesamtwirtschaftlichen Emissionsintensität bei. Von 1990 bis 2018 sind die THG-Emissionen der **Energiewirtschaft** sowohl in Österreich als auch in EU16 um rund ein Viertel **gesunken**. Ihr Anteil sank dabei auf 13% bzw. 25%; der Anteilsrückgang war dabei in Österreich aufgrund der gestiegenen Gesamtemissionen deutlich größer. Sowohl in Österreich als auch in EU16 hat der höhere Anteil **erneuerbarer Energien** zu einer geringeren Emissionsintensität des Energiemix beigetragen. Österreich konnte den Einsatz von Kohle aus dem Primärenergieverbrauch eliminieren und Kohle auf nichtenergetische Verwendungen (z.B. Stahlproduktion) beschränken.

Grafik 2

THG-Emissionen (Sektoranteile)



Quelle: UNFCCC, eigene Berechnungen.

Von 1990 bis 2018 ist der Anteil der THG-Emissionen des **verarbeitenden Gewerbes** in der EU16 auf 22% zurückgegangen, in Österreich jedoch auf 34% **gestiegen**. Der Anstieg in Österreich seit 1990 geht einerseits auf stark steigende Emissionen aus den nicht unter das EHS-System fallenden Teilsektoren des Verarbeitenden Gewerbes zurück. Andererseits stiegen seit 1990 geringfügig auch die Emissionen aus Teilsektoren, die gegenwärtig unter das EHS fallen; die Emissionen dieser Teilsektoren sanken zwar seit 2005 in Österreich, jedoch schwächer als in EU16, was zumindest teilweise mit EU-Bemühungen zur Vermeidung von ‚carbon leakage' (Verlagerung von CO2-emittierenden Industrien aus der EU hinaus) zusammenhing.

Von 1990 bis 2018 stieg der Anteil der THG-Emissionen des **Verkehrssektors** sowohl in der EU16 um 6 Prozentpunkte auf 23% als auch in Österreich um 13 Prozentpunkte auf 31%. Der deutlich stärkere Anstieg des Anteils in Österreich spiegelt sich in der atemberaubenden Steigerungsrate der THG-Emissionen des Verkehrssektors um 75% gegenüber einem Anstieg um 14% in der EU16 wider. Sowohl in Österreich als auch in der EU16 hatten die **THG-Emissionen**

von PKW 2018 einen Anteil von fast drei Fünftel an den Gesamtemissionen des Verkehrssektors, nachdem sie seit 1990 in Österreich um 59% und in der EU16 um 11% gestiegen waren. Fast der gesamte restliche Anteil entfiel auf LKW und Busse, deren kombinierte Emissionen seit 1990 in Österreich um 109% und in der EU16 um 25% gestiegen waren. Der starke Anstieg der verkehrsbedingten Emissionen spiegelte sowohl den **steigenden Energieeinsatz** für den Verkehr als auch die **mangelnde Senkung der Emissionsintensität** wider. 1990 waren die **THG-Emissionen des Verkehrssektors pro Kopf** in Österreich (114% des EU27-Niveaus) etwas niedriger als in der EU16 (119% des EU27-Niveaus). 2018 jedoch hatte Österreich **die zweithöchsten THG-Emissionen des Verkehrssektors pro Kopf** innerhalb der EU16 (149% des EU27-Niveaus 2018, EU16: 105%). Eine solche Konstellation gab es grob vergleichbar sowohl bei PKW als auch bei LKW und Bussen.

Ein wesentlicher Faktor ist der sogenannte „**Kraftstoffexport in Fahrzeugtanks**", d.h. Kraftstoffe (hauptsächlich Diesel) werden an ausländische Fahrer in Österreich verkauft, die dann überwiegend im Ausland verwendet werden. Im Jahr 2018 stammten ca. 25% der gesamten THG-Emissionen des Verkehrssektors (d.h. ca. 80% der Emissionen über dem EU16-Durchschnitt) aus in Fahrzeugtanks exportierten Kraftstoffen. PKW verursachten 47% des gesamten Kraftstoffexports in Fahrzeugtanks, schwere LKW und Busse 53%. Die **geografische Lage** Österreichs und der daraus resultierende **Transitverkehr** spielen eine gewisse Rolle bei der Erklärung. Die Haupterklärung ist jedoch der **EU-weit vergleichsweise sehr niedrige „Kohlenstoffpreis"**, der Transitfahrzeuge zum Tanken in Österreich veranlasst und sogar sogenannten „Tanktourismus" induziert.[29] Aber auch das überdurchschnittliche Wachstum und das überdurchschnittliche pro-Kopf-Niveau der THG-Emissionen aus dem **„Inlandsverbrauch"** (d.h. Gesamtkraftstoffabsatz minus „Kraftstoffexport in Fahrzeugtanks") erklärt vor allem der **besonders niedrige „Kohlenstoffpreis" im Verhältnis zum Einkommen**.

Nicht-adäquater Kohlenstoffpreis

In Österreich liegt der **CO2-Preis** sowohl für **Diesel als auch für Benzin** weit unter dem emissionsgewichteten durchschnittlichen CO2-Preis in der EU14 (als Teilmenge der EU16). Die OECD veröffentlichte länder- und sektorspezifische „Kohlenstoffpreise" (auch *effective carbon rates*, ECR genannt) für Mitte 2018. Der „Kohlenstoffpreis" im Verkehrssektor besteht aus der Summe des **expliziten CO2-Preises** (sofern vorhanden) und des **impliziten CO2-Preises**, der sich aus der Kraftstoffverbrauchsteuer ergibt. Der österreichische **CO2-Preis war fast der niedrigste unter den EU14** und niedriger als in mehreren (benachbarten) CESEE EU-Mitgliedstaaten. Der Abstand zwischen Österreich und EU14 betrug 50 EUR pro Tonne CO2 bzw. 24% des EU14-Niveaus, 21% bei Diesel und 26% bei Benzin. Gleichzeitig genießt **Diesel** sowohl in Österreich als auch in der EU14 seit langem das **Privileg** eines weitaus niedrigeren CO2-Preises als Benzin, nämlich eine Preisdifferenz in Höhe von 30% des Benzinpreises in Österreich und von 35% in EU14.

Im Jahr 2018 führte die **Mineralölsteuer** in Österreich zu Steuereinnahmen in Höhe von 4,5 Mrd EUR, was 5,1% aller Bruttosteuereinnahmen entsprach. Etwa ein Viertel dieser Steuereinnahmen kommt aus dem Kraftstoffexport in Fahrzeugtanks. Seit 2018 haben **mehrere EU16-Mitgliedstaaten** ihre **CO2-Preise** angehoben. Insbesondere Deutschland führte Anfang 2021 einen expliziten CO2-Preis von 25 EUR pro Tonne (zusätzlich zum impliziten CO2-Preis)

[29] https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0760.pdf

ein. Dadurch vergrößerte sich der Preisabstand gegenüber Österreich auf etwa 75 EUR pro Tonne CO2 weiter. Nun hat die **österreichische Regierung Gesetzesvorschläge** vorgelegt, um Mitte 2022 einen expliziten CO2-Preis von 30 EUR pro Tonne einzuführen und diesen Preis nach deutschem Vorbild schrittweise bis 2025 auf 55 EUR pro Tonne anzuheben. Jedoch bleibt die implizite CO2-Preislücke von etwa 50 EUR pro Tonne zu Deutschland (und in ähnlichen Beträgen zu anderen Nachbarländern) davon unberührt.

Soweit die zusätzlichen Emissionen durch Kraftstoffexporte dazu führen, dass Österreich seine THG-Reduktionsziele verfehlt, würden **Geldbußen** an die EU fällig werden. **Trittbrettfahrer-Fiskalpolitik** ist daher nicht zielführend. Neben der Möglichkeit, den **expliziten CO2-Preis in Österreich höher als jenen in Deutschland** anzusetzen, gäbe es die Alternative, einen expliziten CO2-Preis in Österreich gleich hoch wie jenen in Deutschland mit der (stufenweisen) **Abschaffung des impliziten CO2-Steuerprivilegs für Diesel** im Verkehrssektor zu kombinieren, das sich auf etwa 65 EUR pro Tonne CO2 beläuft.

Herausforderung: Nachholbedarf und ehrgeizigere Ziele

Zweifellos sind in Österreich **ambitioniertere klimapolitische Anstrengungen** notwendig. Im Jahr **2018** wurde das **verbindliche EU-weite Gesamtziel** von **mindestens 40% Reduktion** der gesamtwirtschaftlichen THG-Emissionen **bis 2030 gegenüber 1990** (innerhalb der EU, also ohne Anrechnung von Reduktionen außerhalb der EU) sowie konsequente Teilziele zu dessen Erfüllung formell vereinbart. Erneut wurden verbindliche Teilziele gegenüber den Werten von 2005 festgelegt: in den **Sektoren, die dem Emissionshandelssystem (EHS) der EU unterliegen,** eine EU-weite Reduzierung um **43%,** und in den **Nicht-EHS-Sektoren** eine Reduktion um 34% in der gesamten EU16 und um **36% in Österreich**.

Das Pariser Abkommen von 2015 zur Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs hat das Konzept der Klimaneutralität bzw. Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050 als Eckpfeiler des Europäischen **Grünen Deals** katalysiert. Infolgedessen peilt das neue EU-Klimagesetz ein EU-weites Zwischenreduktionsziel von **55% bis 2030 gegenüber dem Niveau von 1990** innerhalb der EU an. Ausgehend davon hat die Europäische Kommission am 14. Juli 2021 ihr Gesetzespaket **„Fit for 55" vorgeschlagen**, das unter anderem verbindliche **Unterziele** für THG-Emissionen (jeweils gegenüber den Werten von 2005) enthält: in den **EHS-Sektoren** eine EU-weite Reduzierung um **61%** und in den **Nicht-EHS-Sektoren** eine Reduktion um **45%** in der EU16 insgesamt und um 48% in Österreich. Gegenüber dem Niveau von 2018 bedeutet dies eine Reduktion in den Nicht-EHS-Sektoren um 37% in EU16 und um 42% in Österreich. Auch hier erscheint das Ziel für Österreich anspruchsvoller als für die EU16. Im Vergleich zu 1990 ist es jedoch umgekehrt, mit einem Reduktionsziel von 45% in der EU16 und 35% in Österreich. **Österreich muss nun mehr tun als die EU16, weil es in der Vergangenheit nicht ausreichend gehandelt hat.**

Wenn man bedenkt, dass Österreich in allen Sektoren zusammen seine THG-Emissionen von 2005 bis 2018 um lediglich 15% reduziert hat, ist es in der Tat eine **gewaltige Herausforderung** für Österreich, seine gesamten THG-Emissionen von 2018 bis 2030 **um 28% wie bereits vereinbart oder sogar um 45% wie** von der Europäischen Kommission **vorgeschlagen** zu senken. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, sollte der (explizite) CO2-Preispfad bis 2025 so bald wie möglich auf mindestens das Doppelte des derzeit geplanten Niveaus festgelegt werden.

Die wirtschaftspolitischen Empfehlungen für Österreich - EU, IWF und OECD im historischen Vergleich[30]

Sowohl der IWF (Internationale Währungsfonds) als auch die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und die Europäische Kommission (EK) sprechen regelmäßig wirtschaftspolitische Länderempfehlungen zu den Bereichen Fiskal-, Struktur und Finanzpolitik aus. Vor allem in den Bereichen der Struktur- und der Fiskalpolitik sind bei allen Berichten ähnliche Empfehlungen zu finden. Die Empfehlungen zum Finanzsektor unterscheiden sich deutlich mehr: Der IWF verfolgt primär das Ziel, die Stabilität des internationalen Währungssystems zu sichern. Die Berichte der OECD und EK im Zuge des europäischen Semesters dienen zur Verbesserung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Daher legen die OECD und EK ihren Fokus besonders auf Strukturpolitik und auf Fiskalpolitik, während der IWF zusätzlich ein besonderes Auge auf die Finanzpolitik wirft.

Wirtschaftspolitische Empfehlungen an Österreich

Der IWF, die OECD und die Europäische Kommission sprechen regelmäßig wirtschaftspolitische Länderempfehlungen in den Bereichen Fiskalpolitik, Strukturpolitik und dem Finanzsektor aus. In folgendem Bericht werden die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der drei Institutionen an Österreich seit 1999 gegenübergestellt und verglichen.

Als Recherchegrundlage dienen für den IWF die „IWF Staff Concluding Statements", die er im Rahmen der jährlich durchgeführten Artikel IV Konsultationen des IWF mit jenen Mitgliedsländern erstellt, und für die OECD die „OECD Wirtschaftsberichte", die die OECD alle zwei Jahre veröffentlicht. Für die Empfehlungen der EU dienen die „Länderempfehlungen", die die Europäische Kommission jährlich im Zuge des Europäischen Semesters bzw. vor 2010 in den „Empfehlungen über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft" verfasst.

Die Empfehlungen im Überblick

Jede der drei Institutionen hat Empfehlungen, die sie als zentrale Empfehlungen besonders hervorheben und die detailliert dargestellt werden. Grundsätzlich können diese den Bereichen der Fiskalpolitik, der Strukturpolitik und des Finanzmarktes zugeordnet werden.

Die zentralen Empfehlungen des **IWF** in den letzten 20 Jahren betreffen überwiegend die fiskalische Konsolidierung und den Ausbau fiskalischer Puffer. Strukturpolitisch empfiehlt der IWF die Reduktion der Besteuerung von Arbeit, Reformen des Fiskalföderalismus und Reformen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, Reformen des Pensionssystems insbesondere die Erhöhung und Angleichung des Antrittsalters von Frauen und Männern, eine Flexibilisierung am Arbeitsmarkt und die Erhöhung der Anzahl älterer Arbeitnehmer und Frauen. Finanzpolitisch empfiehlt der IWF die Überwachung der Risiken von Fremdwährungskrediten, die Restrukturierung und Konsolidierung der Bankenbranche, die Einführung von Stress Tests und Einrichtung eines Frühwarnsystems in Bezug auf Banken, die Beobachtung und Analyse der Entwicklung von Non-Performing Loans, die Beaufsichtigung von non-bank Financial Entities, die

[30] Autorin: Marianne Hofbauer (Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

Einrichtung eines Plans zur Sanierung und Abwicklung von Banken sowie die Verstärkung der makroprudenziellen Tools insbesondere in Bezug auf den Immobilienmarkt.

Die **OECD** spricht sich seit 1999 für eine Haushaltskonsolidierung und Senkung der öffentlichen Schuldenquote, für Steuersenkungen im Bereich der Arbeit und Erhöhungen der Verbrauchs-, Erbschafts- und Umweltsteuern und Einführung wiederkehrender Vermögenssteuern sowie für die Reform der föderalen Finanzbeziehungen aus. Strukturpolitisch empfiehlt die OECD in Bezug auf das Pensionssystem die Erhöhung des Pensionseintrittsalters, die Förderung privater Pensionssysteme sowie Eindämmung der Invaliditätspension und der Frühpension. Im Bereich der Bildung empfiehlt sie die Einführung der Autonomie der Hochschulen im Hinblick auf die Finanzierung sowie die Effizienzsteigerung des Schulwesens. Beim Arbeitsmarkt spricht sich die OECD für die Erhöhung der Erwerbstätigkeit von älteren Personen und von Frauen durch den Ausbau von Kinderbetreuung und von Personen mit Migrationshintergrund aus. Für den Wettbewerb empfiehlt sie die Abschaffung rechtlicher Hürden und die Verbesserung der Unternehmensfinanzierung. Regelmäßig sieht die OECD die Notwendigkeit der Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Güter sowie die Beendigung der Zersplitterung im Gesundheitssystem. Für den Finanzmarkt empfiehlt die OECD die Verbreiterung des Kapitalmarkts und Weiterentwicklung von Risikokapitalmärkten, den Erhalt und Ausbau einer strengen Finanzmarktaufsicht sowie Bankenaufsicht, die Rückzahlung von staatlichem Kapital sowie die Umstrukturierung verstaatlichter Banken. Weiters empfiehlt sie die Verschärfung makroprudenzieller Instrumente in Bezug auf den Immobilienmarkt und die Defragmentierung und Modernisierung des Bankensektors.

Die zentralen Empfehlungen der **Europäischen Kommission** sowie des Rates (1999, 2005-2009) in Bezug auf die Fiskalpolitik betreffen in erster Linie die Finanzkonsolidierung und Kontrolle der Staatsausgaben, die Verringerung der Abgabenbelastung des Faktors Arbeit und die Verbesserung der föderalen Finanzbeziehungen zwischen den Gebietskörperschaften. Im Bereich der Strukturpolitik empfiehlt die EK in Bezug auf das Pensionssystem die Erhöhung des Pensionsantrittsalters, die Angleichung des Antrittsalters von Männern und Frauen und die Verschärfung der Invaliditäts- und der Frühpension. Außerdem empfiehlt die EK die Sicherstellung der langfristigen Tragfähigkeit des Gesundheits- und Pflegesystems, Verbesserungen bei Unternehmensgründungen und des Marktzugangs bei Dienstleistungen sowie die Förderung von Forschung, Entwicklung und Digitalisierung. Für den Arbeitsmarkt empfiehlt die EK die höhere Beteiligung von älteren Arbeitskräften, Frauen, benachteiligten Jugendlichen, gering qualifizierten Arbeitskräften und Menschen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt. Auch im Bereich der Bildung spricht die EK regelmäßig Empfehlungen aus: die Verbesserung der Bildung von benachteiligten jungen Menschen, die Verhinderung von Studien- und Schulabbrüchen sowie die Verbesserung der strategischen Hochschulplanung. Für den Finanzmarkt empfiehlt die EK die Entwicklung des Wagniskapitalmarkts und des Aktienmarkts, die Koordinierung mit Finanzaufsichtsbehörden in anderen Ländern und die Minderung der Anfälligkeit des Finanzsektors aufgrund ausländischer Risikoexpositionen.

Übereinstimmende Empfehlungen in den Bereichen Fiskal-, Struktur- und Finanzpolitik

Übereinstimmende Empfehlungen werden, die von allen drei Institutionen ausgesprochen. Im Bereich der Fiskalpolitik stellen die Finanzkonsolidierung und die Reduzierung der Schuldenquote bzw. des Budgetdefizits sowie die Senkung der Besteuerung der Arbeit bzw. die Verlagerung

dieser auf neue Steuern dar. Ebenfalls von allen Institutionen wird die Reform der fiskalischen föderalen Beziehungen empfohlen. Strukturpolitisch empfehlen die Institutionen die Erhöhung des Pensionsantrittsalters, die Angleichung des Pensionsantrittsalters von Frauen und Männern sowie die Reform von Frühpensionen. Im Bereich des Arbeitsmarkts empfehlen die Institutionen die Erhöhung der Anzahl älterer Arbeitnehmer, Frauen sowie Menschen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt, etwa durch den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten. Beinahe in allen Berichten werden Deregulierungen von Dienstleistungen sowie die Verbesserung des Wettbewerbsrechts und der Wettbewerbsbehörden empfohlen. Im Finanzsektor gibt es wenig Übereinstimmungen. Die Verringerung der Risikoexposition durch die Aktivitäten der Banken in Zentral- und Osteuropa sowie die Zusammenarbeit der österreichischen mit internationalen Aufsichtsbehörden sowie die Restrukturierung und Konsolidierung der Bankenbranche sowie die Notwendigkeit der Rückzahlung von staatlichem Kapital werden von allen Institutionen regelmäßig aufgegriffen.

Wiederkehrende Empfehlungen in den Bereichen Fiskal-, Struktur- und Finanzpolitik

Im Bereich der Fiskalpolitik ist die Empfehlung, das Steuersystem grundlegend zu reformieren eine, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten bei allen drei Institutionen ausgesprochen wird, sowie Empfehlungen zu Reformen in der öffentlichen Verwaltung. Im Bereich der Strukturpolitik werden die Schaffung von Steuervorteilen und die Reform und Beschränkung von Invaliditätspensionen (OECD, EK) oder die Harmonisierung der Pensionen im öffentlichen Dienst mit jenen im privaten Sektor (IWF, OECD) empfohlen, sowie die Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen oder die Minderung der saisonalen Arbeitslosigkeit. Auch wird regelmäßig die Reduktion der verwaltungstechnischen und finanziellen Barrieren für Unternehmen empfohlen, sowie die Verbesserung der Bildungsergebnisse und eine Reform des Gesundheitssystems, insbesondere der zersplitterten Entscheidungsfindung und Finanzierung. Klimathemen spielen bei allen Institutionen außer bei der EK eine untergeordnete Rolle. Im Bereich des Finanzsektors überschneiden sich vor allem OECD und IWF in Empfehlungen: Beide greifen das Thema des Immobilienmarktes auf, indem sie neue makroprudenzielle Instrumente mit Fokus auf Entwicklungen am Immobilienmarkt empfehlen. EK und OECD empfehlen die Unternehmensfinanzierung auszuweiten und die Risikokapitalmärkte auszubauen.

Unterschiedliche bzw. vereinzelte Empfehlungen in den Bereichen Fiskal-, Struktur- und Finanzpolitik

Hier werden Empfehlungen angeführt, die nur von einer Institution ausgesprochen werden. Im Bereich der Fiskalpolitik stimmen alle drei Institutionen in den meisten Empfehlungen überein. IWF und OECD sprechen in ihren Berichten spezifische Empfehlungen aus, die nur in wenigen Berichten vorkommen, wie etwa der Ausbau fiskalischer Puffer, Reform des Subventionssystems etc. Die einzelnen Empfehlungen stellen aber meist „Umsetzungsempfehlungen“ zu Überempfehlungen dar. Ähnlich ist es mit einzelnen Empfehlungen im Bereich der Strukturpolitik: Im Bereich der Pensionen oder auch des Arbeitsmarktes finden sich einzelne Umsetzungsempfehlungen z.B. Ausbau der privaten Altersvorsorge oder der Schutz von Plattformarbeitern (OECD). Auch bei den Themen Bildung, Wettbewerb, Gesundheit etc. sprechen die Institutionen verschiedene Einzelempfehlungen aus. Nur der IWF greift das Thema Wohnen auf, der Bereich der Forschung und Entwicklung kommt nur bei der EK mit konkreten Empfehlungen vor. Der Finanzsektor ist jener Bereich, wo sich die Berichte am stärksten

unterscheiden. Hier spricht besonders der IWF Empfehlungen aus, die von den anderen Institutionen nicht erwähnt werden, darunter die Durchführung von Stress Tests, und die Einrichtung eines Frühwarnsystems in Bezug auf Banken. Insbesondere aber greift der IWF Empfehlungen zur Sanierung und Abwicklung von Banken, die Errichtung eines Abwicklungsrahmens bzw. die Entwicklung von Abwicklungsplänen und die Gründung eines Bankenabwicklungsfonds auf.

Fazit

Die Empfehlungen von IWF, OECD und EK überschneiden sich zu großen Teilen thematisch. Vor allem bei der Struktur- und der Fiskalpolitik sind bei allen Berichten ähnliche Empfehlungen zu finden. Die Detailliertheit als auch die Jahre, wo die Empfehlungen aufgegriffen werden, variieren. Zeitlich lassen sich aber bei den überschneidenden Empfehlungen Trends ablesen. Die Unterschiede resultieren hier zum Teil aus der Länge der Berichte, da die länderspezifischen Empfehlungen von IWF und OECD deutlich länger ausfallen als die der EK. Die unterschiedlichen Empfehlungen stellen meist „Umsetzungsempfehlungen" zu größeren Überthemen dar, die von allen drei Institutionen aufgegriffen werden. Die Empfehlungen zum Finanzsektor unterscheiden sich am meisten: Der IWF spricht hier viele Vorschläge an, während die EK oft gar keine Empfehlungen ausspricht. Dies ist den Aufgabengebieten der einzelnen Institutionen geschuldet. Der IWF verfolgt primär das Ziel, die Stabilität des internationalen Währungssystems zu sichern. Dabei spielt der Finanzsektor eine zentrale Rolle. Die OECD verfolgt in ihren Berichten ein breiter gefasstes Ziel und die Berichte der EK im Zuge des europäischen Semesters dienen zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Daher legen OECD und EK ihren Fokus besonders auf Strukturpolitik und auf Fiskalpolitik, während der IWF zusätzlich ein besonderes Auge auf die Finanzpolitik wirft.

Annex

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats des Jahres 2021[31]

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahmen und relevante Ereignisse[32]
28. Oktober und 9. September 2021	Der EZB-Rat ist zu der Einschätzung gelangt, dass günstige Finanzierungsbedingungen auch dann aufrechterhalten werden können, wenn der Umfang des Nettoerwerbs von Vermögenswerten im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) gegenüber dem zweiten und dritten Quartal dieses Jahres moderat reduziert wird. Die anderen geldpolitischen Maßnahmen wurden von ihm bestätigt.
22. Juli 2021	Um sein symmetrisches Inflationsziel von 2% zu unterstützen und im Einklang mit seiner geldpolitischen Strategie, geht der EZB-Rat davon aus, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis er feststellt, dass die Inflationsrate deutlich vor dem Ende seines Projektionszeitraums 2% erreicht und sie diesen Wert im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums dauerhaft hält, und er der Auffassung ist, dass die Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation hinreichend fortgeschritten ist, um mit einer sich mittelfristig bei 2% stabilisierenden Inflation vereinbar zu sein. Dies geht unter Umständen damit einher, dass die Inflation vorübergehend moderat über dem Zielwert liegt. Der EZB-Rat bestätigt seine im Juni vorgenommene Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und Inflationsaussichten und geht weiterhin davon aus, dass die Ankäufe im Rahmen des PEPP während des laufenden Quartals deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des Jahres. Zudem bestätigt der EZB-Rat seine anderen Maßnahmen zur Unterstützung seines Preisstabilitätsmandats: die Höhe der EZB-Leitzinsen, seine Ankäufe im Rahmen des APP, seine Wiederanlagestrategie und seine längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte.
14. Juli 2021	Der EZB-Rat hat heute beschlossen, die Untersuchungsphase eines Projekts zum digitalen Euro einzuläuten. Gegenstand der zweijährigen Untersuchungsphase werden wichtige Aspekte im Hinblick auf die Gestaltung und Verteilung sein. Ein digitaler Euro muss in der Lage sein, den Bedürfnissen der Menschen in Europa gerecht zu werden. Zugleich soll er dazu beitragen, rechtswidrige Aktivitäten zu verhindern und etwaige unerwünschte Auswirkungen auf die Finanzstabilität und die Geldpolitik zu vermeiden. Dies greift einer künftigen Entscheidung, ob ein digitaler Euro eingeführt wird, in keiner Weise vor. Diese Entscheidung wird erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen. In jedem Fall würde ein digitaler Euro das Bargeld nur ergänzen, es aber nicht ersetzen.
8. Juli 2021	Der EZB-Rat verabschiedet die neue geldpolitische Strategie der EZB. Die vorrangige Aufgabe der EZB besteht weiterhin in der Gewährleistung von Preisstabilität. Nach Auffassung des EZB-Rats kann Preisstabilität am besten gewährleistet werden, wenn mittelfristig ein Inflationsziel von 2% angestrebt wird.

[31] Autorin: Claudia Kwapil (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen)

[32] Die Entscheidungen werden auch in den „Einleitenden Bemerkungen" der EZB-Präsidentin nach jedem geldpolitischen EZB-Rat präsentiert. Sie sind sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache im Internet verfügbar: https://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/html/index.en.html

8. Juli 2021 (Fortsetzung)	Dieses Ziel ist symmetrisch, d. h. negative Abweichungen von diesem Zielwert sind ebenso unerwünscht wie positive. Wenn die nominalen Zinssätze in einer Volkswirtschaft in der Nähe ihrer effektiven Untergrenze liegen, sind besonders kraftvolle oder lang anhaltende geldpolitische Maßnahmen nötig, um zu verhindern, dass sich negative Abweichungen vom Inflationsziel verfestigen. Dies geht unter Umständen damit einher, dass die Inflation vorübergehend leicht über dem Zielwert liegt. Weiters bestätigt der EZB-Rat, dass der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) auch künftig die geeignete Messgröße ist, um zu bewerten, ob das Preisstabilitätsziel erfüllt ist. Er räumt jedoch ein, dass der HVPI die für private Haushalte relevante Inflation besser abbilden würde, wenn die Kosten für selbst genutztes Wohneigentum berücksichtigt würden und dass es noch mehrere Jahre dauern wird, bis selbst genutztes Wohneigentum in den HVPI einfließt. Unterdessen wird der EZB-Rat Inflationsmessgrößen heranziehen, die Schätzungen der Kosten für selbst genutztes Wohneigentum berücksichtigen. Der EZB-Rat hat anerkannt, dass der Klimawandel weitreichende Folgen für die Preisstabilität hat. Dementsprechend hat er sich zu einem ambitionierten klimabezogenen Maßnahmenplan verpflichtet. Die erste reguläre geldpolitische Sitzung des EZB-Rats, in der die neue Strategie zur Anwendung kommt, findet am 22. Juli 2021 statt. Der EZB-Rat beabsichtigt, die Angemessenheit seiner geldpolitischen Strategie regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen. Die nächste Bewertung ist 2025 zu erwarten.
20. Juni 2021	Der EZB-Rat kam vom 18. bis 20. Juni 2021 im Taunus vor den Toren Frankfurts zu seiner jährlichen Klausurtagung zusammen. Im Mittelpunkt standen weiterführende Gespräche über die Überprüfung der geldpolitischen Strategie der EZB. Themen der Strategieüberprüfung waren unter anderem die Definition und Messung von Preisstabilität, der zugrunde liegende analytische Rahmen und die mittelfristige Ausrichtung der Geldpolitik, die Bedeutung des Klimawandels für die Geldpolitik und die Modernisierung der geldpolitischen Kommunikation.
18. Juni 2021	Der EZB-Rat stimmt mit der Bankenaufsicht der EZB darin überein, dass nach wie vor „außergewöhnliche Umstände“ vorliegen, die weiterhin den vorübergehenden Ausschlusses bestimmter Risikopositionen gegenüber Zentralbanken aus der Verschuldungsquote (leverage ratio) rechtfertigen, um die Transmission der Geldpolitik der EZB zu unterstützen. Die Stellungnahme des EZB-Rats bildet die Grundlage dafür, dass die EZB-Bankenaufsicht den von ihr direkt beaufsichtigten bedeutenden Instituten gestatten kann, bestimmte Risikopositionen aus der Verschuldungsquote herauszurechnen.
10. Juni 2021	Der EZB-Rat beschließt, seinen sehr akkommodierenden geldpolitischen Kurs beizubehalten. Insbesondere kommt er auf Grundlage einer gemeinsamen Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten zu dem Schluss, dass die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) nicht nur während des zweiten Quartals, sondern auch im dritten Quartal 2021 deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des heurigen Jahres.
7. Mai 2021	Die EZB veröffentlicht die Änderungen ihrer Leitlinie zur Umsetzung der Geldpolitik aufgrund der künftigen Implementierung der Leverage Ratio als verbindliche Säule-1-Eigenmittelanforderung. Ab dem 28. Juni 2021 wird die Leverage Ratio im geldpolitischen Handlungsrahmen des Eurosystems gleich behandelt wie die bereits bestehenden Säule-1-Eigenmittelanforderungen. Bei einem Verstoß gegen die Anforderungen der Leverage Ratio oder im Falle unvollständiger oder verspäteter Meldungen werden automatisch Maßnahmen ergriffen.

23. April 2021	Da sich die Refinanzierungsbedingungen in US-Dollar stetig verbessert haben und die Nachfrage bei den jüngsten liquiditätszuführenden US-Dollar-Geschäften gering war, haben die Bank of England, die Bank von Japan, die EZB und die Schweizerische Nationalbank gemeinsam und in Abstimmung mit der Federal Reserve beschlossen, die 84-tägigen liquiditätszuführenden Geschäfte in US-Dollar einzustellen. Die Neuregelung tritt am 1. Juli 2021 in Kraft. Ab dem 1. Juli 2021 werden nur noch die wöchentlichen Geschäfte mit einer Laufzeit von sieben Tagen fortgeführt.
18. März 2021	Die EZB reagiert auf die Empfehlung von Marktteilnehmern, die sich für eine regelmäßige Veröffentlichung vergangenheitsbezogener €STR basierter Zinssätze mit Aufzinsung durch eine vertrauenswürdige Behörde aussprachen. Ab 15. April 2021 wird sie durchschnittliche vergangenheitsbezogene €STR-Zinssätze mit Aufzinsung für Laufzeiten von 1 Woche, 1 Monat, 3 Monaten, 6 Monaten und 12 Monaten veröffentlichen. Ferner wird ein €STR-basierter Index mit Aufzinsung angeboten, der die Berechnung von vergangenheitsbezogenen Zinssätzen mit Aufzinsung auch für jede Nicht-Standard-Laufzeit ermöglicht.
11. März 2021	Der EZB-Rat beschließt, seinen sehr akkommodierenden geldpolitischen Kurs beizubehalten. Insbesondere kommt er auf Grundlage einer gemeinsamen Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten zu dem Schluss, dass die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) während des zweiten Quartals 2021 deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des heurigen Jahres.
8. Februar 2021	Nach dem erfolgreichen Abschluss der im April 2019 gestarteten Pilotphase plant die EZB die aggregierten Ergebnisse ihrer Umfrage unter geldpolitischen Analysten (Survey of Monetary Analysts - SMA) zu veröffentlichen. Die erste Umfragerunde wird im Juni 2021 stattfinden; die Ergebnisse werden am 18. Juni 2021 (immer freitags in der Woche nach der betreffenden EZB-Ratssitzung) veröffentlicht. In der Erhebung werden Informationen zu den Erwartungen der Marktteilnehmer im Hinblick auf die künftige Entwicklung von wesentlichen geldpolitischen Parametern, Finanzmarktvariablen sowie der Wirtschaft insgesamt gesammelt. Die Umfrage wird achtmal pro Jahr durchgeführt und ist terminlich auf den sechswöchigen Rhythmus der geldpolitischen Sitzungen des EZB-Rats abgestimmt.
4. Februar 2021	Die EZB hat im Dezember 2020 beschlossen, den Zentralbanken außerhalb des Euro-Währungsgebiets eine neunmonatige Verlängerung der befristeten Swap- und Repo-Vereinbarungen anzubieten. Die Zentralbanken von Albanien, Kroatien, Ungarn, der Republik Nordmazedonien, Rumänien, San Marino und Serbien sind mit der EZB übereingekommen, die Laufzeit ihrer Euro-Liquiditätslinien bis März 2022 zu verlängern.

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 8. Oktober bis 24. November 2021[33]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
18. November 2021	EK	Staatliche Beihilfen: Befristeter Covid-19-Rahmen um sechs Monate verlängert Die EK traf die Entscheidung, den befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung in der Coronakrise bis zum 30. Juni 2022 auszudehnen. Ursprünglich wäre er mit Jahresende ausgelaufen. Somit haben die Mitgliedstaaten weiterhin die Möglichkeit, zielgerichtete und verhältnismäßige staatliche Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen bereitzustellen.
12. November 2021	EZB	EZB ernennt Doris Schneeberger zur Direktorin für Banknoten Die Österreicherin Doris Schneeberger wird die Gesamtstrategie der Direktion mitgestalten. Die Direktion Banknoten ist für die Koordinierung und Überwachung der banknotenbezogenen Entwicklungen innerhalb des Eurosystems und mit Dritten zuständig. Doris Schneeberger tritt ihr Amt am 1. Februar 2022 an. Vor ihrem Wechsel in die EZB 2015 war Frau Schneeberger in verschiedenen Funktionen in der OeNB tätig.
9. November 2021	ECOFIN Rat	Wirtschaftspolitische Steuerung, wirtschaftliche Erholung und Europäisches Semester Es erfolgte ein Gedankenaustausch über die Wirtschaft in der EU nach der COVID-19-Pandemie und über mögliche Auswirkungen auf die wirtschaftspolitische Steuerung. Außerdem wurden die Schlussfolgerungen über die Zukunft des Europäischen Semesters verabschiedet. Darin wird für den Zyklus im Jahr 2022 eine rasche Rückbesinnung auf die zentralen Aspekte des Europäischen Semesters, insbesondere die Länderberichte, strukturelle und fiskalische länderspezifische Empfehlungen sowie Überwachung von makroökonomischen Ungleichgewichten gefordert.
2. November 2021	EZB	EZB ernennt Cornelia Holthausen zur Generaldirektorin für Makroprudenzielle Politik und Finanzstabilität Die Generaldirektion ist für Analysen und Empfehlungen zu den Themen makroprudenzielle Politik, Finanzstabilität,

[33] Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer, Alexandra Bernhard (Abteilung für Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

		Finanzmarktregulierung und Finanzaufsicht zuständig. Cornelia Holthausen tritt ihr Amt am 1. Dezember 2021 an.
27. Oktober 2021	EK	EK Legislativvorschlag zum „Bankenpaket 2021“ Die EK nahm eine überarbeitete Fassung der EU-Bankenvorschriften (Eigenkapitalverordnung und Eigenkapitalrichtlinie) an. Mit diesen neuen Vorschriften wird sichergestellt, dass die Banken in der EU besser für mögliche wirtschaftliche Schocks gewappnet werden und gleichzeitig einen Beitrag zur Erholung Europas von der COVID-19-Pandemie und zum Übergang zur Klimaneutralität leisten. Mit dem vorgelegten Paket soll die Umsetzung der Basel-III-Vereinbarung in der EU abgeschlossen werden. Im nächsten Schritt folgt die Diskussion des Legislativvorschlags durch das Europäische Parlament und den Rat.
25. Oktober 2021	EZB	EZB stellt Mitglieder der Digital Euro Market Advisory Group vor Die 30 neuernannten Mitglieder der „Digital Euro Market Advisory Group“ werden das Eurosystem unabhängig und in persönlicher Funktion in Bezug auf die mögliche Gestaltung und Ausgabe eines digitalen Euro aus Unternehmensperspektive beraten. Gegenstand der Beratungen wird auch sein, welchen Mehrwert ein digitaler Euro allen Akteuren in der vielfältigen Zahlungsverkehrswelt des Euroraums bieten könnte. Die Gruppe soll ab November 2021 mindestens vierteljährlich zusammenkommen.
19. Oktober 2021	EK	Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung Die EK zog Bilanz über die durch die COVID-Krise veränderten Rahmenbedingungen. Im Zentrum der Diskussionen stand, wie Europa tragfähige öffentliche Finanzen gewährleisten, makroökonomische Ungleichgewichte verhindern, bestehende Vorschriften vereinfachen sowie deren Durchsetzung verbessern könnte. Die EK-Mitteilung enthält keine Vorschläge für eine Überarbeitung der EU-Fiskalregeln, jedoch wurden Stakeholder eingeladen, im Rahmen einer öffentlichen Konsultation ihre Meinung bis zum 31. Dezember 2021 einzubringen. Im Laufe des kommenden Jahres wird die EK ihre Vorschläge auf Basis der Konsultationsergebnisse für mögliche Änderungen des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung ab 2023 darlegen.
13. Oktober 2021	EK	Veröffentlichung der EK Mitteilung zu steigenden Energiepreisen Die von der EK veröffentlichte Mitteilung umfasst ein „Instrumentarium“, das die EU und ihre Mitgliedstaaten nutzen können, um die unmittelbaren Auswirkungen des derzeitigen Preisanstiegs zu bewältigen und die Resilienz gegenüber künftigen Preisschocks zu verstärken. Zu den kurzfristigen nationalen Maßnahmen gehören: Notfall-Einkommensunterstützung für Haushalte, Beihilfen für Unternehmen und gezielte Steuersenkungen. Die EK wird Investitionen in

		erneuerbare Energien und Energieeffizienz unterstützen, mögliche Maßnahmen im Bereich der Energiespeicherung und der Beschaffung von Gasreserven prüfen und die derzeitige Gestaltung des Strommarkts bewerten.
12. Oktober 2021	Rat	23. Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine Die Führungsspitzen der EU und der Ukraine begrüßten die im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine erzielten Ergebnisse und den Erfolg der vertieften und umfassenden Freihandelszone. Seit Beginn der Anwendung des vertieften und umfassenden Freihandelsabkommens im Jahr 2016 haben die bilateralen Handelsströme erheblich zugenommen. Die Führungsspitzen kamen überein, die Zusammenarbeit im Rahmen weiter zu verbessern, unter anderem in folgenden Bereichen: • Annäherung der Politik und der Rechtsvorschriften der Ukraine an den europäischen Grünen Deal. • Integration der Energiemärkte und Energiesysteme der Ukraine in den EU-Energiemarkt, Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen. • Fortsetzung des Gastransits über die Ukraine nach 2024, Modernisierung des ukrainischen Gasfernleitungsnetzes und Stärkung der Energieversorgungssicherheit Europas. • Angleichung der Ukraine an den digitalen Binnenmarkt der EU im Rahmen des Assoziierungsabkommens.
12. Oktober 2021	EK	EK emittierte die ersten grünen Anleihen im Wert von 12 Mrd EUR im Rahmen des Next Generation EU-Aufbauplans Die EK plant bis 2026 grüne Anleihen im Wert von 250 Mrd EUR aufzunehmen, um grüne und nachhaltige Investitionen über die Konjunkturprogramme der Mitgliedstaaten zu finanzieren. Davon werden starke Impulse für nachhaltige Finanzmärkte sowie für die Finanzierung einer umweltfreundlicheren Erholung der EU nach der Pandemie ausgehen. Mit den grünen NGEU-Anleihen wird die EU mit Abstand zum weltweit größten Emittenten grüner Anleihen.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

12. November 2021	IWF	MD Georgieva gab die Nominierung von Kenji Okamura zum stellvertretenden Geschäftsführer mit Wirkung zum 3. Dezember 2021 bekannt. Er wird die Nachfolge von Mitsuhiro Furusawa antreten, welcher mit Wirkung 30. November zurücktritt. Kenji Okamura ist derzeit in der japanischen Regierung als Sonderberater des Premierministers für internationale Wirtschaftspolitik tätig und gehört in Fragen der internationalen Wirtschaftspolitik seit mehr als einem Jahrzehnt zu den wichtigsten politischen Entscheidungsträgern in Japan. In jüngerer Zeit war er einer der führenden Köpfe bei den weltweiten Bemühungen zur

		Bewältigung der COVID-19-Krise, einschließlich der historischen SZR Allokation von 650 Mrd USD im August 2021.
24.Oktober 2021	IWF	Gita Gopinath, Chefökonomin und Direktorin der Forschungsabteilung des Fonds, kündigte die Beendigung ihrer Funktion mit Jänner 2022 und ihre Rückkehr an die Harvard Universität an. Insgesamt war Gita Gopinath drei Jahre lang als erste weibliche Chefökonomin beim IWF tätig. Der IWF wird in Kürze mit einer Suche nach einem/r Nachfolger/in für diese Funktion beginnen.
13. -19. Oktober 2021		Österreich nahm an der IWF Jahrestagung in Form von virtuellen Meetings teil. Im Zentrum der Jahrestagung stand das Meeting des „International Monetary and Financial Committee“ (IMFC) unter dem Vorsitz der schwedischen Finanzministerin Magdalena Andersson. Im IMFC Communiqué wurde die historische SZR-Allokation in Höhe von 650 Mrd USD begrüßt, weiters die Wichtigkeit der 16. Quotenreform betont, welche bis spätestens 15. Dezember 2023 abgeschlossen sein soll. MD Georgieva stellte die Global Policy Agenda vor, mit den Schwerpunkten „Vaccinate; Calibrate; Accelerate“. Weiters fanden die „Early Warning Exercise“ (EWE), ein Regional Briefing des European Departments und ein Treffen der an den „New Arrangements to Borrow“ (NAB) teilnehmenden IWF Mitgliedstaaten statt. Die IWF Frühjahrestagung wird vom 21.-24. April 2022 stattfinden.

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 2. Dezember 2021

Inhaltsverzeichnis

Seite

Weltwirtschaft

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen 1
Makroökonomische Indikatoren 2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise 3

Euroraum

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 4
Aktuelle Entwicklung 5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität 6
Zinserwartungen 7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen 8
Renditen und Kreditzinsen 9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation 10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt 11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren 12
Inflation und Arbeitskosten 13
Makroökonomische Ungleichgewichte 14

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren 15

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts 16
Entwicklung der Verbraucherpreise 17
Arbeitslosenquoten 18
Leistungsbilanzsalden 19
Fiskaldaten 20

Österreich

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 21
Aktuelle Entwicklung 22
Außenhandel mit Waren 24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren 25
Tourismus und Reiseverkehr 26
Öffentliche Haushalte 27
Bundeshaushalt 28
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute 29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 32
Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute 33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE 34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung
Geldvermögensbildung und Geldvermögen 35
Finanzierung und Verbindlichkeiten 36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt
A = Anstieg
R = Rückgang

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP			Inflation[1]			Arbeitslose			Budgetsaldo			Staatsschuld			Leistungsbilanzsaldo		
	2021	2022	2023	2021	2022	2023	2021	2022	2023	2021	2022	2023	2021	2022	2023	2021	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %			*in %*			*in % des Arbeitskräfteangebotes*			*in % des BIP*								
Vereinigtes Königreich	6,9	4,8	1,7	2,4	3,2	2,2	4,7	4,7	4,4	−10,1	−5,5	−4,5	103,0	103,9	104,9	−2,8	−3,0	−3,4
USA	5,8	4,5	2,4	4,3	3,3	2,2	5,5	4,2	4,0	−11,4	−7,9	−6,8	129,3	128,6	129,8	−3,6	−3,6	−3,5
Japan	2,4	2,3	1,1	−0,5	0,2	0,4	2,8	2,6	2,4	−9,1	−5,0	−3,9	256,9	254,0	253,3	3,5	3,4	3,3
China	7,9	5,3	5	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x		x	2,1	1,6	1,1
Euroraum	5,0	4,3	2,4	2,4	2,2	1,4	7,9	7,5	7,3	−7,1	−3,9	−2,4	100,0	97,9	97,0	3,1	3,2	3,4
EU	5,0	4,3	2,5	2,6	2,5	1,6	7,1	6,7	6,5	−6,6	−3,6	−2,3	92,1	90,0	89,1	3,0	3,0	3,2
Österreich	4,4	4,9	1,9	2,7	2,5	2,0	5,0	4,6	4,5	−5,9	−2,3	−2,8	82,9	79,4	77,6	−0,1	−0,2	−0,5
Deutschland	2,7	4,6	1,7	3,1	2,2	1,7	3,6	3,4	3,2	−6,5	−2,5	−0,5	71,4	69,2	68,1	6,7	6,8	6,9
Polen	4,9	5,2	4,4	5,0	5,2	2,6	3,3	3,1	3,0	−3,3	−1,8	−2,1	54,7	51,0	49,5	2,6	2,6	2,9
Ungarn	7,4	5,4	3,2	5,1	4,8	3,4	4,1	3,1	2,9	−7,5	−5,7	−3,8	79,2	77,2	76,4	−1,1	−2,4	−1,9
Tschechische Republik	3,0	4,4	3,2	3,3	3,4	2,3	2,7	2,6	2,4	−7,0	−4,3	−3,9	42,4	44,3	46,3	−1,2	−2,5	−1,7

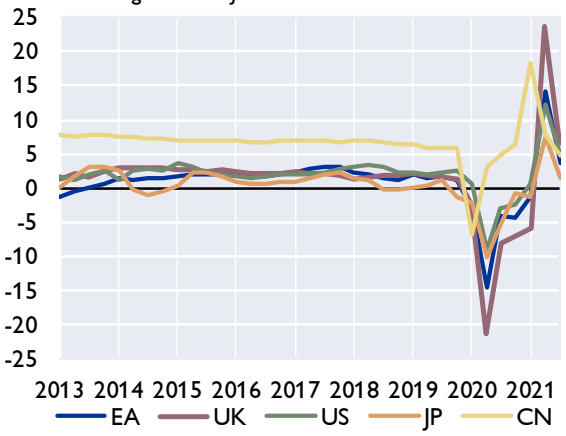
Quelle: EK Herbstprognose vom November 2021.

[1] HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

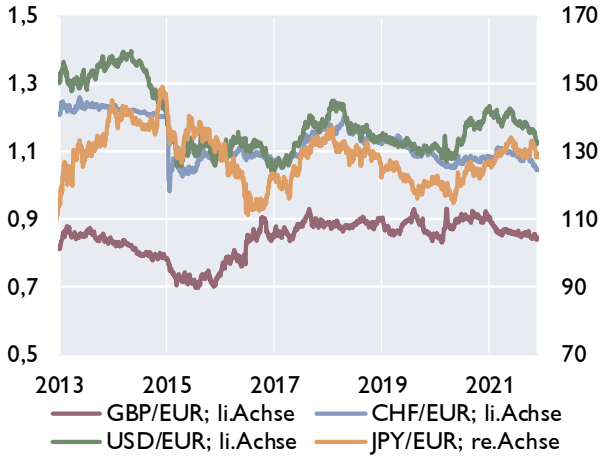
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

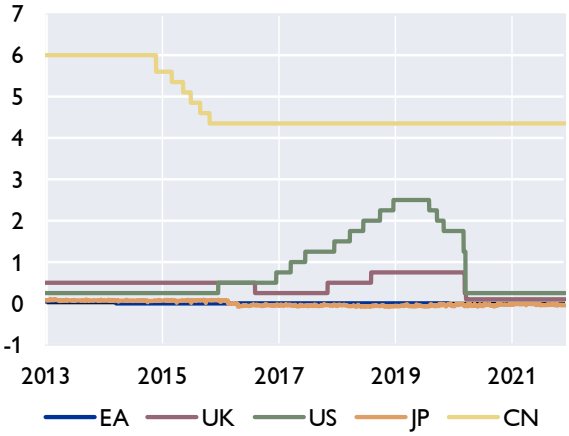


Wechselkurse zum Euro



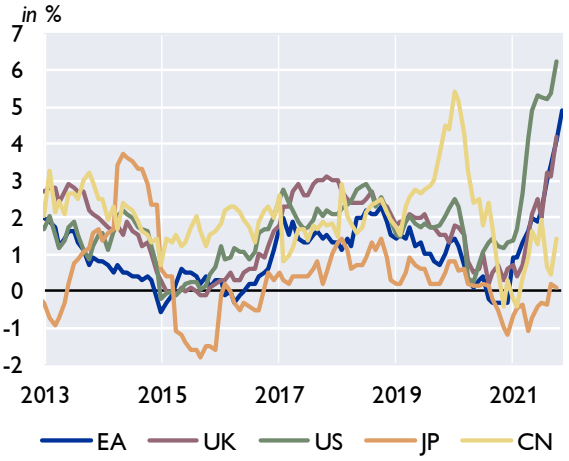
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



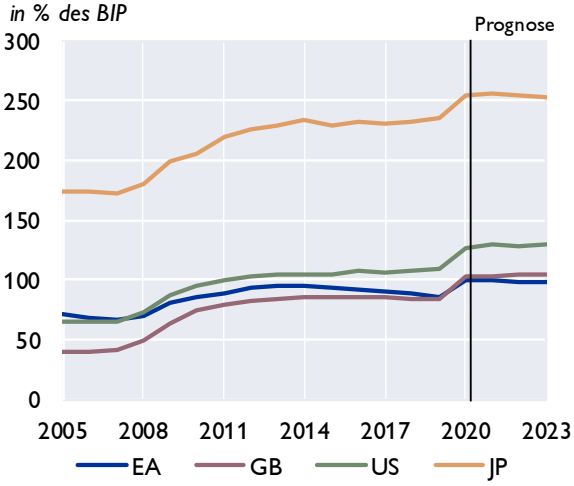
Verbraucherpreisindizes

in %



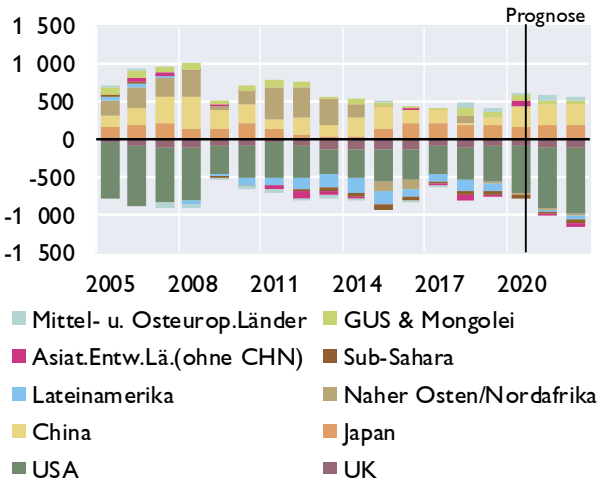
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD

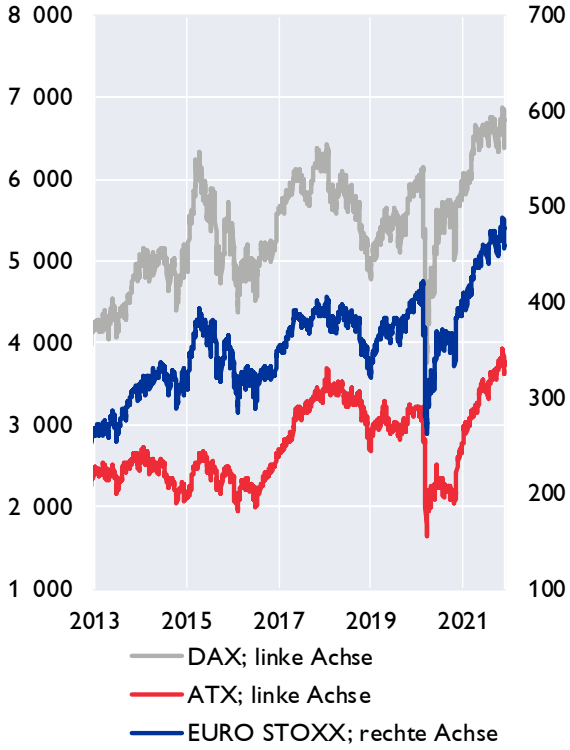


Quelle: Eurostat, EK, IWF, Macrobond, nationale Quellen. Prognosen: EK November 2021 und IWF WEO Oktober 2021.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

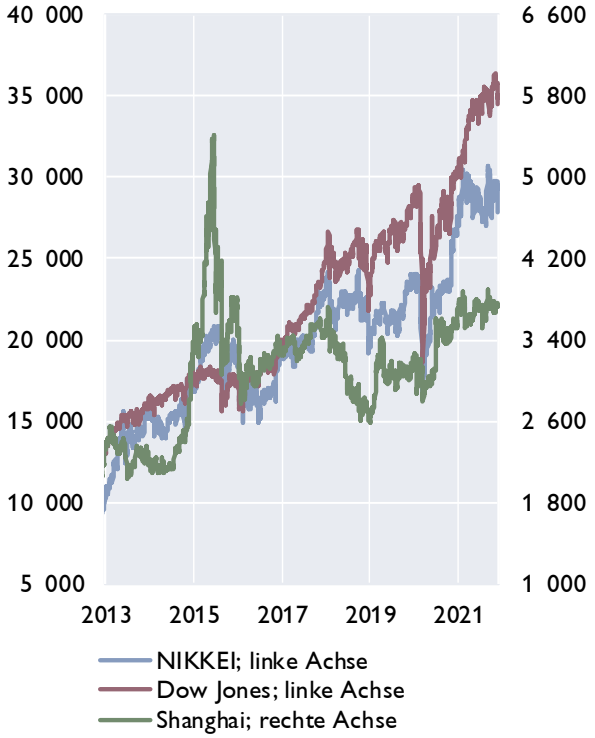
Aktienkurse - Europa

in Punkten



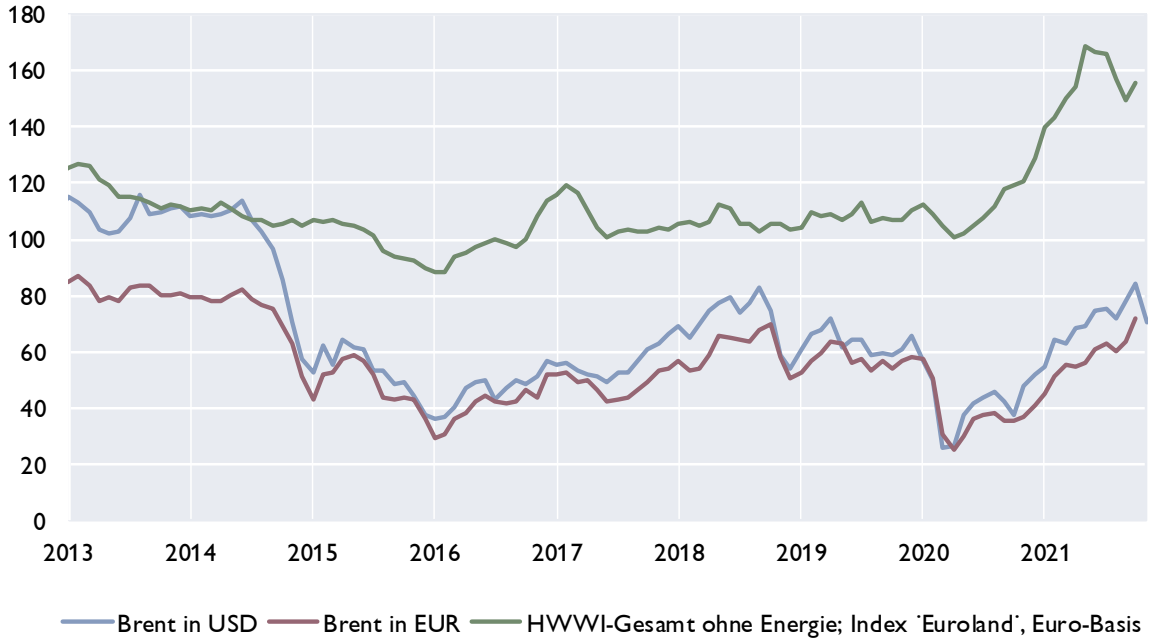
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Macrobond.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem			OECD			IWF		EU-Kommission		
	September 2021			Dezember 2021			Oktober 2021		November 2021		
	2021	2022	2023	2021	2022	2023	2021	2022	2021	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %										
BIP, real	5,0	4,6	2,1	5,2	4,3	2,5	5,0	4,3	5,0	4,3	2,4
Privater Konsum, real	3,6	7,0	2,0	3,5	5,9	2,4	3,2	5,9	3,2	5,5	2,2
Öffentlicher Konsum, real	3,4	−1,2	0,9	3,6	1,1	0,7	3,3	0,3	3,6	0,9	0,8
Bruttoanlageinvestitionen, real	7,2	5,3	3,0	4,1	5,0	3,8	5,2	4,9	5,2	4,4	3,9
Exporte, real	8,9	6,7	4,0	×	×	×	×	×	9,7	7,3	5,2
Importe, real	9,0	7,0	3,8	×	×	×	×	×	8,2	7,2	5,1
	Veränderung zum Vorjahr in %										
BIP Deflator	1,5	1,5	1,5	2,0	2,3	1,8	1,6	1,8	1,6	1,9	1,5
HVPI	2,2	1,7	1,5	2,4	2,7	1,8	2,2	1,7	2,4	2,2	1,4
Lohnstückkosten	−1,0	−0,4	1,4	×	×	×	−3,6	0,1	−0,4	0,2	1,0
	Veränderung zum Vorjahr in %										
Beschäftigte	0,5	1,2	1,0	×	×	×	0,3	0,9	0,8	1,0	0,7
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition										
Arbeitslosenquote	7,9	7,7	7,3	7,7	7,2	7,0	8,0	8,1	7,9	7,5	7,3
	in % des nominellen BIP										
Leistungsbilanz	1,8	1,3	1,5	3,4	3,1	3,3	2,6	2,7	3,1	3,2	3,4
Öffentliches Defizit	−7,1	−3,0	−2,1	−6,7	−3,8	−2,7	−7,7	−3,4	−7,1	−3,9	−2,4
	Prognoseannahmen										
Erdölpreis in USD/Barrel	67,8	67,3	64,1	80,0	80,0	80,0	65,7	64,5	71,6	78,9	72,3
Kurzfristiger Zinssatz in %	−0,5	−0,5	−0,5	×	×	×	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	−0,3
USD/EUR	1,19	1,18	1,18	1,16	1,16	1,16	1,4	1,4	1,19	1,16	1,16
	Veränderung zum Vorjahr in %										
BIP, real USA	×	×	×	5,6	3,7	2,4	6,0	5,2	5,8	4,5	2,4
BIP, real Welt[1]	6,3	4,5	3,7	5,6	4,5	3,2	5,9	4,9	5,8	4,5	3,7
Welthandel[1]	11,2	5,7	4,0	9,3	4,9	4,5	9,7	6,7	9,4	6,1	4,6

[1] *EZB und EK: BIP real Welt (ohne EA), Welthandel (ohne EA, Weltimporte).*

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2019	2020	2020 Q4	2021 Q1	2021 Q2	2021 Q3	2021 Q4	2021 Aug	2021 Sep	2021 Okt	2021 Nov
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	1,2	0,3	-0,3	1,1	1,8	2,8	..	3,0	3,4	4,1	4,9*)
Kerninflation	1,0	0,7	0,2	1,2	0,9	1,4	..	1,6	1,9	2,0	2,6
BIP-Deflator des privaten Konsums	1,1	0,5	0,0	1,0	1,5	..	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten (nominell)	1,9	4,6	3,2	1,6	-4,5	..	..	×	×	×	×
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	2,1	-0,6	1,0	2,1	7,4	..	..	×	×	×	×
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,3	-4,9	-2,2	0,5	12,5	..	..	×	×	×	×
Produzentenpreis (Industrie)	0,6	-2,6	-1,7	2,1	9,2	13,9	..	13,4	16,0	..	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	108,1	111,6	122,7	144,8	163,3	157,2	..	156,7	149,1	155,6	..
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	57,2	37,9	37,8	50,7	57,2	62,1	..	59,9	63,6	72,1	..
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	64,1	43,4	45,3	61,1	68,9	73,1	..	70,5	74,8	83,6	80,7
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	1,6	-6,4	-0,4	-0,3	2,1	2,2	..	×	×	×	×
Privater Konsum	1,3	-7,9	-3,2	-2,3	3,4	..	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	1,8	1,3	0,8	-0,5	1,2	..	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	6,7	-7,0	2,7	0,0	1,1	..	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	2,5	-5,5	-0,9	-1,3	2,2	..	..	×	×	×	×
Nettoexporte	-0,8	-0,3	-0,1	0,1	0,1	..	..	×	×	×	×
Veränderung der Lagerhaltung	-0,1	-0,5	0,6	0,9	-0,2	..	..	×	×	×	×
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	220,5	234,6	83,4	56,7	43,8	31,4	..	3,5	7,3	..	..
Leistungsbilanz	288,2	212,9	90,8	105,5	65,6	58,1	..	17,1	18,7	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	2,4	1,9	3,1	3,6	2,2	..	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	103,7	88,2	91,4	95,3	114,3	118,1	..	117,6	117,8	118,6	117,5
Industrievertrauen (Saldo)	-5,2	-14,5	-8,8	-2,4	11,7	14,1	..	13,8	14,1	14,2	14,1
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	47,4	48,6	54,6	58,4	63,1	60,9	..	61,4	58,6	58,3	58,6
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	97,1	89,3	92,0	93,6	99,2	99,9	..	99,7	99,0	97,7	96,5
Ind. Produktion o. Bau (Ver. z. VJP in %)	-1,3	-8,6	-1,2	3,1	22,5	5,6	..	4,6	4,6	..	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-7,0	-14,3	-15,6	-13,7	-5,5	-4,6	..	-5,3	-4,0	-4,8	-6,8
Einzelhandelsumsätze (Ver. z. VJP in %)	2,4	-1,0	1,3	2,4	12,0	2,4	..	1,1	2,2	..	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	82,3	74,4	76,3	77,5	82,5	83,0	82,1	×	×	×	×
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1]	7,6	7,9	8,2	8,1	8,0	7,5	..	7,5	7,4	..	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	1,3	−1,6	0,4	−0,1	0,7	0,9	..	×	×	×	×
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	4,9	12,2	12,2	10,1	8,4	7,5	..	8,0	7,5	7,7	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	7,8	7,7	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	3,5	3,5	3,5	3,8	4,5	4,3	..	4,5	4,3	4,3	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	..	0,00	0,00	0,00	0,00
3-Monats Zinssatz (%)	-0,36	-0,43	-0,52	-0,54	-0,54	-0,55	..	-0,55	-0,55	-0,55	..
10-Jahres Zinssatz (%)	0,58	0,21	-0,05	0,05	0,30	0,14	..	0,06	0,20	0,35	..
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	0,94	0,64	0,47	0,59	0,84	0,69	..	0,61	0,74	0,90	..
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2]	117,9	125,6	106,0	91,9	84,9	82,5	..	84,0	82,8	84,6	90,9
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	373,8	360,0	375,9	412,1	446,3	462,6	..	468,5	465,5	461,4	478,7
Wechselkurs USD je EUR	1,12	1,14	1,19	1,21	1,20	1,18	..	1,18	1,18	1,16	1,14
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3]	98,1	99,6	101,2	100,7	100,5	99,5	..	99,3	99,4	98,4	97,6
real effektiver Wechselkurs des EUR[3]	93,1	93,5	94,7	94,6	94,0	93,3	..	93,2	93,2	92,2	..
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-0,6	-7,2	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Staatsschuldenquoten	85,5	99,3	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Macrobond, HWWI, Markit, ifo. **) Schnellschätzung.*

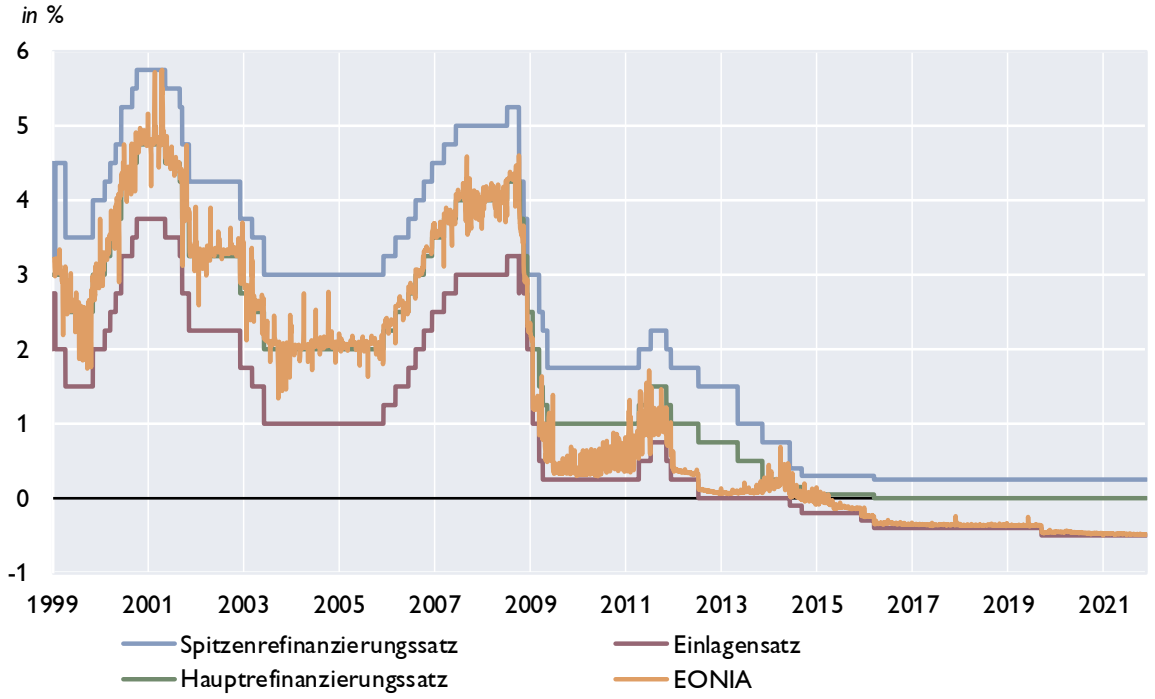
[1] *ILO-Definition.*

[2] *Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).*

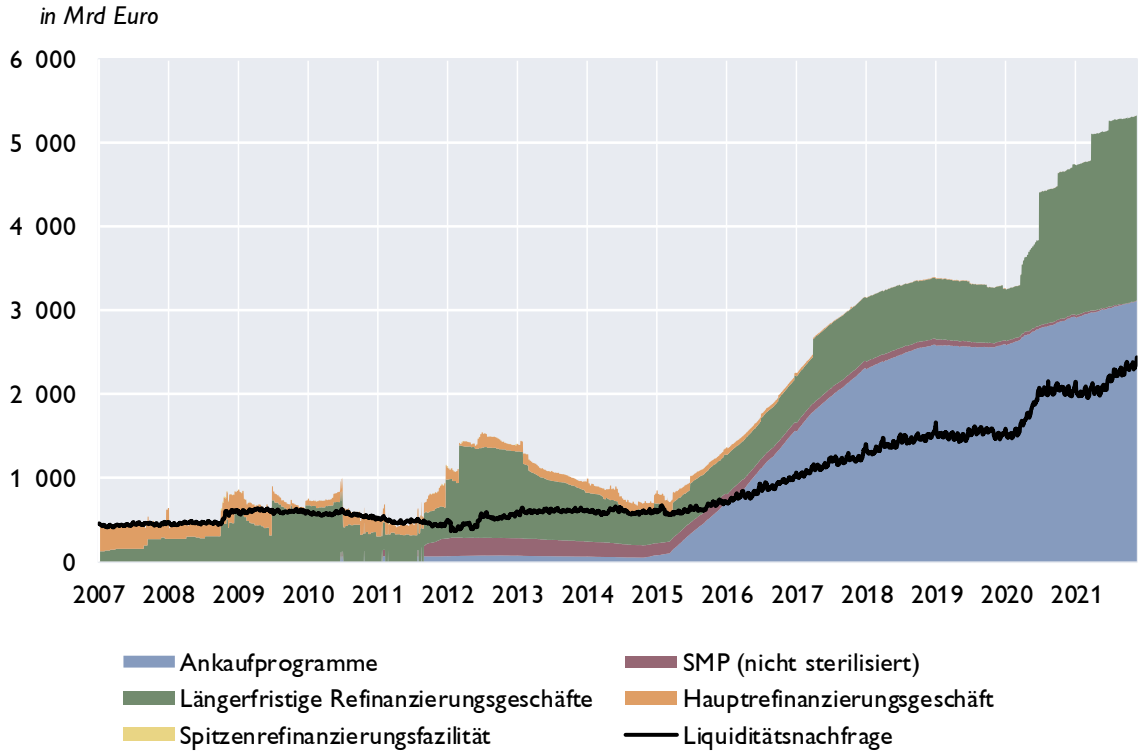
[3] *Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

EZB-Leitzinssätze und EONIA



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

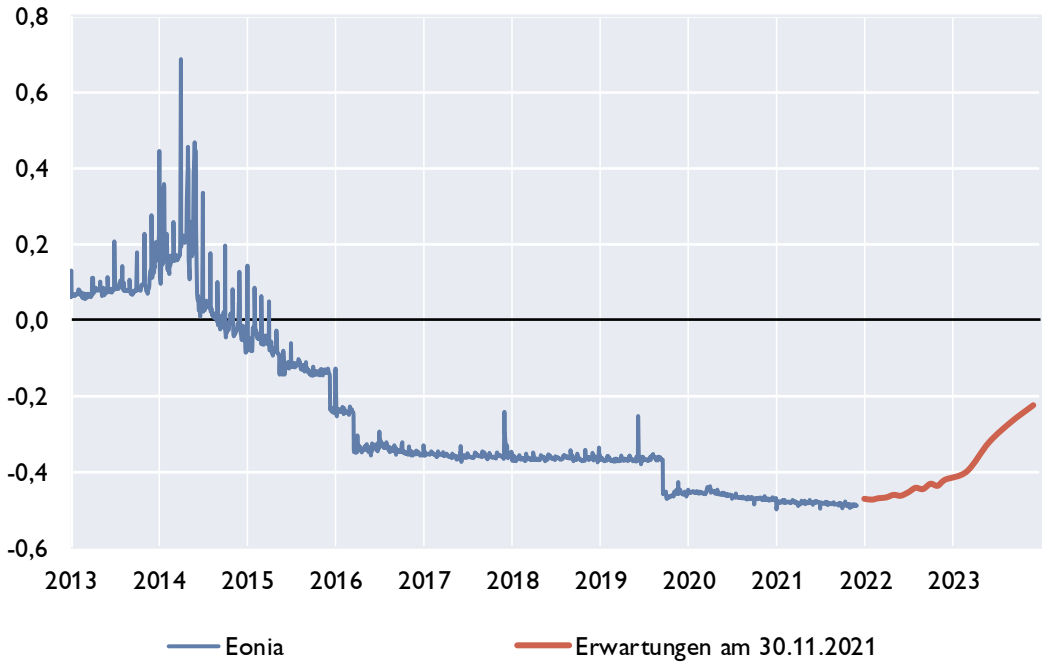


Quelle: EZB, OeNB, Macrobond.

Euroraum: Zinserwartungen

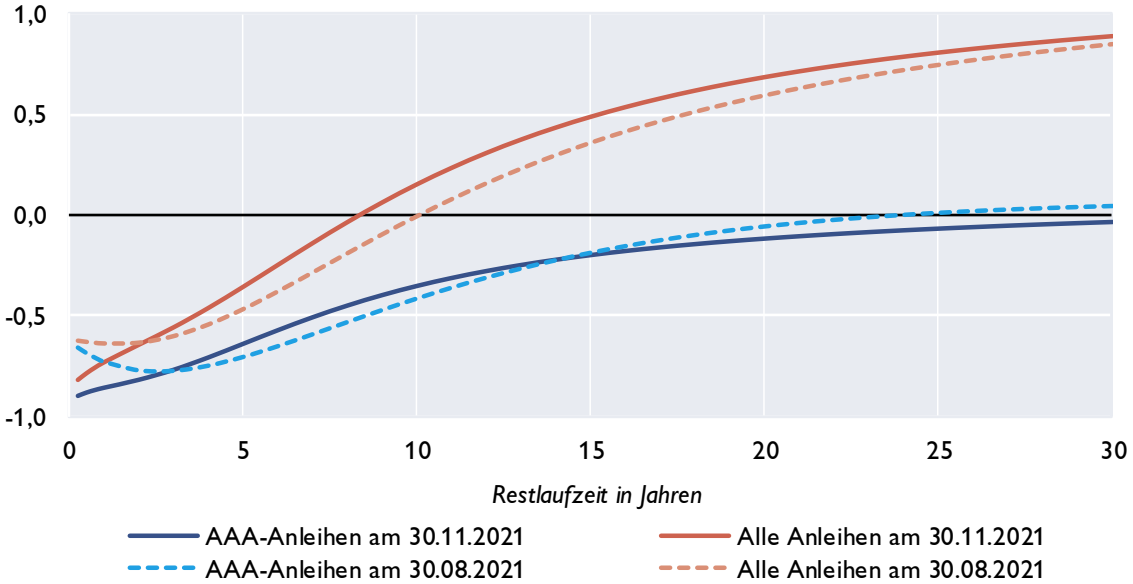
Markterwartungen über den Verlauf des Eonia

berechnet aus Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen im Euroraum

in %

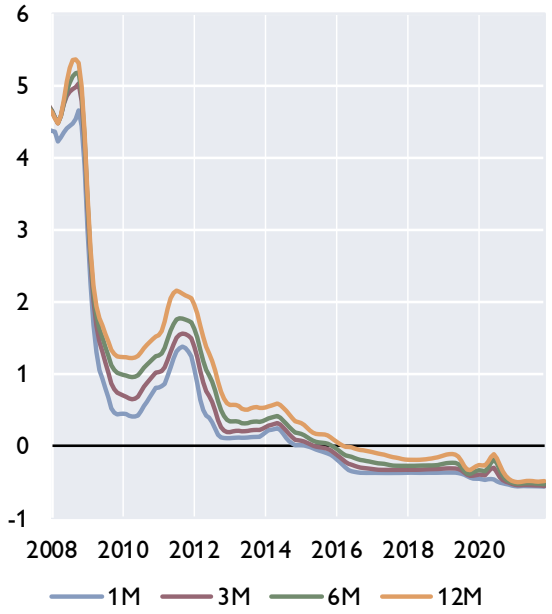


Quelle: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen.

Euroraum: Geldmarktzinsen und Renditen von Staatsanleihen

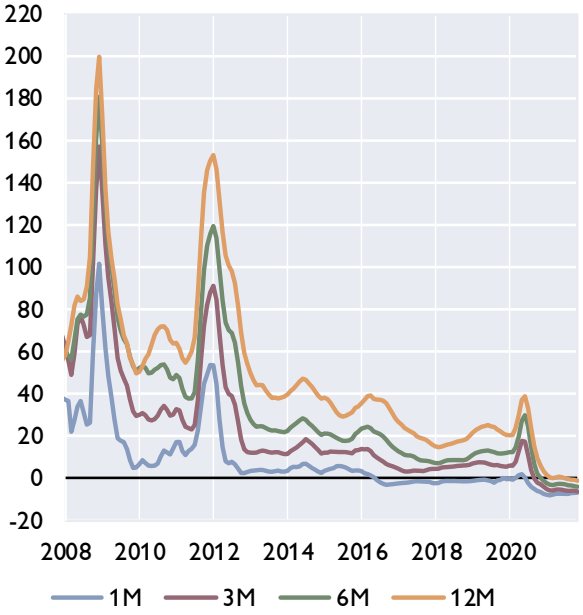
Euribor-Sätze

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



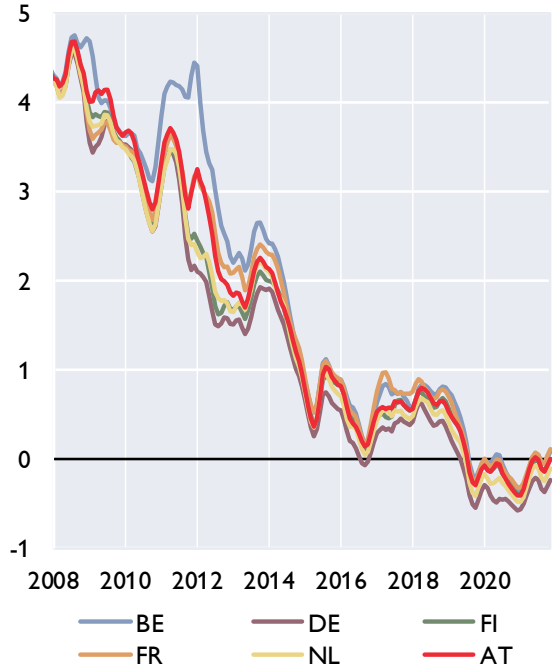
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus Overnight Index Swap in Basispunkten, Durchschnitt der letzten drei Monate



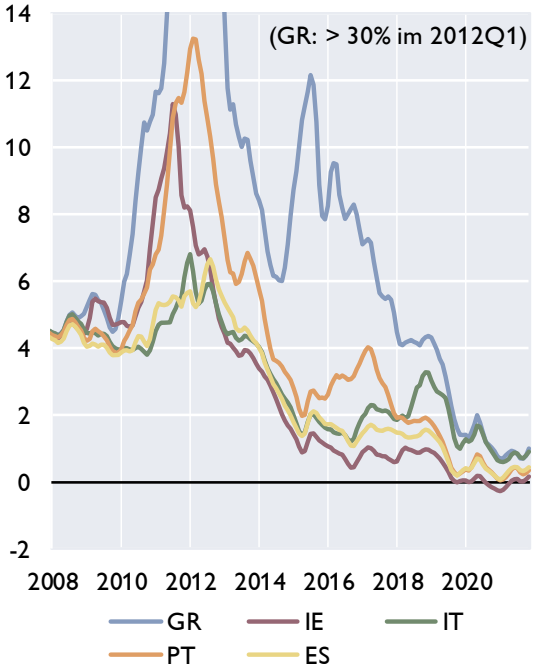
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Niedrigzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, (ehemalige) Hochzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate

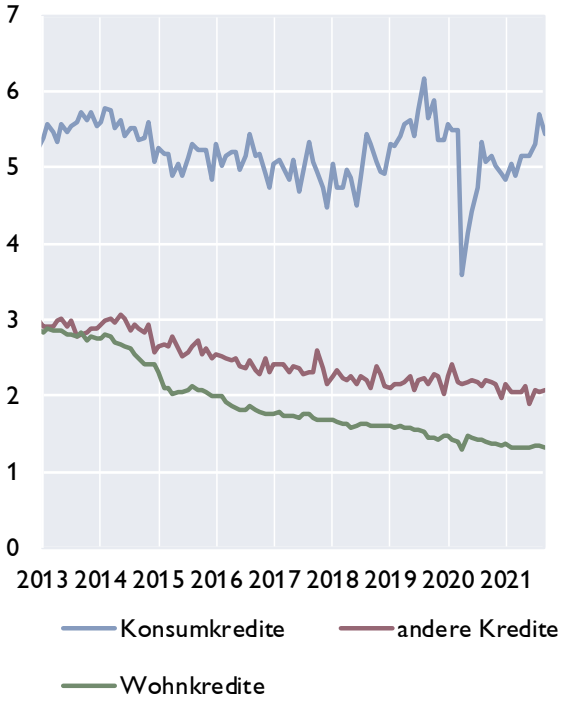


Quelle: EZB, Macrobond.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

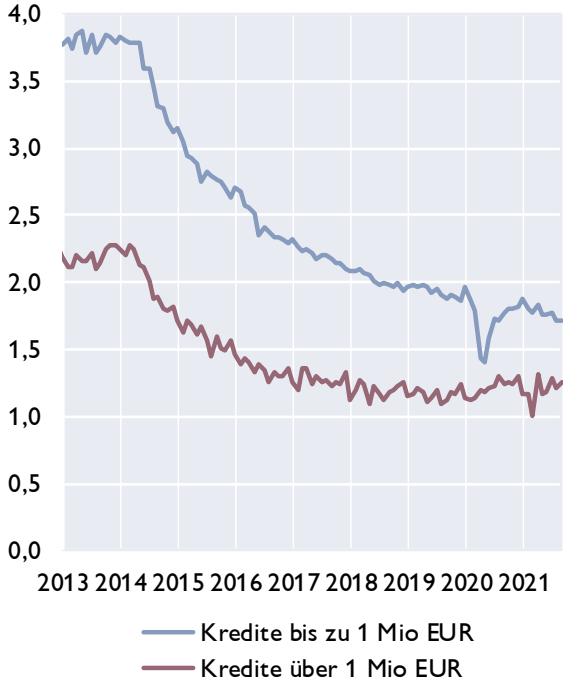
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



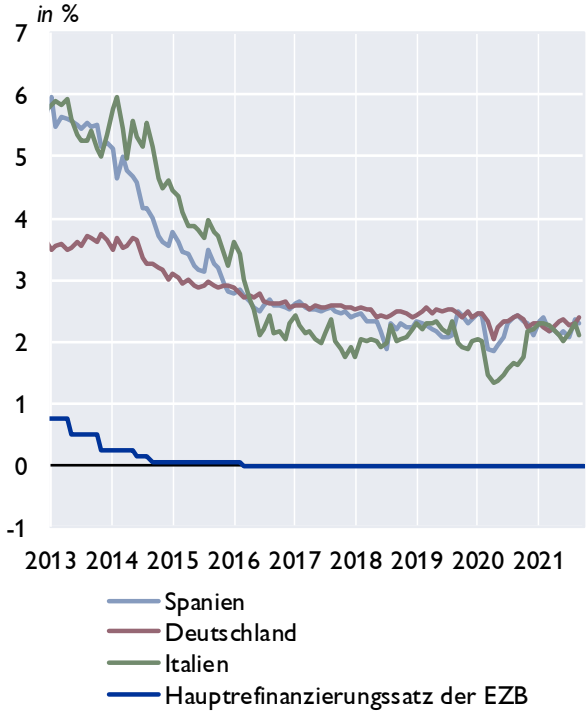
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



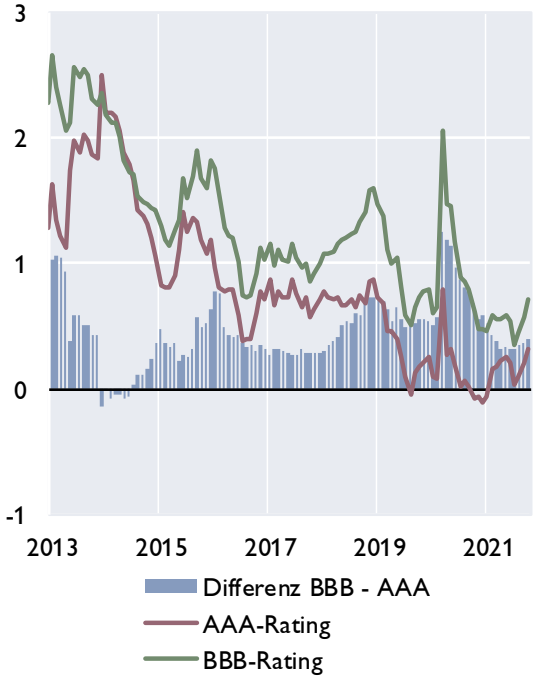
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Anleihen nicht-finanzieller Unternehmen

in %

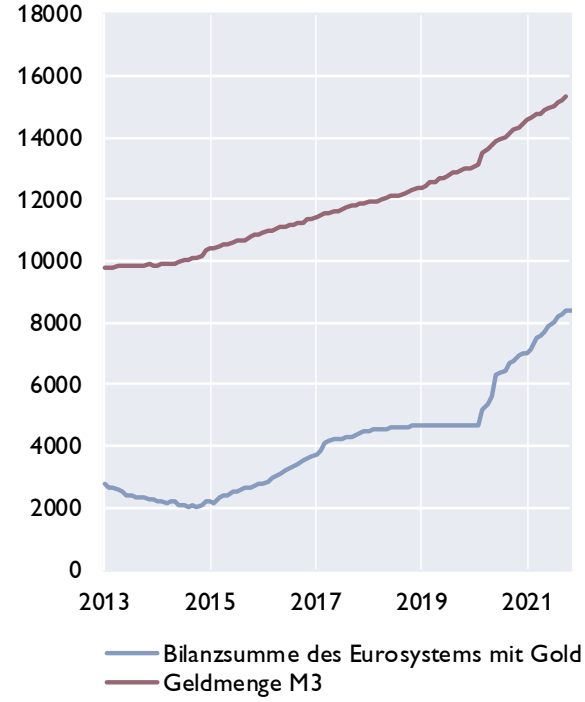


Quelle: Macrobond, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

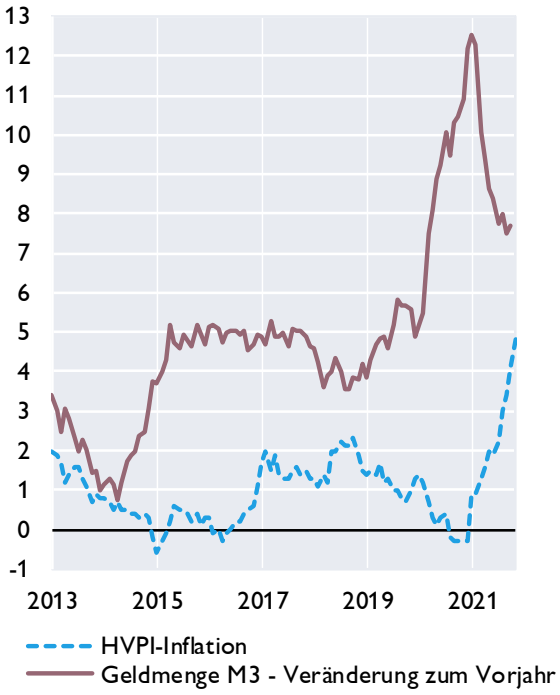
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3

in Mrd EUR



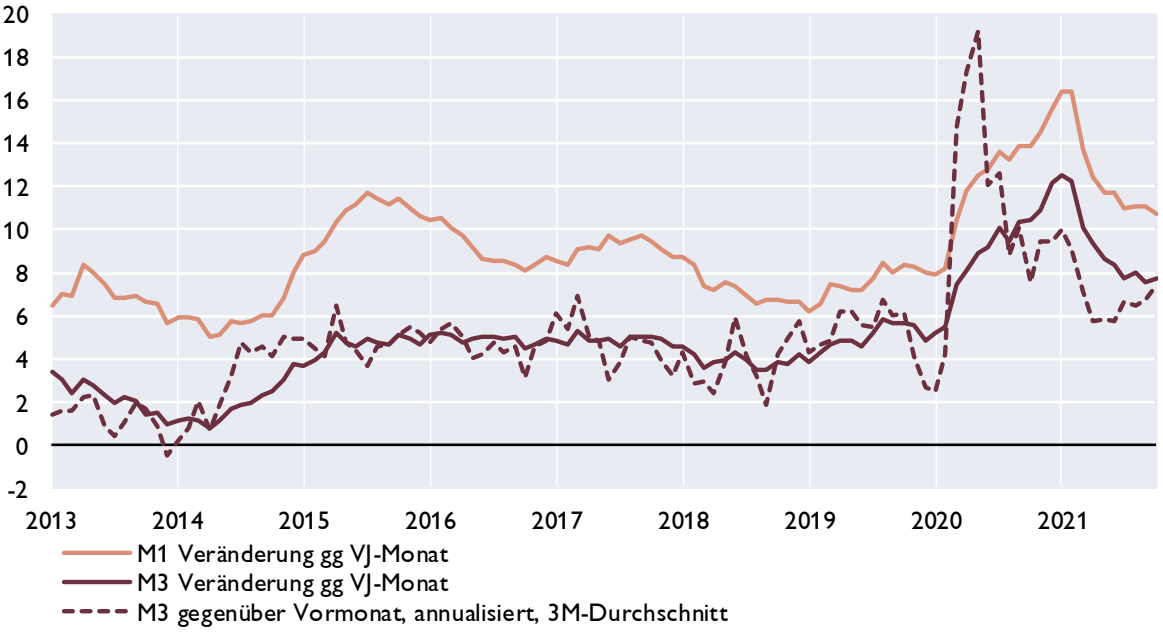
Geldmenge M3 und Inflation

in %



Geldmenge M1 und M3

in %



Quelle: EZB, Eurostat, Macrobond.

Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

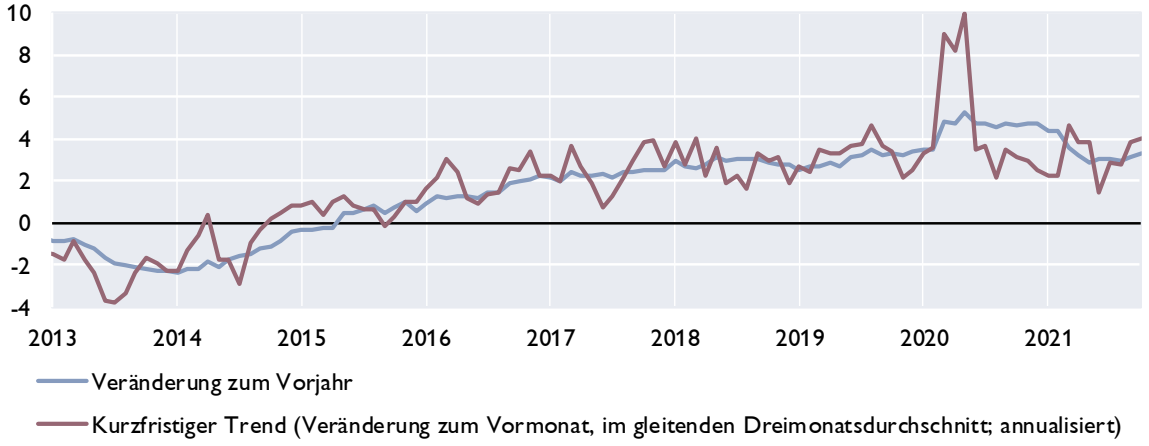
Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2019	2020	Mai.21	Jun.21	Jul.21	Aug.21	Sep.21	Okt.21
Aktiva	Kredite	2,0	9,6	6,7	6,2	6,0	5,8	5,6	5,6
	Kredite an öffentliche Haushalte	−1,9	22,2	15,4	13,1	12,4	12,1	11,0	10,5
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	3,4	5,4	3,5	3,6	3,4	3,2	3,4	3,7
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor [1)]	*3,4*	*4,7*	*2,8*	*3,1*	*3,1*	*3,0*	*3,2*	*3,3*
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	3,2	5,8	3,2	4,4	4,2	6,6	6,1	7,6
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	−2,7	9,0	4,5	7,3	6,4	9,9	11,0	12,6
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	1,6	−0,5	−0,9	−0,6	−0,5	−0,8	−0,7	−0,4

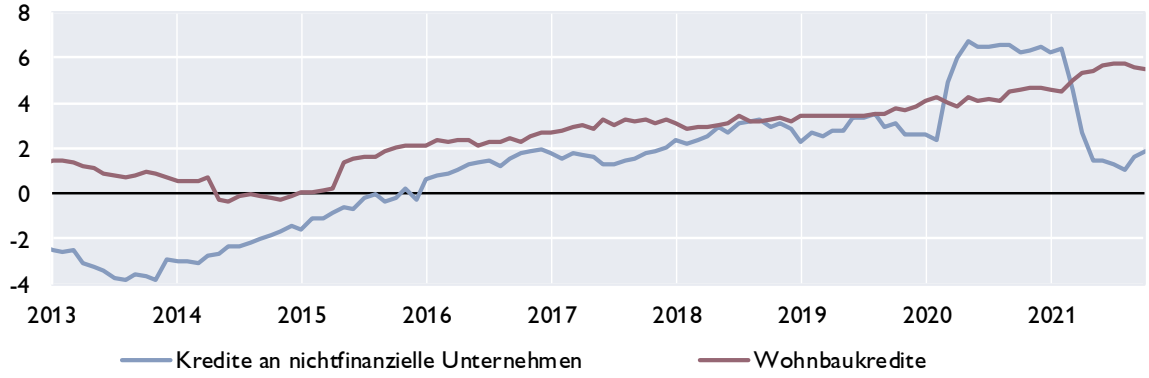
Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1]

in %



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



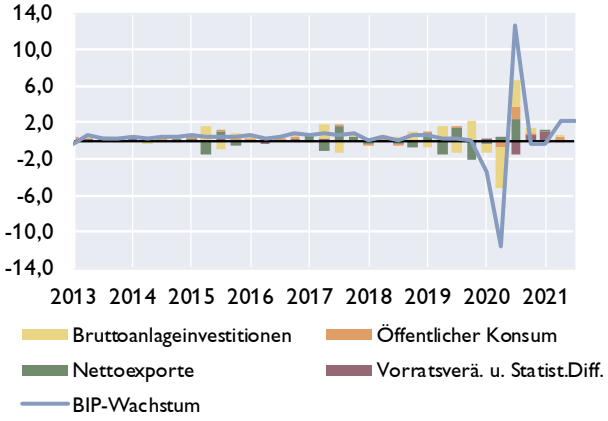
Quelle: EZB.

[1] *Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.*

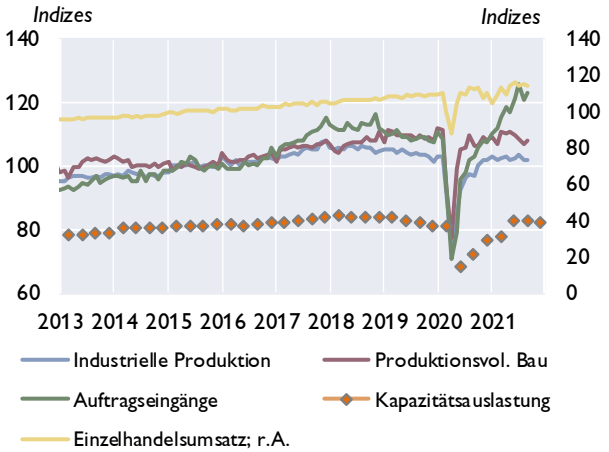
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

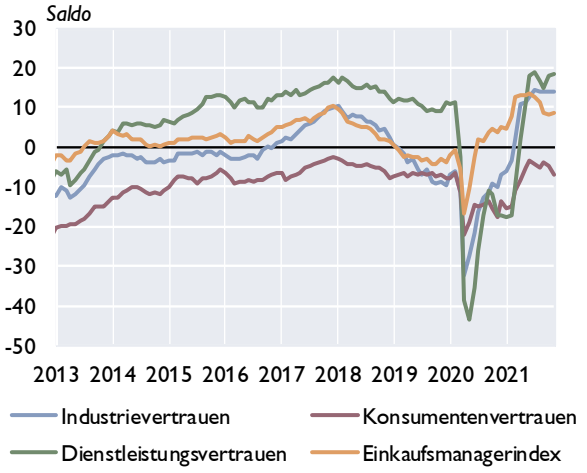
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



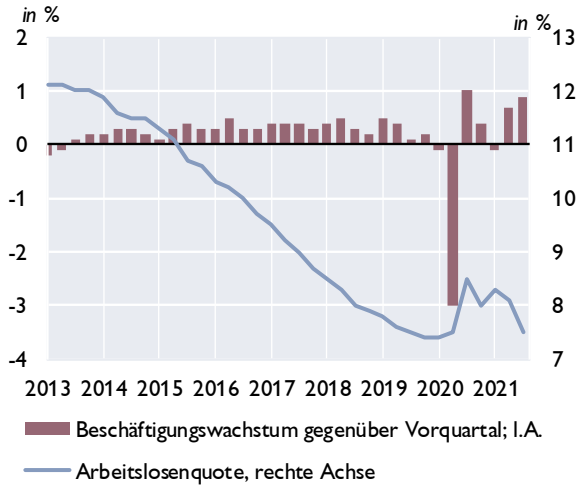
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2018	2019	2020	3Q20	4Q20	1Q21	2Q21	3Q21
Leistungsbilanz	341,0	277,3	222,7	90,6	101,1	75,4	69,5	78,9
Güter	285,6	310,1	342,1	94,6	112,8	92,1	85,1	62,7
Dienstleistungen	117,2	33,4	7,0	23,4	16,0	16,8	23,2	34,3
Einkommen	90,7	86,7	35,5	3,3	20,3	23,5	−4,9	12,7
Laufende Transfers	−152,5	−152,9	−161,9	−30,7	−48,1	−56,9	−33,8	−30,9
Vermögensübertragungen	−35,9	−26,3	−1,7	1,8	−0,8	2,9	5,7	11,6
Kapitalbilanz	305,7	235,9	240,9	120,4	128,8	97,9	100,7	45,6
Direktinvestitionen	117,2	89,4	−174,9	40,9	−104,5	107,8	0,9	72,0
Portfolioinvestitionen	230,5	−91,5	539,3	9,2	573,8	87,6	160,6	56,2
Finanzderivate	39,7	6,6	14,0	−31,3	−14,5	6,4	8,5	−7,3
Sonstige Investiitionen	−106,9	225,1	−150,6	98,2	−328,1	−100,8	−76,8	−198,5
Währungsreserven	25,3	6,3	13,2	3,3	2,1	−3,1	7,5	123,2
Statistische Differenz	0,6	−15,1	20,0	28,0	28,4	19,6	25,5	−44,8
Leistungsbilanz in % des BIP[1]	3,6	3,1	2,6	2,5	3,1	3,6	2,2	..

[1] *Quartale: Saisonbereinigte Daten.*

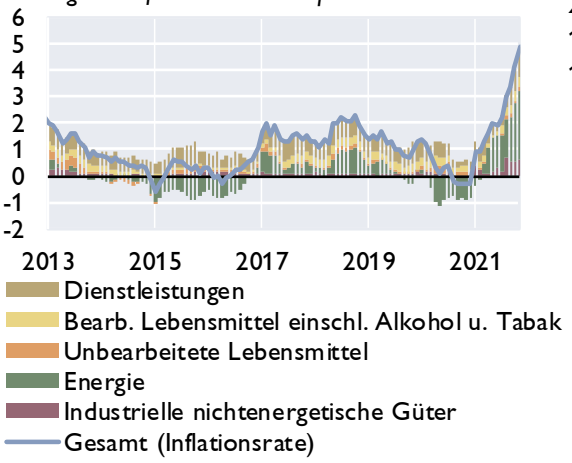
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2021	2019	2020	Aug.21	Sep.21	Okt.21	Nov.21
COICOP[1]-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	Veränderung zum Vorjahr in %					
Gesamt-HVPI	100,0	1,2	0,3	3,0	3,4	4,1	4,9*)
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	17,3	1,4	2,0	1,9	1,9	1,8	..
Alkoholische Getränke und Tabak	4,5	3,1	3,4	2,3	2,3	2,5	..
Bekleidung und Schuhe	5,3	0,7	0,0	3,6	1,7	0,9	..
Wohnung, Wasser, Energie	17,7	1,7	−0,8	5,2	5,9	8,0	..
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,8	0,4	0,5	2,0	2,1	2,3	..
Gesundheitspflege	5,0	0,8	0,6	0,4	0,6	0,8	..
Verkehr	13,7	1,1	−2,2	7,4	8,5	10,6	..
Nachrichtenübermittlung	3,2	−2,1	−1,7	0,1	0,2	1,0	..
Freizeit und Kultur	8,0	0,3	0,2	−0,5	1,1	1,6	..
Bildungswesen	1,0	0,2	0,5	0,2	−1,8	−1,0	..
Hotels, Cafes und Restaurants	7,5	2,0	1,1	2,1	2,6	2,9	..
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	10,0	1,6	1,5	2,0	2,1	2,0	..

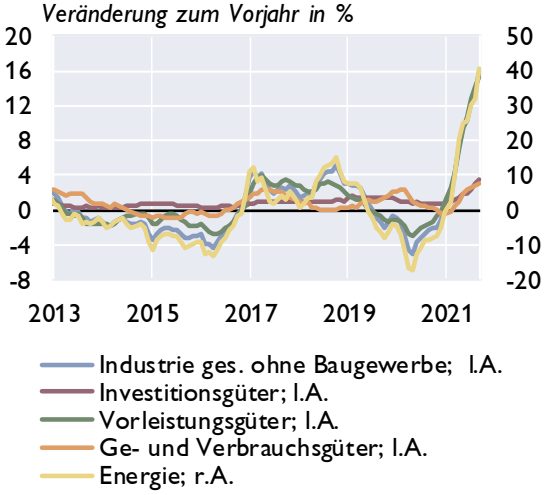
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



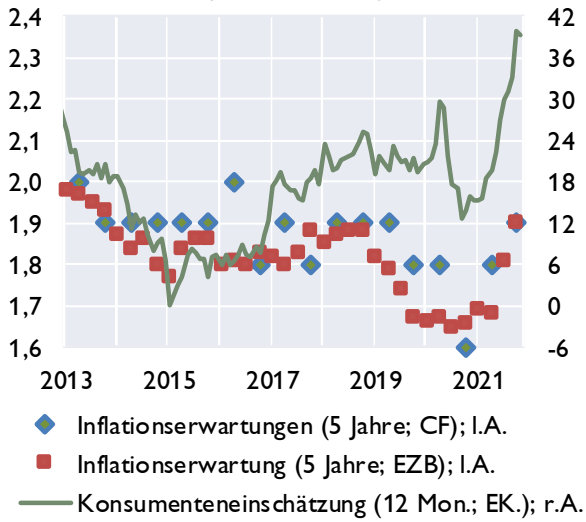
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



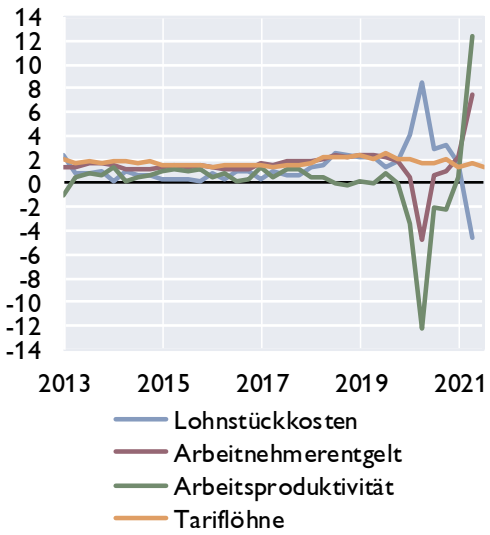
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %



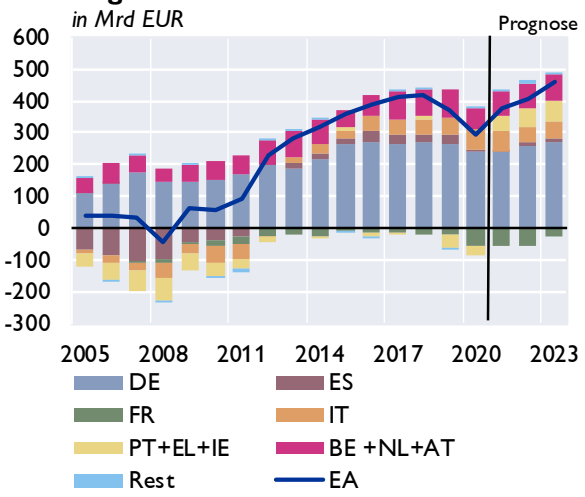
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

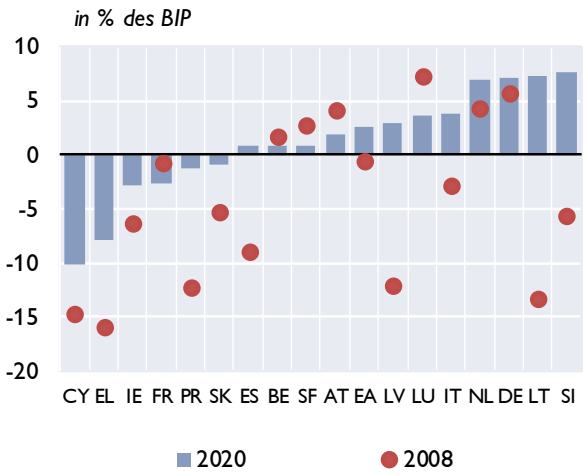
[1] *Classification of Individual Consumption by Purpose*

*) Schnellschätzung.

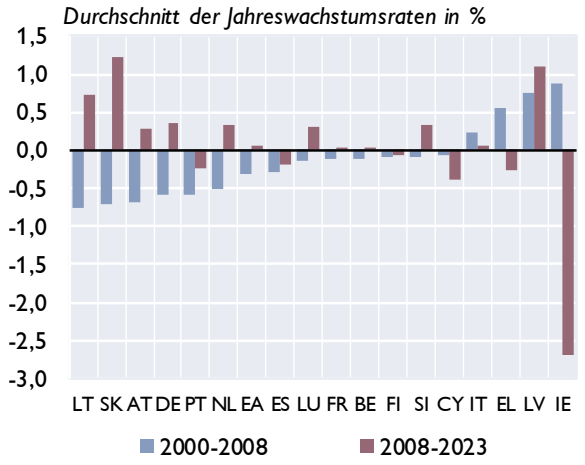
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden[1]

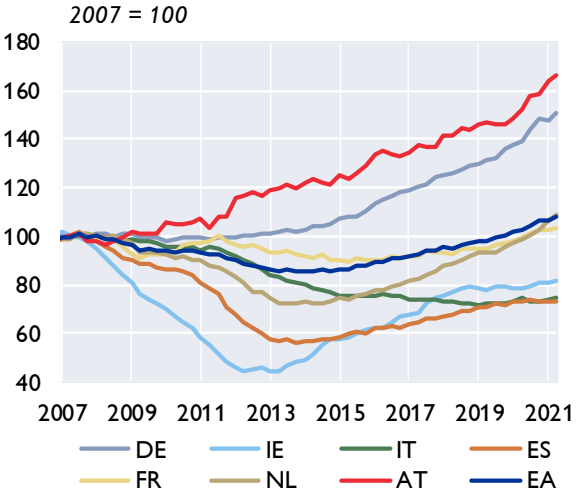




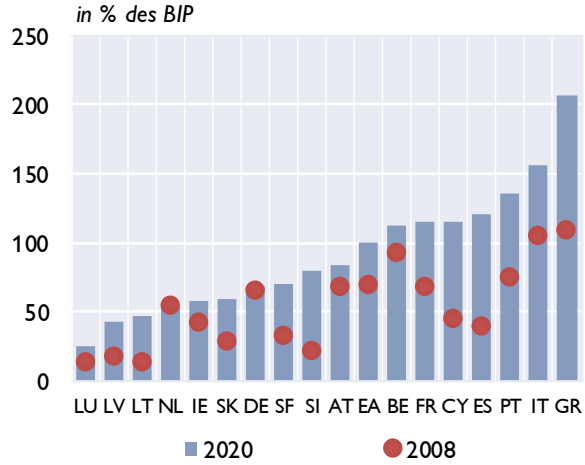
Lohnstückkosten[1]



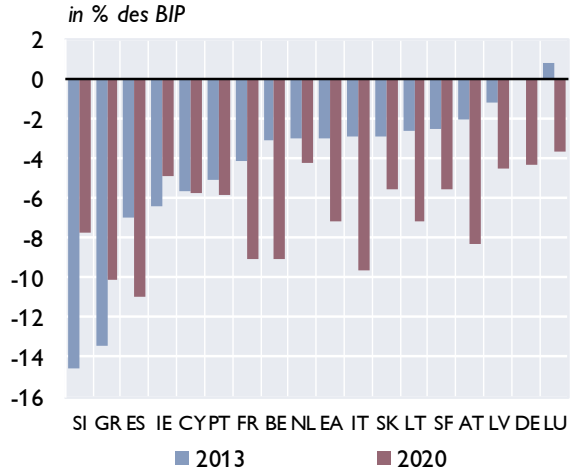
Immobilienpreisindizes



Verschuldung des Gesamtstaates



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates



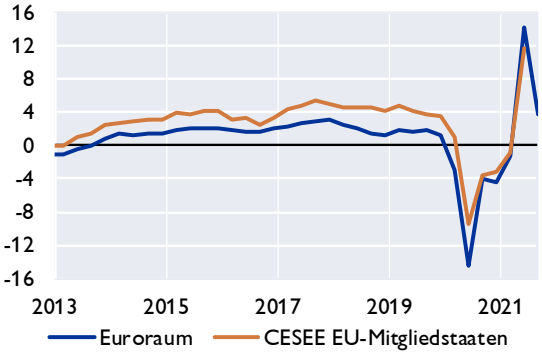
Quelle: Europäische Kommission, Macrobond. - [1] Prognose: EK-Prognose November 2021.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

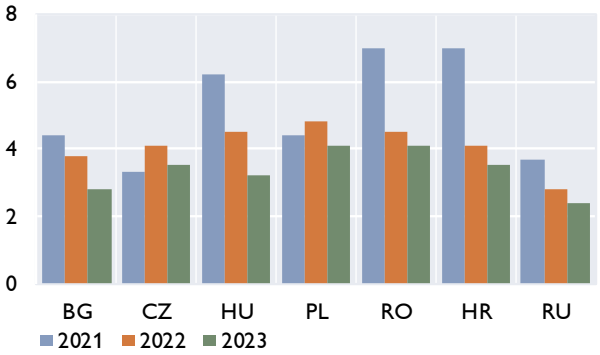
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



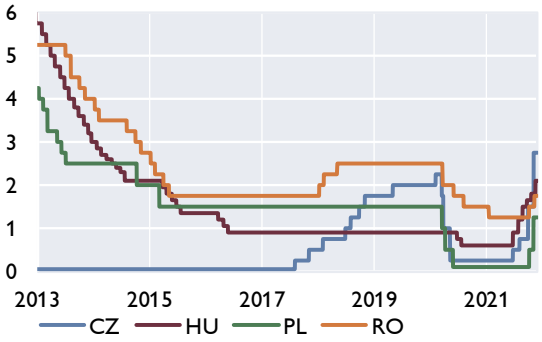
OeNB-BOFIT[1] Prognose Oktober 2021

reales BIP-Wachstum in %



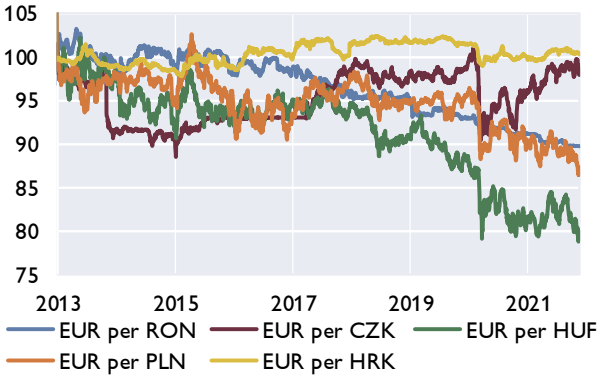
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Jan. 2013=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT		EU-Kommission		IWF		wiiw	
	Oktober 2021		November 2021		Oktober 2021		Oktober 2021	
	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022
Bulgarien	4,4	3,8	3,8	4,1	4,5	4,4	3,5	3,3
Estland	x	x	9,0	3,7	8,5	4,2	7,8	3,6
Kroatien	7,0	4,1	8,1	5,6	6,3	5,8	7,2	5,0
Lettland	x	x	4,7	5,0	4,5	5,2	4,5	4,3
Litauen	x	x	5,0	3,6	4,7	4,1	4,4	3,7
Polen	4,4	4,8	4,9	5,2	5,1	5,1	5,3	4,9
Rumänien	7,0	4,5	7,0	5,1	7,0	4,8	6,8	4,3
Russland	3,7	2,8	3,9	2,6	4,7	2,9	4,0	3,0
Slowakei	x	x	3,8	5,3	4,4	5,2	4,0	4,4
Slowenien	x	x	6,4	4,2	6,3	4,6	5,2	4,1
Tschechische Republik	3,3	4,1	3,0	4,4	3,8	4,5	3,4	3,7
Ungarn	6,2	4,5	7,4	5,4	7,6	5,1	6,2	4,5

[1] *Bank of Finland Institute for Economies in Transition.*

Quelle: Eurostat, OeNB, Macrobond, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

			Prognose[1]						
	2020	2021	2022	2023	3Q20	4Q20	1Q21	2Q21	3Q21
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Belgien	−6,3	6,0	2,6	1,9	−3,6	−4,4	0,0	15,1	..
Deutschland	−4,6	2,7	4,6	1,7	−3,7	−2,9	−3,0	10,0	2,6
Estland	−2,9	9,0	3,7	3,5	−3,8	−1,5	3,4	13,9	..
Irland	5,9	14,6	5,1	4,1	11,3	4,4	10,6	21,1	..
Griechenland	−8,2	7,1	5,2	3,6	−10,0	−6,8	−2,3	16,2	..
Spanien	−10,8	4,6	5,5	4,4	−8,7	−8,8	−4,2	17,5	2,7
Frankreich	−7,9	6,5	3,8	2,3	−3,6	−4,3	1,5	18,8	3,3
Italien	−8,9	6,2	4,3	2,3	−5,4	−6,6	−0,7	17,0	3,8
Zypern	−5,1	5,4	4,2	3,5	−5,3	−4,4	−2,1	13,3	..
Lettland	−3,6	4,7	5,0	4,0	−2,9	−1,8	−0,2	10,5	..
Litauen	−0,9	5,0	3,6	3,4	−0,6	−0,2	0,8	8,9	6,0
Luxemburg	−1,3	5,8	3,7	2,7	−0,2	0,8	5,2	11,8	..
Malta	−7,8	5,0	6,2	4,8	−10,6	−7,9	−1,6	13,3	..
Niederlande	−3,8	4,0	3,3	1,6	−2,6	−3,1	−2,3	10,7	5,0
Österreich	−6,3	4,4	4,9	1,9	−4,5	−6,1	−4,2	12,6	4,8
Portugal	−7,6	4,5	5,3	2,4	−6,3	−6,8	−5,7	16,2	..
Slowenien	−5,5	6,4	4,2	3,5	−2,0	−3,5	2,8	15,7	..
Slowakische Republik	−4,8	3,8	5,3	4,3	−2,2	−2,3	0,3	10,1	1,3
Finnland	−2,9	3,4	2,8	2,0	−2,7	−1,7	−1,2	7,8	3,9
Euroraum	−6,4	5,0	4,3	2,4	−4,0	−4,4	−1,2	14,2	3,7
Bulgarien	−4,2	3,8	4,1	3,5	−3,0	−3,9	−0,3	7,0	..
Tschechische Republik	−5,8	3,0	4,4	3,2	−5,4	−5,3	−2,5	8,1	..
Dänemark	−2,1	4,3	2,7	2,4	−1,3	−0,5	−0,1	9,8	..
Kroatien	−8,0	8,1	5,6	3,4	−10,1	−7,0	−0,9	16,5	..
Ungarn	−5,0	7,4	5,4	3,2	−4,6	−3,6	−1,7	17,6	..
Polen	−2,7	4,9	5,2	4,4	−1,8	−2,5	−1,1	10,8	..
Rumänien	−3,9	7,0	5,1	5,2	−5,1	−2,2	−0,5	13,8	8,0
Schweden	−2,8	3,9	3,5	1,7	−1,9	−1,8	−0,2	9,5	..
EU	−6,0	5,0	4,3	2,5	−3,9	−4,1	−1,2	13,7	3,9
Türkei	1,8	9,0	4,0	4,0	6,3	6,2	7,2	21,7	..
Vereinigtes Königreich	−9,7	6,9	4,8	1,7	−8,1	−7,1	−5,8	23,6	6,6
USA	−3,4	5,8	4,5	2,4	−2,9	−2,3	0,5	12,2	4,9
Japan	−4,7	2,4	2,3	1,1	−5,4	−0,8	−1,3	7,7	1,3
Schweiz	−2,9	3,0	2,5	2,3	−1,3	−1,8	−0,7	7,7	..
Russland	−3,0	3,9	2,6	2,2	−3,5	−1,8	−0,7	10,5	..
Brasilien	−4,1	4,9	2,1	2,3	−3,9	−1,1	1,0	12,4	..
China	2,0	7,9	5,3	5,3	4,9	6,5	18,3	7,9	4,9
Indien	−7,0	9,0	7,8	6,0	−7,4	0,5	1,6	20,1	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, Macrobond.

[1] *EK-Prognose November 2021.*

Entwicklung der Verbraucherpreise[1]

	2020	2021	Prognose[2] 2022	2023	Jul.21	Aug.21	Sep.21	Okt.21	Nov.21
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Belgien	0,4	2,7	2,3	1,6	1,4	4,7	3,8	5,4	7,1
Deutschland	0,4	3,1	2,2	1,7	3,1	3,4	4,1	4,6	6,0
Estland	−0,6	4,0	3,9	2,1	4,9	5,0	6,4	6,8	8,4
Irland	−0,5	2,3	3,1	1,5	2,2	3,0	3,8	5,1	5,4
Griechenland	−1,3	0,1	1,0	0,4	0,7	1,2	1,9	2,8	4,3
Spanien	−0,3	2,8	2,1	0,7	2,9	3,3	4,0	5,4	5,6
Frankreich	0,5	1,9	2,1	1,4	1,5	2,4	2,7	3,2	3,4
Italien	−0,1	1,8	2,1	1,4	1,0	2,5	2,9	3,2	4,0
Zypern	−1,1	1,9	1,7	1,2	2,7	3,3	3,6	4,4	4,7
Lettland	0,1	3,1	3,6	0,8	2,8	3,6	4,7	6,0	7,4
Litauen	1,1	3,8	3,1	2,0	4,3	5,0	6,4	8,2	9,3
Luxemburg	0,0	3,2	2,2	1,8	3,3	3,5	4,0	5,3	6,3
Malta	0,8	1,1	1,6	1,5	0,3	0,4	0,7	1,4	2,3
Niederlande	1,1	2,1	2,2	1,5	1,4	2,7	3,0	3,7	5,6
Österreich	1,4	2,7	2,5	2,0	2,8	3,2	3,3	3,7	4,1
Portugal	−0,1	0,8	1,7	1,2	1,1	1,3	1,3	1,8	2,7
Slowenien	−0,3	1,7	2,1	1,7	2,0	2,1	2,7	3,5	4,9
Slowakische Republik	2,0	2,8	4,3	2,2	2,9	3,3	4,0	4,4	4,9
Finnland	0,4	1,8	1,9	1,9	1,8	1,8	2,1	2,8	3,4
Euroraum	0,3	2,4	2,2	1,4	2,2	3,0	3,4	4,1	4,9*)
Bulgarien	1,2	2,4	2,9	1,8	2,2	2,5	4,0	5,2	..
Tschechische Republik	3,3	3,3	3,4	2,3	2,7	3,1	4,0	4,8	..
Dänemark	0,3	1,7	1,9	1,6	1,7	1,8	2,4	3,2	..
Kroatien	0,0	2,2	2,0	1,5	2,7	3,1	3,5	3,9	..
Ungarn	3,4	5,1	4,8	3,4	4,7	4,9	5,5	6,6	..
Polen	3,7	5,0	5,2	2,6	4,7	5,0	5,6	6,4	..
Rumänien	2,3	4,0	4,0	2,8	3,8	4,0	5,2	6,5	..
Schweden	0,7	2,4	1,9	1,1	1,8	2,5	3,0	3,3	..
EU	0,7	2,6	2,5	1,6	2,5	3,2	3,6	4,4	..
Türkei	12,3	17,8	17,7	15,4	18,9	19,2	19,6	19,9	..
Vereinigtes Königreich	0,9	2,4	3,2	2,2	2,0	3,2	3,1	4,2	..
USA	1,2	4,3	3,3	2,2	5,3	5,2	5,4	6,2	..
Japan	−0,0	−0,5	0,2	0,4	−0,3	−0,4	0,2	0,1	..
Schweiz	−0,8	0,5	1,0	1,2	0,5	0,8	0,8	1,3	..
Russland	3,4	6,2	4,8	4,0	6,5	6,7	7,4	8,1	..
Brasilien	3,2	7,7	5,3	..	9,0	9,7	10,2	10,7	..
China[4]	2,5	3,1	4,1	5,1	1,0	0,8	0,7	1,5	..
Indien	5,6	5,6	4,9	..	5,3	4,8	4,4	..	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter. **) Schnellschätzung.*

[1] *EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.*

[2] *EK Prognose November 2021; Brasilien u. Indien: IWF WEO Prognose Oktober 2021.*

[4] *China Prognose: GDP-Deflator.*

Arbeitslosenquoten[1]

	2020	2021	Prognose[2] 2022	2023	Jun.21	Jul.21	Aug.21	Sep.21	Okt.21
	in %								
Belgien	5,6	6,2	6,3	5,8	6,2	6,2	6,4	6,3	..
Deutschland	3,8	3,6	3,4	3,2	3,5	3,5	3,4	3,4	..
Estland	6,8	6,8	5,7	5,2	6,5	6,4	6,0	5,9	..
Irland	5,7	7,5	6,8	6,2	6,3	5,7	5,4	5,2	5,2
Griechenland	16,3	15,3	15,0	14,5	14,8	14,1	13,8	13,3	..
Spanien	15,5	15,2	14,3	13,9	15,3	15,0	14,8	14,6	..
Frankreich	8,0	8,0	8,0	7,9	8,0	8,0	8,0	7,7	..
Italien	9,2	9,8	9,3	9,2	9,3	9,2	9,3	9,2	..
Zypern	7,6	7,5	7,1	6,6	8,1	5,1	4,4	3,6	..
Lettland	8,1	7,3	6,9	6,6	7,8	7,5	7,1	6,8	..
Litauen	8,5	7,1	6,3	6,0	7,8	7,5	7,2	6,7	..
Luxemburg	6,8	6,1	5,8	5,7	5,8	5,6	5,5	5,4	..
Malta	4,4	4,0	3,8	3,7	3,4	3,3	3,3	3,2	..
Niederlande	3,8	3,5	3,6	3,6	3,2	3,1	3,2	3,1	2,9
Österreich	6,0	5,0	4,6	4,5	6,2	6,1	5,9	5,2	..
Portugal	7,0	6,7	6,5	6,4	6,8	6,6	6,3	6,4	..
Slowenien	5,0	4,6	4,5	4,4	4,2	4,0	3,9	3,9	..
Slowakische Republik	6,7	6,8	6,4	5,6	6,8	6,7	6,5	6,3	..
Finnland	7,8	7,7	6,9	6,5	7,7	7,7	7,2	7,7	6,7
Euroraum	7,9	7,9	7,5	7,3	7,8	7,6	7,5	7,4	..
Bulgarien	5,2	5,1	4,6	4,4	5,5	5,6	5,6	5,5	..
Tschechische Republik	2,6	2,7	2,6	2,4	2,8	2,6	2,8	2,6	..
Dänemark	5,6	4,8	4,5	4,3	4,6	4,4	4,5	4,6	..
Kroatien	7,5	6,7	6,2	5,8	7,9	7,7	7,6	7,3	..
Ungarn	4,1	4,1	3,1	2,9	4,1	4,1	4,1	3,6	..
Polen	3,2	3,3	3,1	3,0	3,5	3,4	3,4	3,4	..
Rumänien	5,0	5,0	4,8	4,5	5,0	5,1	5,2	5,0	..
Schweden	8,3	8,2	7,1	6,7	9,4	8,3	8,8	8,8	8,5
EU	7,1	7,1	6,7	6,5	7,1	6,9	6,9	6,7	..
Türkei	13,1	12,8	12,7	12,3	10,6	12,0	12,1	11,5	..
Vereinigtes Königreich	4,5	4,9	4,7	4,4	4,6	4,5	4,3	..	..
USA	8,1	5,5	4,2	4,0	5,9	5,4	5,2	4,8	..
Japan	2,8	2,8	2,6	2,4	2,9	2,8	2,8	2,8	..
Schweiz	3,1	5,0	4,6	2,9	3,1	3,0	2,9	2,8	..
Russland	5,8	5,3	5,2	5,1	4,8	4,5	4,4	4,3	..
Brasilien	13,2	13,8	13,1	..	14,1	13,7	13,2	..	..
China	4,2	3,8	3,7	..	3,9	..	..	..	..
Indien	10,3	×	×	×	9,2	7,0	8,3	6,9	7,8

Quelle: Eurostat, Macrobond, EK, IWF.

[1] *EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.*

[2] *EK-Prognose November 2021; BR, CN: IWF-Prognose Oktober 2021.*

Leistungsbilanzsalden

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Prognose[1] 2022	2023
	in % des BIP										
Belgien	1,8	1,5	1,4	0,6	0,7	−0,8	0,1	0,8	0,8	0,3	0,0
Deutschland	6,6	7,4	8,7	8,7	8,0	8,1	7,6	7,1	6,7	6,8	6,9
Estland	0,3	0,7	1,8	1,2	2,3	0,8	2,0	−0,8	−1,1	0,2	0,5
Irland	1,6	1,1	4,4	−4,2	0,5	6,0	−11,3	−2,8	15,4	14,4	14,6
Griechenland	−1,6	−1,3	−1,4	−2,3	−2,1	−3,5	−2,4	−7,9	−6,3	−4,0	−2,8
Spanien	2,0	1,7	2,0	3,2	2,8	1,9	2,1	0,8	0,3	0,8	1,0
Frankreich	−1,0	−1,2	−0,5	−0,6	−0,7	−0,9	−0,8	−2,6	−2,4	−2,2	−1,0
Italien	1,1	1,9	1,4	2,6	2,6	2,5	3,2	3,8	3,5	2,7	2,7
Zypern	−1,5	−4,1	−0,4	−4,2	−5,0	−3,9	−5,7	−10,1	−9,1	−7,3	−5,7
Lettland	−2,5	−1,6	−0,6	1,6	1,3	−0,2	−0,7	2,9	1,1	−0,2	−1,1
Litauen	1,7	3,5	−2,5	−1,1	0,5	0,3	3,5	7,3	2,6	1,9	1,2
Luxemburg	4,5	5,3	−1,0	1,8	3,0	3,0	−2,4	3,7	5,5	5,2	5,2
Malta	0,1	5,7	2,7	3,7	10,9	10,7	7,7	1,6	0,4	1,8	1,9
Niederlande	10,1	9,5	6,3	8,1	10,8	10,8	9,4	7,0	8,4	9,0	8,9
Österreich	1,9	2,5	1,9	2,9	1,5	1,0	2,2	1,9	−0,1	−0,2	−0,5
Portugal	1,0	−0,1	−0,0	0,6	1,0	0,3	0,1	−1,2	−0,9	−0,4	−0,4
Slowenien	2,3	5,1	3,9	4,8	6,4	6,1	6,1	7,6	5,4	4,8	4,8
Slowakische Republik	3,1	2,5	−0,6	−2,0	−0,9	−0,3	−2,0	−0,8	−1,7	−1,0	−1,1
Finnland	−2,0	−1,4	−0,8	−2,0	−0,8	−1,8	−0,3	0,8	1,2	1,2	1,5
Euroraum	2,9	3,1	3,4	3,6	3,7	3,6	3,1	2,6	3,1	3,2	3,4
Bulgarien	2,0	0,4	0,6	5,3	6,1	6,1	1,9	−0,6	0,4	1,2	2,7
Tschechische Republik	−1,5	−1,3	−1,7	−0,3	0,8	−0,6	−0,9	2,2	−1,2	−2,5	−1,7
Dänemark	7,8	8,9	8,2	7,8	8,0	7,3	8,8	8,1	7,4	7,3	7,1
Kroatien	−1,0	0,3	3,3	2,2	3,4	1,9	2,8	−0,9	0,8	0,8	0,3
Ungarn	2,9	0,5	1,8	4,2	1,6	−0,0	−0,8	−1,6	−1,1	−2,4	−1,9
Polen	−1,0	−1,9	−0,1	−0,3	−0,3	−1,0	0,8	3,4	2,6	2,6	2,9
Rumänien	−0,7	−0,0	−0,3	−1,2	−3,2	−4,4	−5,3	−5,5	−6,5	−6,3	−6,1
Schweden	4,8	4,1	3,1	2,4	2,8	2,5	5,2	5,6	5,1	4,8	5,0
EU	2,8	3,0	3,2	3,4	3,5	3,5	3,0	2,7	3,0	3,0	3,2
Türkei	−5,1	−5,1	−5,1	−5,1	−5,1	−5,1	−5,1	−4,9	−2,7	−2,2	−1,6
Vereinigtes Königreich	−4,8	−5,1	−5,2	−5,3	−3,6	−3,9	−2,7	−2,6	−2,8	−3,0	−3,4
USA	−2,1	−2,1	−2,3	−2,2	−1,9	−2,1	−2,2	−2,8	−3,6	−3,6	−3,5
Japan	0,9	0,8	3,1	3,9	4,1	3,5	3,7	4,4	3,5	3,4	3,3
Schweiz	11,1	8,0	10,0	8,2	6,5	5,7	5,4	2,2	5,2	5,8	6,6
Russland	1,4	2,6	4,9	2,0	2,1	7,0	3,9	2,2	4,4	4,8	4,7
Brasilien	−3,2	−4,1	−3,0	−1,4	−1,1	−2,7	−3,5	−1,8	−0,5	−1,7	..
China	1,5	2,2	2,8	1,8	1,5	0,2	0,7	1,9	2,1	1,6	1,1
Indien	−1,7	−1,3	−1,1	−0,6	−1,8	−2,1	−0,9	0,9	−1,0	−1,4	..

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

[1] *EK-Prognose Nov. 2021; BR, IN: IWF-Prognose Oktober 2021.*

Fiskaldaten

	Budgetsalden						Staatsschulden					
				Prognose[1]						Prognose[1]		
	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	in % des BIP											
Belgien	−0,8	−1,9	−9,1	−7,8	−5,1	−4,9	99,9	97,7	112,8	112,7	113,1	114,6
Deutschland	1,9	1,5	−4,3	−6,5	−2,5	−0,5	61,3	58,9	68,7	71,4	69,2	68,1
Estland	−0,6	0,1	−5,6	−3,1	−2,5	−2,2	8,2	8,6	19,0	18,4	20,4	21,4
Irland	0,1	0,5	−4,9	−3,2	−1,7	−0,3	63,1	57,2	58,4	55,6	52,3	51,1
Griechenland	0,9	1,1	−10,1	−9,9	−3,9	−1,1	186,4	180,7	206,3	202,9	196,9	192,1
Spanien	−2,5	−2,9	−11,0	−8,1	−5,2	−4,2	97,5	95,5	120,0	120,6	118,2	116,9
Frankreich	−2,3	−3,1	−9,1	−8,1	−5,3	−3,5	97,8	97,5	115,0	114,6	113,7	112,9
Italien	−2,2	−1,5	−9,6	−9,4	−5,8	−4,3	134,4	134,3	155,6	154,4	151,4	151,0
Zypern	−3,5	1,3	−5,7	−4,9	−1,4	−0,9	98,4	91,1	115,3	104,1	97,6	93,4
Lettland	−0,8	−0,6	−4,5	−9,5	−4,2	−2,0	37,1	36,7	43,2	48,2	50,7	49,8
Litauen	0,5	0,5	−7,2	−4,1	−3,1	−1,1	33,7	35,9	46,6	45,3	44,1	46,0
Luxemburg	3,0	2,3	−3,5	−0,2	0,2	0,3	20,8	22,3	24,8	25,9	25,6	25,4
Malta	1,9	0,5	−9,7	−11,1	−5,8	−4,7	43,6	40,7	53,4	61,4	62,4	63,6
Niederlande	1,4	1,7	−4,2	−5,3	−2,1	−1,0	52,4	48,5	54,3	57,5	56,8	56,1
Österreich	0,2	0,6	−8,3	−5,9	−2,3	−1,3	74,0	70,6	83,2	82,9	79,4	77,6
Portugal	−0,3	0,1	−5,8	−4,5	−3,4	−2,8	121,5	116,6	135,2	128,1	123,9	122,7
Slowenien	0,7	0,4	−7,7	−7,2	−5,2	−4,4	70,3	65,6	79,8	77,7	76,4	76,0
Slowakische Republik	−1,0	−1,3	−5,5	−7,3	−4,2	−3,2	49,6	48,1	59,7	61,8	60,0	59,1
Finnland	−0,9	−0,9	−5,5	−3,8	−2,4	−1,1	59,8	59,5	69,5	71,2	71,2	71,0
Euroraum	−0,4	−0,6	−7,2	−7,1	−3,9	−2,4	87,5	85,5	99,3	100,0	97,9	97,0
Bulgarien	1,7	2,1	−4,0	−3,6	−2,8	−2,1	22,1	20,0	24,7	26,7	26,7	26,8
Tschechische Republik	0,9	0,3	−5,6	−7,0	−4,3	−3,9	32,1	30,0	37,7	42,4	44,3	46,3
Dänemark	0,8	4,1	−0,2	−0,9	1,3	1,4	34,0	33,6	42,1	41,0	38,8	38,0
Kroatien	0,2	0,3	−7,4	−4,1	−2,9	−2,1	73,3	71,1	87,3	82,3	79,2	77,9
Ungarn	−2,1	−2,1	−8,0	−7,5	−5,7	−3,8	69,1	65,5	80,1	79,2	77,2	76,4
Polen	−0,2	−0,7	−7,1	−3,3	−1,8	−2,1	48,8	45,6	57,4	54,7	51,0	49,5
Rumänien	−2,9	−4,4	−9,4	−8,0	−6,9	−6,3	34,7	35,3	47,4	49,3	51,8	53,2
Schweden	0,8	0,6	−2,8	−0,9	0,3	0,9	38,9	34,9	39,7	37,3	34,2	31,2
EU	−0,4	−0,5	−6,9	−6,6	−3,6	−2,3	81,0	78,8	91,8	92,1	90,0	89,1
Türkei	−2,8	−4,4	−4,7	−3,6	−3,5	−3,1	30,4	32,6	39,7	39,1	38,9	38,7
Vereinigtes Königreich	−2,2	−2,3	−12,9	−10,1	−5,5	−4,5	84,5	83,8	102,3	103,0	103,9	104,9
USA	−6,2	−6,6	−15,8	−11,4	−7,9	−6,8	107,0	108,5	127,0	129,3	128,6	129,8
Japan	−2,5	−2,9	−10,9	−9,1	−5,0	−3,9	232,5	234,9	253,9	256,8	253,9	253,2
Schweiz	1,3	1,3	−2,8	−1,0	−0,3	−0,0	31,2	25,9	27,9	27,9	27,2	26,3
Russland	3,2	2,6	−4,6	−0,7	−0,4	−0,5	13,5	14,0	19,4	17,6	16,0	14,9
Brasilien	−7,1	−5,9	−13,4	−6,2	−7,4	..	85,6	87,7	98,9	90,6	90,2	..
China	−4,7	−6,3	−11,2	−7,5	−6,8	..	53,8	57,1	66,3	68,9	72,1	..
Indien	−6,4	−7,4	−12,8	−11,3	−9,7	..	70,4	74,1	89,6	90,6	88,8	..

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

[1] *EK-Prognose Nov. 2021; BR, CN, IN: IWF-Prognose Okt. 2021.*

Prognose und Szenarien wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

Aktuelle Prognose	OeNB			WIFO		IHS		OECD			IWF		EU-Kommission		
	Juni 2021			Oktober 2021		Oktober 2021		Dezember 2021			Oktober 2021		November 2021		
	2021	2022	2023	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2023	2021	2022	2021	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in %														
BIP, real	3,9	4,2	1,9	4,4	4,8	4,5	4,5	4,1	4,6	2,5	3,9	4,5	4,4	4,9	1,9
Privater Konsum, real	4,0	5,8	1,8	4,5	6,0	4,0	4,9	3,7	5,8	2,6	×	×	4,2	6,3	2,4
Öffentlicher Konsum, real	2,1	0,5	0,8	2,4	−0,8	2,3	0,8	3,1	0,2	0,5	×	×	3,4	−0,1	0,4
Bruttoanlageinvestitionen, real	4,7	3,3	1,8	8,2	4,1	7,1	3,8	7,9	4,4	2,9	×	×	8,3	4,2	2,3
Exporte, real	7,1	6,4	3,4	8,6	8,9	9,4	7,7	10,4	8,1	5,6	7,7	5,3	8,4	9,0	5,4
Importe, real	7,4	6,3	3,0	9,9	8,2	9,4	6,6	11,6	6,9	5,3	8,4	4,6	9,9	8,1	5,7
Arbeitsproduktivität[1]	2,8	2,8	1,2	−1,9	0,9	2,1	2,5	×	×	×	×	×	2,6	3,0	1,2
BIP Deflator	2,3	1,9	1,6	2,2	2,5	1,3	1,8	1,6	2,8	2,1	2,3	2,3	1,8	2,2	2,1
VPI	×	×	×	2,8	3,0	2,6	2,3	×	×	×	×	×	×	×	×
HVPI	2,0	1,8	1,8	2,8	3,0	2,6	2,3	2,8	3,0	2,3	2,5	2,4	2,7	2,5	2,0
Lohnstückkosten	−0,6	0,1	1,4	−0,4	0,4	−0,6	0,0	×	×	×	×	×	−0,5	−0,7	1,8
Beschäftigte[2]	1,1	1,4	0,7	2,3	1,9	2,4	2,0	×	×	×	0,6	1,0	1,7	1,9	0,6
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition														
Arbeitslosenquote[3]	5,2	4,8	4,6	8,2	7,4	6,4	5,8	5,0	4,7	4,5	6,4	6,0	5,0	4,6	4,5
	in % des nominellen BIP														
Leistungsbilanz	2,1	2,2	2,4	−0,1	0,0	×	×	−0,2	0,1	0,3	1,6	2,0	−0,1	−0,2	−0,5
Finanzierungssaldo des Staates	−6,9	−2,8	−2,0	−6,3	−1,9	−6,7	−2,8	−6,3	−2,3	−1,1	−5,8	−2,9	−5,9	−2,3	−1,3
	Prognoseannahmen														
Erdölpreis in USD/Barrel	65,8	64,6	61,9	69,0	69,0	70,0	71,5	80,0	80,0	80,0	65,7	64,5	71,6	78,9	72,3
Kurzfristiger Zinssatz in %	−0,5	−0,5	−0,3	−0,5	−0,4	−0,5	−0,5	×	×	×	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	−0,3
USD/EUR-Wechselkurs	1,21	1,21	1,21	1,19	1,13	1,19	1,19	1,16	1,16	1,16	1,19	1,21	1,19	1,16	1,16
	Veränderung zum Vorjahr in %														
BIP, real Euroraum	4,6	4,7	2,1	4,8	4,7	4,8	4,5	5,2	4,3	2,5	5,0	4,3	5,0	4,3	2,4
BIP, real USA	6,6	3,8	2,3	6,1	4,0	5,8	4,0	5,6	3,7	2,4	6,0	5,2	5,8	4,5	2,4
BIP, real Welt	6,0	4,3	3,5	×	×	5,5	4,4	5,6	4,5	3,2	5,9	4,9	5,7	4,5	3,5
Welthandel[4]	10,0	5,5	3,7	×	×	10,4	3,2	9,3	4,9	4,5	9,7	6,7	9,1	6,4	4,7

[1] OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem. - [2] WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.
[3] Wifo: in % der unselbstständigen Erwerbspersonen. Nationale Definition. - [4] IHS: Waren laut CPB, EK: Weltimporte.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

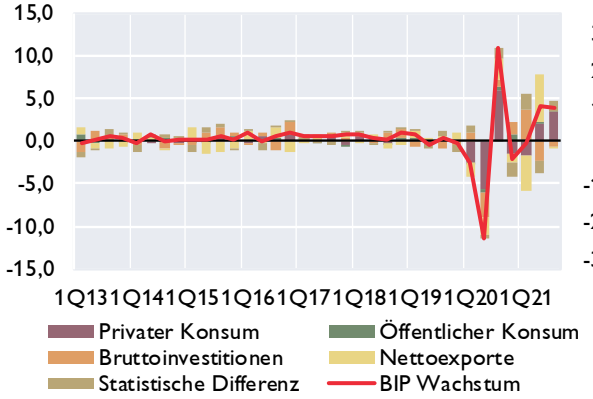
	2019	2020	2020 Q4	2021 Q1	2021 Q2	2021 Q3	2021 Q4	2021 Aug.	2021 Sep.	2021 Okt.	2021 Nov.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	1,5	1,4	1,1	1,5	2,6	3,1	..	3,2	3,3	3,7	4,1*)
Kerninflation (o.Energie u.unb.Lebensmittel)	1,6	2,0	0,6	1,7	2,0	2,2	..	2,3	2,3	2,4	..
Nationaler VPI	1,5	1,4	1,3	1,3	2,5	3,1	..	3,2	3,2	3,7	..
Deflator des privaten Konsums	1,8	1,4	1,2	1,5	2,4	2,4	..	×	×	×	×
BIP Deflator	1,6	2,4	2,0	1,9	0,7	2,3	..	×	×	×	×
Erzeugerpreisindex	0,1	−1,6	−1,3	1,1	5,8	9,6	..	9,5	10,6	13,9	..
Großhandelspreisindex	0,0	−4,1	−3,9	3,0	10,3	12,5	..	12,0	13,5	15,8	..
Tariflohnindex	3,0	2,3	2,4	1,7	1,7	1,6	..	1,6	1,6	1,6	..
BIP je Erwerbstätigen	1,8	−2,8	−2,2	−1,4	8,3	4,7	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	2,5	7,4	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	3,8	5,9	×	×	×	×	×	×	×	×	×
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	1,5	−6,8	−2,0	−0,4	4,2	3,8	..	×	×	×	×
Privater Konsum	0,7	−8,4	−3,1	−3,5	4,0	7,0	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	1,5	−0,4	4,1	0,5	1,7	0,5	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	4,8	−5,0	−0,6	4,7	0,8	−2,8	..	×	×	×	×
Exporte	3,4	−11,5	2,3	−1,6	13,5	−2,3	..	×	×	×	×
Importe	1,9	−9,3	4,4	5,9	3,4	−2,1	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)										
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	1,5	−6,7	−5,7	−5,0	13,0	5,7	..	×	×	×	×
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,0	−5,1	−4,1	−2,3	8,0	3,7	..	×	×	×	×
Nettoexporte	0,9	−1,2	−2,6	−5,8	2,7	−0,2	..	×	×	×	×
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	−0,4	−0,4	1,0	3,1	2,3	2,2	..	×	×	×	×
	Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)										
Exporte	2,3	−7,1	−2,0	4,5	31,4	..	..	19,8	..	..	..
Importe	1,1	−8,5	−1,0	7,8	40,5	..	..	24,8	..	..	..
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz										
Güter- und Dienstleistungen	13,2	10,9	1,7	0,5	0,2	..	..	×	×	×	×
Reiseverkehr	10,1	8,2	0,2	0,1	0,3	..	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz	8,3	7,2	0,7	−1,3	−1,4	..	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz in % des BIP	2,1	1,9	0,7	−1,4	−1,4	..	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	103,4	87,5	88,0	95,3	118,9	120,9	..	121,7	117,4	120,6	118,0
Industrievertrauen (%-Saldo)	−5,3	−16,1	−12,4	−4,2	15,6	15,5	..	16,9	13,4	15,5	14,8
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	0,4	−6,0	0,4	3,4	22,8	7,8	..	9,2	4,6	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	86,6	79,2	80,8	82,2	87,1	89,7	88,5	×	×	×	×
Bauvertrauen (%-Saldo)	11,7	0,4	−0,8	7,1	22,5	23,1	..	24,0	26,0	23,6	18,2
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	16,4	−12,3	−12,5	−7,9	23,4	26,4	..	26,4	19,9	26,2	24,5
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	−2,7	−10,1	−13,1	−10,1	−4,1	−1,3	..	−0,3	−3,4	−1,6	−3,9
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	−11,5	−26,4	−28,9	−30,5	0,8	9,8	..	9,4	10,0	2,2	5,5
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	1,2	0,7	0,4	2,6	8,1	−0,8	..	1,3	−1,3	..	..
	Arbeitsmarktentwicklung										
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	1,5	−2,1	−2,0	−0,9	4,4	2,5	..	2,6	2,5	2,9	2,9
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	−3,5	35,9	29,0	7,8	−31,8	−24,0	..	−23,0	−22,4	−24,8	−26,0
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	7,4	9,9	9,8	10,5	7,8	6,7	..	6,9	6,5	6,5	7,0
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	4,8	6,1	6,3	7,0	6,7	5,7	..	5,9	5,2	5,8	..
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	4,6	9,6	9,0	8,5	7,2	6,0	..	5,5	6,7	6,0	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	6,2	6,0	6,1	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	2,8	−7,5	3,0	3,6	2,2	3,6	..	3,6	3,6	4,2	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	−0,4	−0,4	−0,5	−0,5	−0,5	−0,5	−0,6	−0,5	−0,5	−0,5	−0,6
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	0,1	−0,2	−0,4	−0,2	0,0	−0,1	..	−0,2	−0,1	0,1	−0,0
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	3 032	2 412	2 411	3 030	3 366	3 558	..	3 589	3 642	3 743	3 811
	Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP										
Finanzierungssaldo des Bundessektors	0,4	−7,5	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Finanzierungssaldo des Staates	0,6	−8,3	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Schulden des Staates	70,6	83,2	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Macrobond, OeKB, EU-Kommission, EZB. **) Schnellschätzung.*

Österreich: Wirtschaftsindikatoren – aktuelle Entwicklung (II)

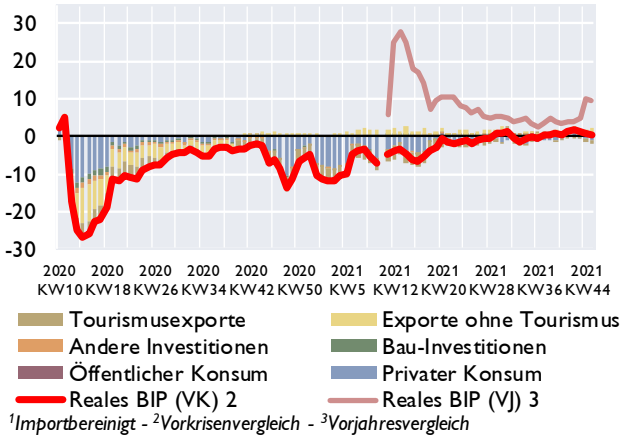
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



Wöchentlicher BIP-Indikator 2020/2021

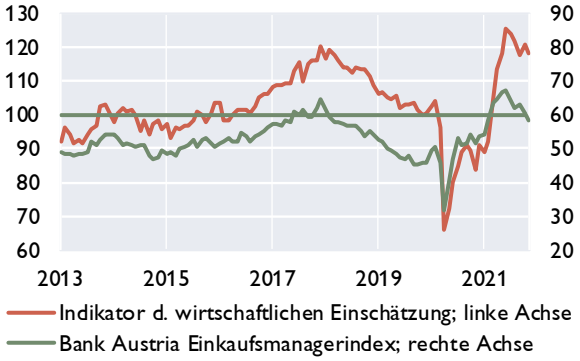
Veränderung d. realen BIP z.VJ in %; Wachstumsbeiträge[1] in %Pkt



[1]Importbereinigt - [2]Vorkrisenvergleich - [3]Vorjahresvergleich

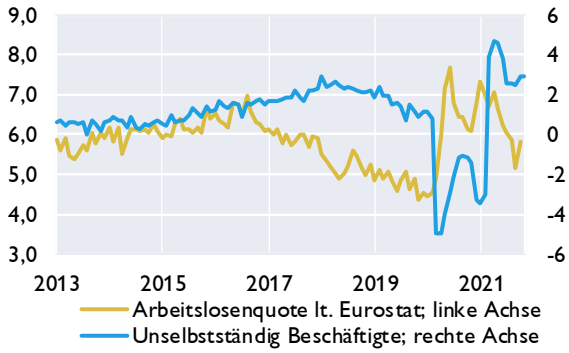
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50[1]*



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2]

Salden	2018	2019	2020	2Q20	3Q20	4Q20	1Q21	2Q21
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	3,5	8,3	7,2	−0,7	2,3	0,7	−1,3	−1,4
Güter	1,1	3,8	3,0	0,3	0,9	0,9	0,6	0,2
Dienstleistungen	9,9	9,3	7,9	0,0	2,2	0,8	0,0	0,0
Primäreinkommen	−3,8	−1,4	−0,4	−0,2	−0,4	0,1	−0,4	−1,0
Sekundäreinkommen	−3,8	−3,4	−3,3	−0,8	−0,4	−1,0	−1,4	−0,6
Vermögensübertragungen	−2,3	−0,1	−0,4	0,0	0,0	−0,2	0,0	−0,1
Kapitalbilanz	4,6	17,2	2,3	−4,4	2,8	−2,5	2,5	−1,3
Direktinvestitionen	1,5	5,7	8,6	−1,9	4,9	2,1	1,3	−1,3
Portfolioinvestitionen	3,5	−3,4	−13,6	−12,7	6,7	0,4	−6,4	3,7
Finanzderivate	−0,8	1,4	1,1	0,3	0,6	0,6	0,2	0,2
Sonstige Investiitionen	−1,8	13,7	4,8	10,4	−9,3	−6,8	7,9	−3,8
Währungsreserven[3]	2,1	−0,2	1,5	−0,5	−0,1	1,2	−0,4	−0,2
Statistische Differenz	3,4	9,0	−4,5	−3,7	0,6	−3,0	3,9	0,2
Leistungsbilanz in % des BIP	0,9	2,1	1,9	−0,8	2,4	0,7	−1,4	−1,4

Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.

[1] Werte über 50 signalisieren Wachstum.

[2] Transaktionen; bis 2018 endgültige Daten, 2019 und 2020 revidierte Daten, 2021 provisorische Daten.

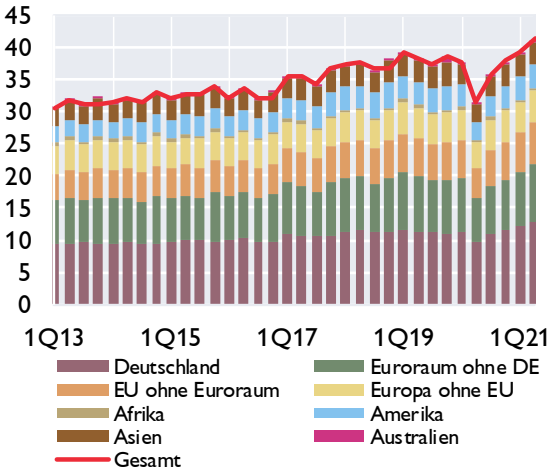
[3] OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2018	150 071	156 056	−5985,1	5,7	5,8
2019	153 502	157 817	−4315,6	2,3	1,1
2020	142 566	144 421	−1854,8	−7,1	−8,5
Jän.-Aug. 20	91 909	93 207	−1298,1	−9,9	−12,0
Jän.-Aug. 21	106 836	114 278	−7441,4	16,2	22,6
März 21	15 315	16 279	−964,6	18,3	26,4
Apr. 21	13 964	15 117	−1153,6	40,6	50,4
Mai 21	13 226	14 141	−915,4	34,1	37,0
Juni 21	14 059	15 821	−1762,0	21,3	35,2
Juli 21	14 112	14 728	−616,3	10,6	19,7
Aug. 21	12 238	13 548	−1309,6	19,8	24,8

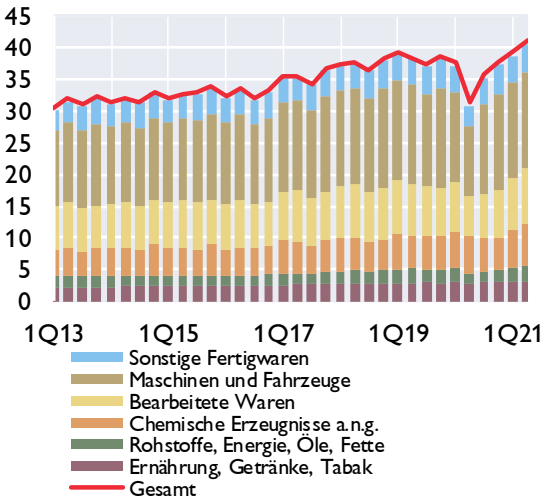
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

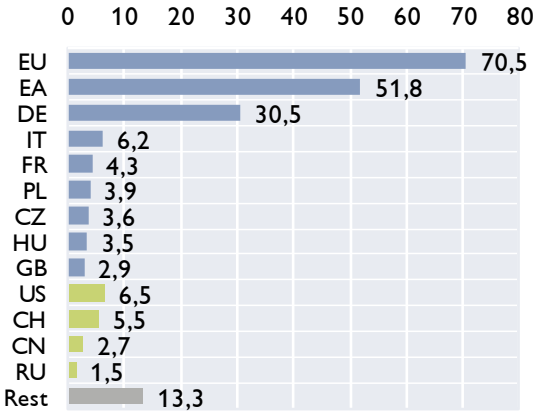
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2020

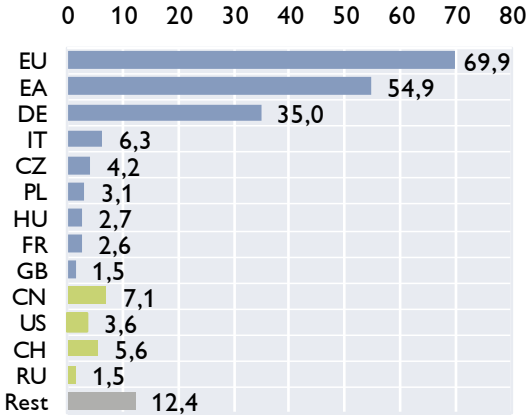
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



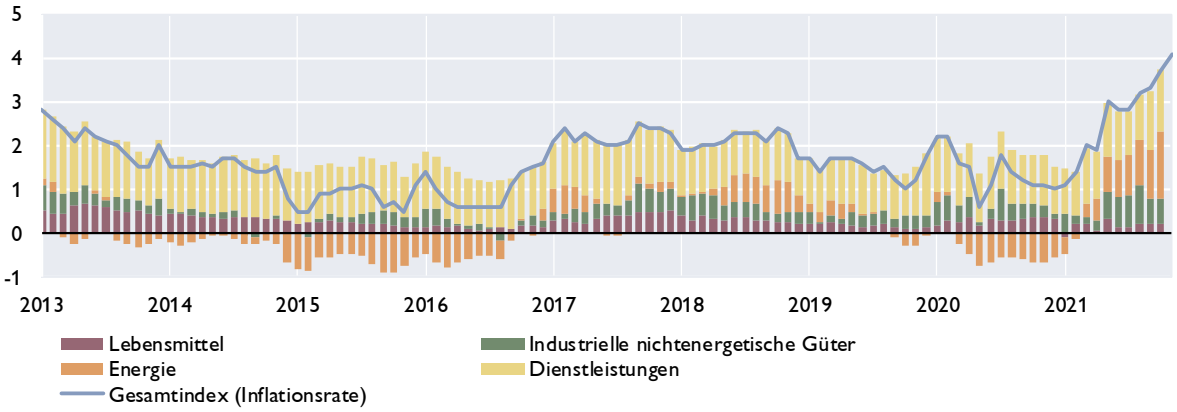
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2021	2019	2020	Jul.21	Aug.21	Sep.21	Okt.21	Nov.21
COICOP[1]-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	1,5	1,4	2,8	3,2	3,3	3,7	4,1*)
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	13,0	1,1	2,3	0,0	0,5	0,6	1,0	..
Alkoholische Getränke und Tabak	4,0	1,0	1,1	3,7	3,3	3,3	1,7	..
Bekleidung und Schuhe	5,5	0,8	−0,1	3,0	3,9	0,4	−0,7	..
Wohnung, Wasser, Energie	15,3	2,7	2,1	2,6	2,8	3,1	4,0	..
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	8,5	1,4	1,0	2,2	2,4	2,6	2,1	..
Gesundheitspflege	5,8	1,2	2,1	1,3	1,4	2,2	2,0	..
Verkehr	12,7	0,2	−1,9	6,7	7,5	8,9	11,2	..
Nachrichtenübermittlung	2,4	−2,7	−2,7	−2,8	−3,0	−3,1	−2,1	..
Freizeit und Kultur	9,9	1,3	1,9	1,9	2,2	3,5	4,3	..
Bildungswesen	1,2	2,6	1,9	1,9	2,0	2,4	1,8	..
Hotels, Cafes und Restaurants	13,4	2,8	3,4	3,7	4,1	4,4	5,0	..
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	8,2	1,8	2,0	1,1	1,0	0,8	1,0	..

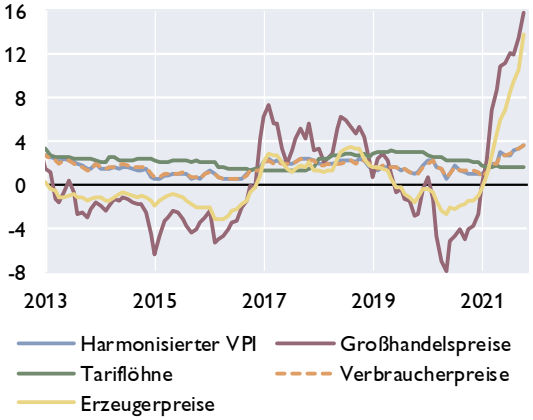
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2017	2018	2019	2020
Arbeitsproduktivität[1]	0,5	0,7	0,2	−5,0
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,6	2,7	2,9	0,6
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit[2]	1,0	1,7	−1,1	1,8
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	1,0	2,1	2,5	7,4
Sachgütererzeugung	−1,0	0,7	3,8	5,9

[1]In der Gesamtwirtschaft.
[2]Real-effektiver Wechselkursidex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO. [1] *Classification of Individual Consumption by Purpose.* **) Schnellschätzung.*

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2018	2019	2020	3Q20	4Q20	1Q21	2Q21	3Q21
Gesamt	**149 819**	**152 709**	**97 876**	**43 464**	**6 170**	**2 704**	**11 392**	**48 067**
Inländer	39 390	39 944	31 596	16 240	3 714	1 952	5 928	15 789
Ausländer	110 430	112 765	66 280	27 224	2 456	753	5 464	32 278
darunter								
Deutschland	56 114	56 683	38 508	19 112	1 152	194	3 916	21 384
Osteuropa	12 499	13 216	7 679	1 846	542	376	758	2 611
Niederlande	9 988	10 355	7 416	2 599	103	14	149	3 271
Schweiz	4 895	4 931	3 143	1 365	351	23	204	1 131
Vereinigtes Königreich	3 845	3 679	1 477	97	27	12	25	95
Italien	2 842	2 886	996	542	70	30	86	675
Belgien	2 818	2 897	1 737	680	17	4	41	936
Frankreich	1 815	1 809	791	322	36	11	44	375
Dänemark	1 573	1 649	1 058	109	7	4	14	243
USA	1 874	2 050	326	47	19	12	28	188
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**3,7**	**1,9**	**−35,9**	**−13,7**	**−76,3**	**−93,6**	**81,7**	**10,6**
Inländer	2,2	1,4	−20,9	18,5	−51,3	−75,5	61,4	−2,8
Ausländer	4,2	2,1	−41,2	−25,8	−86,6	−97,8	110,5	18,6

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2018	2019	2020	2Q20	3Q20	4Q20	1Q21	2Q21
Deutschland	9 007	9 224	6 031	341	2 543	302	97	608
Niederlande	1 262	1 349	1 002	10	277	16	4	17
Schweiz	1 402	1 432	1 029	94	392	111	12	170
Italien	779	850	350	23	150	31	26	39
CESEE[1]	3 000	3 217	1 983	222	460	238	195	327
Restl. Europa	2 394	2 506	1 299	24	200	40	24	42
Rest der Welt	1 715	1 915	430	19	48	27	19	31
Gesamt	**19 559**	**20 493**	**12 124**	**733**	**4 070**	**765**	**377**	**1 234**

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2018	2019	2020	2Q20	3Q20	4Q20	1Q21	2Q21
Deutschland	2 260	2 398	1 079	94	386	173	101	281
Italien	1 508	1 443	539	34	318	71	15	204
Kroatien	879	992	173	25	101	8	1	81
Europäische Mittelmeerländer[2]	1 099	1 164	339	21	176	49	24	136
Restl. Europa	2 847	2 977	1 341	123	497	255	142	238
Rest der Welt	1 426	1 390	454	7	52	56	37	14
Gesamt	**10 019**	**10 364**	**3 925**	**304**	**1 530**	**612**	**320**	**954**

[1] *Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.*

[2] *Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.*

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

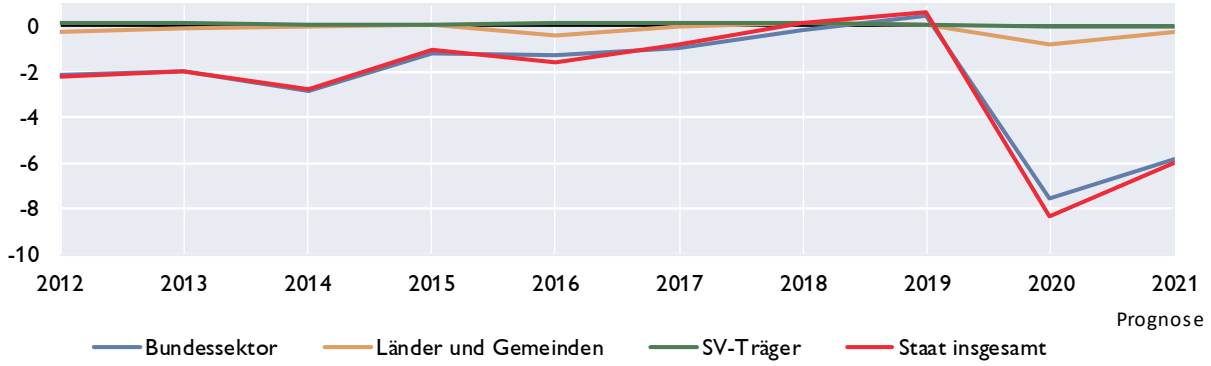
Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2017	−3,4	−0,1	0,5	−3,0	−0,9	−0,0	0,1	−0,8
2018	−0,5	0,7	0,5	0,7	−0,1	0,2	0,1	0,2
2019	1,8	0,4	0,2	2,4	0,4	0,1	0,0	0,6
2020	−28,5	−2,9	−0,1	−31,5	−7,5	−0,8	−0,0	−8,3
2021 1)	−23,4	−0,8	0,0	−24,2	−5,8	−0,2	0,0	−6,0

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

in % des BIP

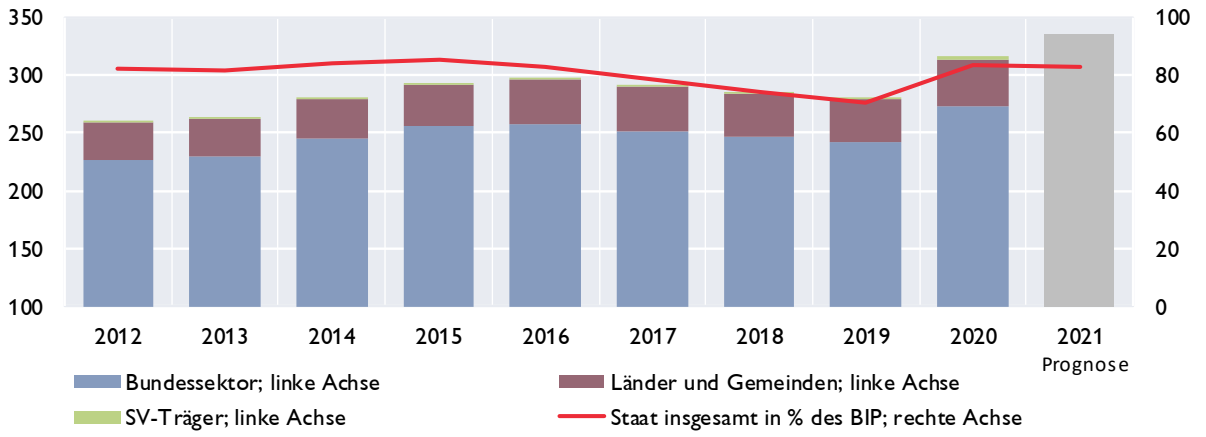


Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2017	251,2	37,9	0,9	290,0	68,0	10,3	0,2	78,5
2018	246,2	37,9	1,3	285,4	63,9	9,8	0,3	74,0
2019	241,9	37,6	1,0	280,5	60,9	9,4	0,3	70,6
2020	273,0	40,7	2,0	315,6	72,0	10,7	0,5	83,2
2021 1)	..	..	..	335,0	..	..	..	82,8

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

in Mrd EUR *in % des BIP*



1) BMF-Prognose (budgetäre Notifikation).

Quelle: Statistik Austria, BMF.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

Finanzierungshaushalt[1]	Jänner bis Oktober		Bundes-rechnungs-abschluss (BRA)	Bundesvor-anschlag (BVA)	Veränderung BVA 2021 / BRA 2020
Allgemeine Gebarung	2020	2021	2020	2021	
	in Mio EUR				in %
Auszahlungen	77 355	82 124	100 334	103 249	2,9
Einzahlungen	62 377	67 922	77 855	72 521	−6,9
Nettofinanzierungsbedarf[2]	−14 978	−14 202	−22 480	−30 728	−36,7

Abgaben des Bundes

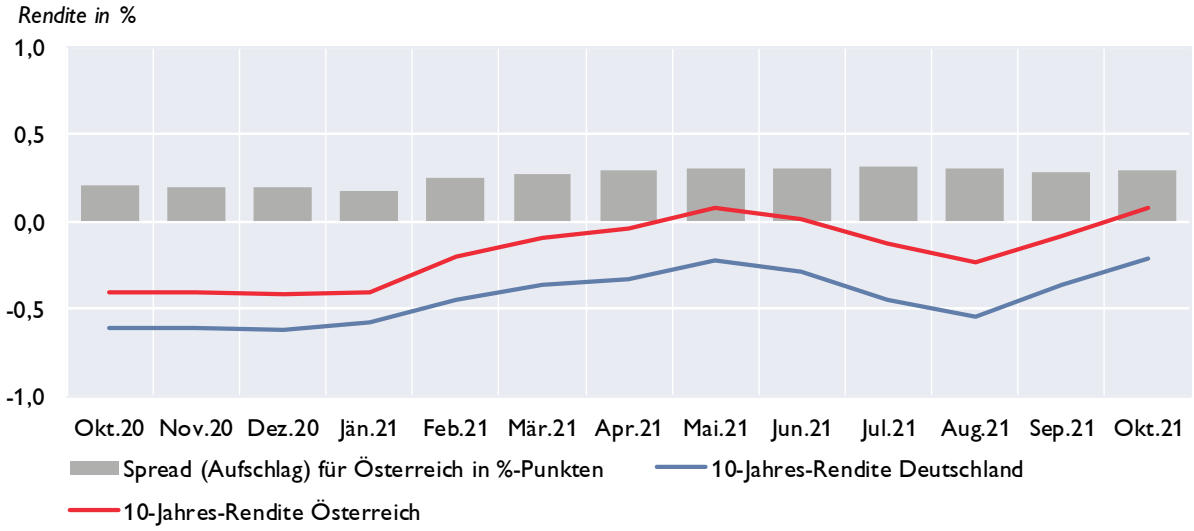
	Jänner bis Oktober		Bundes-rechnungs-abschluss (BRA)	Bundesvor-anschlag (BVA)	Veränderung BVA 2021 / BRA 2020
	2020	2021	2020	2021	
	in Mio EUR				in %
Einkommen- und Vermögensteuern	30 693	37 208	39 460	39 350	−0,3
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	*1 509*	*2 634*	*2 982*	*2 500*	*−16,1*
Körperschaftsteuer	*4 757*	*6 984*	*6 334*	*6 000*	*−5,3*
Lohnsteuer	*22 196*	*24 217*	*27 254*	*28 100*	*3,1*
Kapitalertragsteuern	*1 942*	*3 217*	*2 580*	*2 550*	*−1,2*
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	32 982	36 782	40 951	42 182	3,0
davon: Umsatzsteuer	*22 264*	*25 172*	*27 563*	*28 000*	*1,6*
Öffentliche Abgaben brutto	65 089	75 945	81 807	82 050	0,3
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	24 498	27 275	30 045	30 642	2,0
Überweisungen an die Europäische Union	2 648	3 389	3 478	3 700	6,4
Öffentliche Abgaben netto[3]	37 944	45 281	48 285	47 708	−1,2

[1] *Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.*

[2] *Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.*

[3] *Steuereinnahmen des Bundes.*

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



Quelle: BMF, EZB.

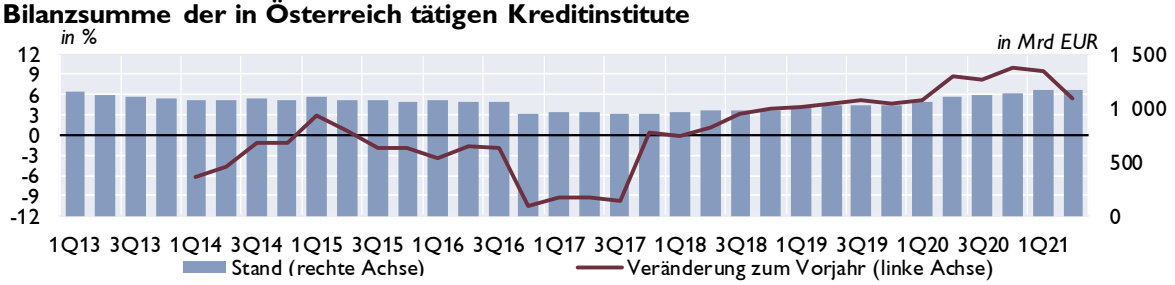
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute[1]

Vermögenslage	2. Quartal 2020	2. Quartal 2021	Differenz zur Vergleichsperiode	
AKTIVA	in Mio EUR			in %
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	125 139	194 914	69 775	55,8
Darlehen und Kredite	756 148	764 260	8 112	1,1
Schuldverschreibungen	141 829	139 095	−2 734	−1,9
Eigenkapitalinstrumente	6 440	8 439	1 999	31,0
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	24 082	18 229	−5 853	−24,3
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	20 506	21 498	992	4,8
Materielle Vermögenswerte	11 759	10 905	−854	−7,3
Immaterielle Vermögenswerte	2 874	2 962	88	3,1
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	18 237	8 326	−9 911	−54,3
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 107 015	1 168 625	61 610	5,6
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	66 260	95 482	29 222	44,1
Einlagen von Kreditinstituten	107 413	109 969	2 556	2,4
Einlagen von Nichtbanken	630 692	671 022	40 330	6,4
Begebene Schuldverschreibungen	152 785	149 653	−3 132	−2,0
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	17 037	12 296	−4 741	−27,8
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	816	1 198	382	46,8
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital[2)]	0	0	-	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten[2)]	435	1	−434	−99,8
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	26 711	17 387	−9 324	−34,9
Rückstellungen	12 925	12 508	−417	−3,2
Eigenkapital und Minderheitenanteile	91 941	99 109	7 168	7,8
**hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis [2)]*	*−7 854*	*−8 463*	*−609*	*−7,8*
**hievon: Minderheitenanteile*	*6 307*	*6 817*	*510*	*8,1*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 107 015	1 168 625	61 610	5,6

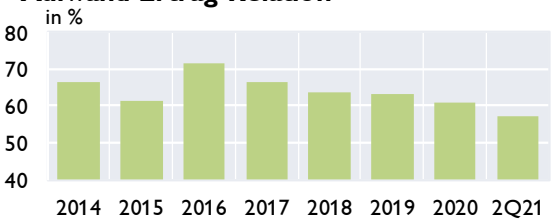
Ab Berichtstermin März 2021 sind Unternehmen, die bloß nach BWG (aber nicht nach CRR) Kreditinstitute sind (u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften und Betriebliche Vorsorgekassen) nicht mehr enthalten.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.

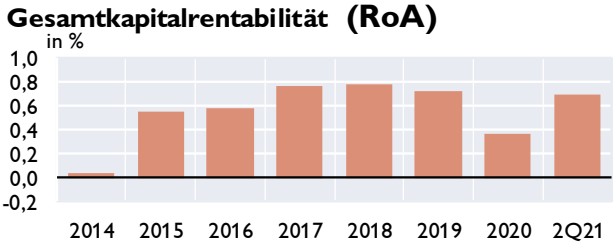
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Quelle: OeNB. *Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen (unterjährig annualisiert).*

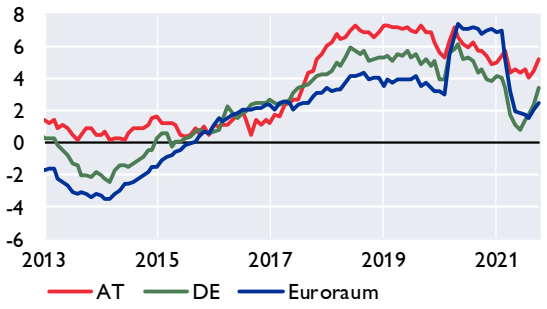
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %		Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %	
2018	161,9	5 747	3,5	3,2	153,0	4 393	6,9	4,1
2019	168,8	5 938	4,2	3,6	162,9	4 463	6,2	3,2
2020	174,5	6 126	3,6	3,1	169,8	4 710	5,0	7,1
Jän.21	174,4	6 128	3,5	3,0	170,4	4 716	5,0	6,9
Feb.21	174,4	6 138	3,6	3,0	171,7	4 727	5,5	7,0
Mär.21	175,6	6 166	3,9	3,3	174,9	4 778	5,7	5,2
Apr.21	175,8	6 179	4,4	3,8	174,2	4 756	4,3	3,2
Mai.21	177,0	6 204	4,8	3,9	175,0	4 759	4,6	1,9
Jun.21	178,2	6 246	4,7	4,0	175,1	4 754	4,4	1,9
Jul.21	179,0	6 280	4,7	4,2	176,0	4 763	4,5	1,7
Aug.21	179,9	6 293	4,7	4,2	176,2	4 750	4,1	1,5
Sep.21	181,2	6 316	4,8	4,1	177,7	4 763	4,5	2,1
Okt.21	181,6	6 339	4,8	4,1	179,4	4 786	5,2	2,5

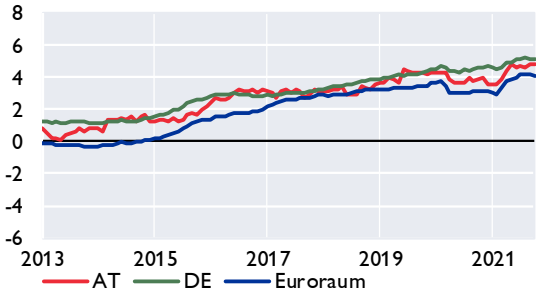
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



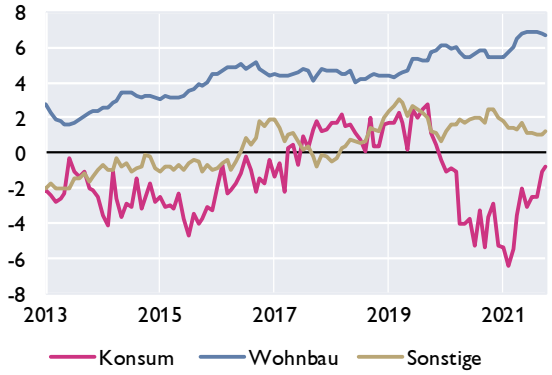
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



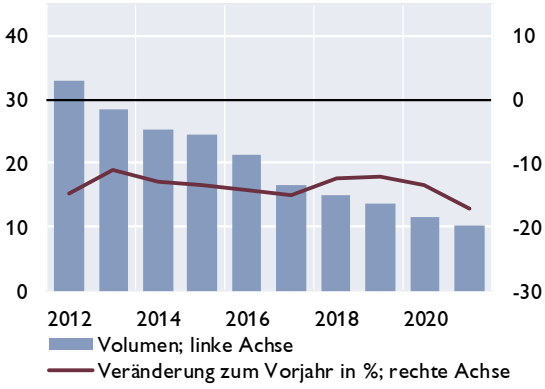
Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR in %

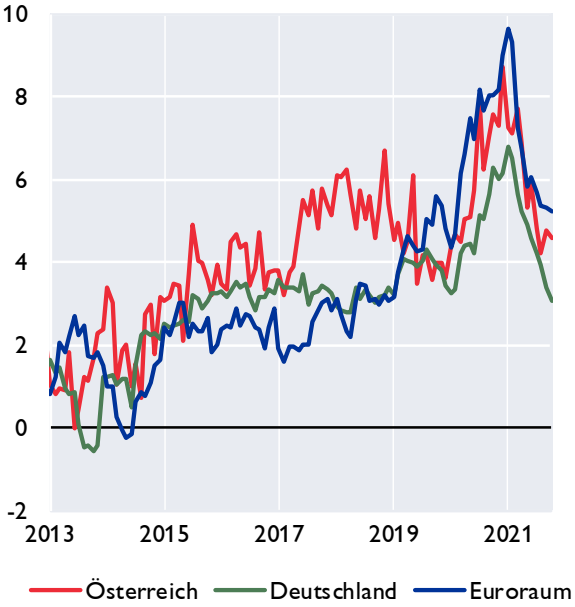


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

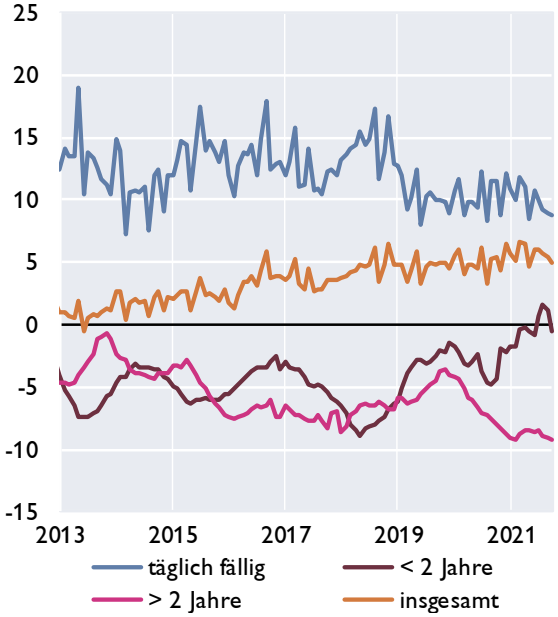
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



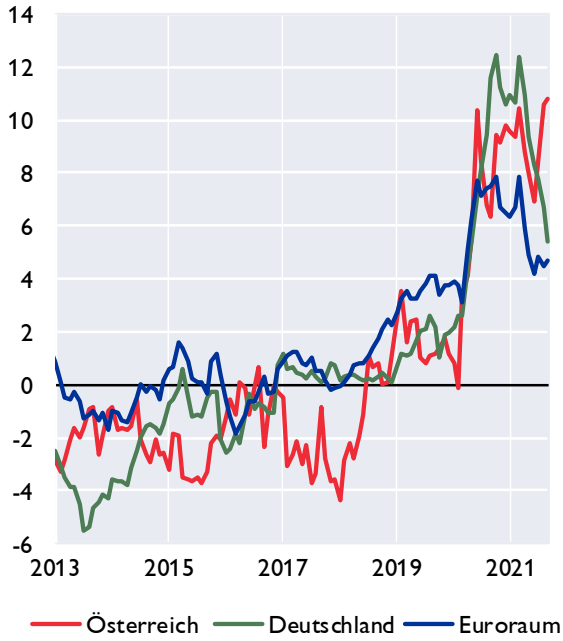
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



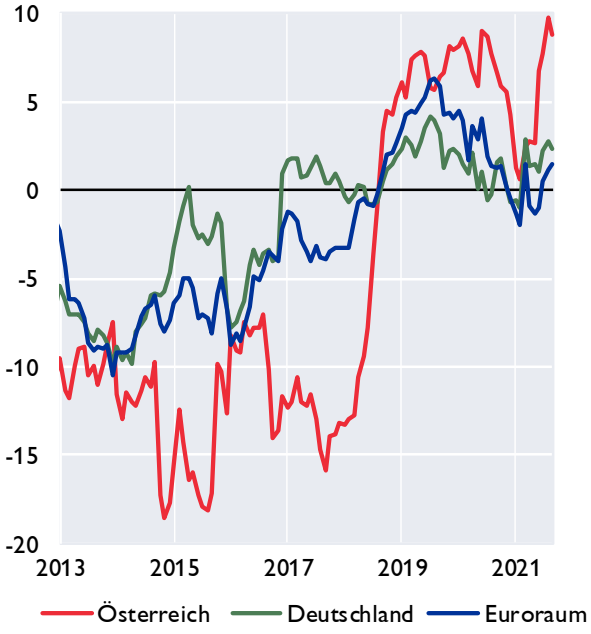
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

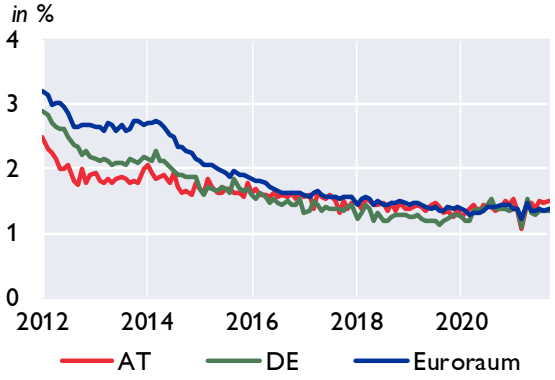


Quelle: OeNB, EZB

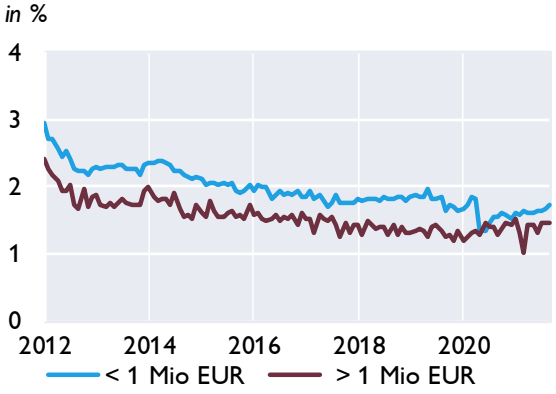
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

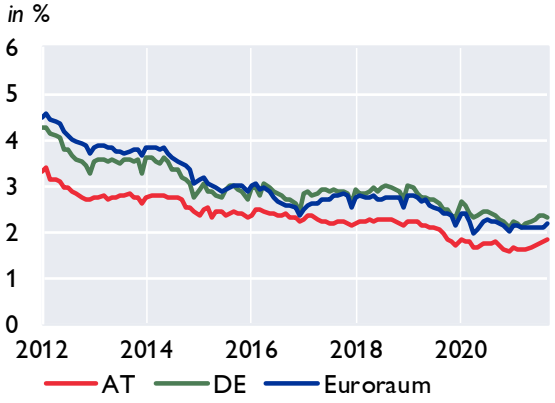


Nach Kredithöhe in Österreich

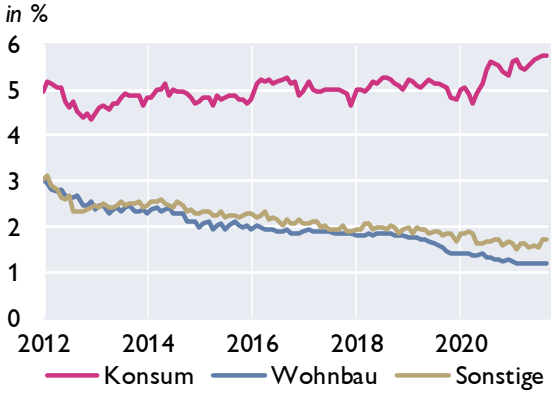


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

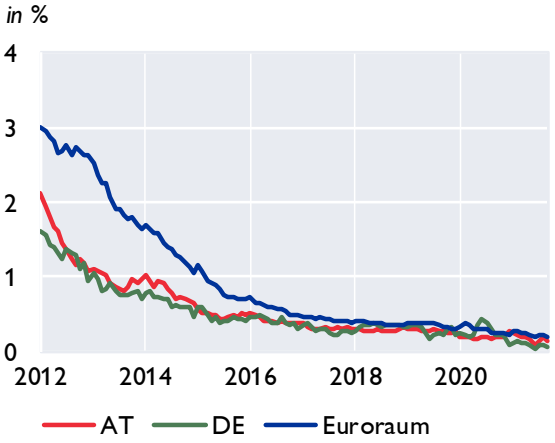


Nach Verwendungszweck in Österreich

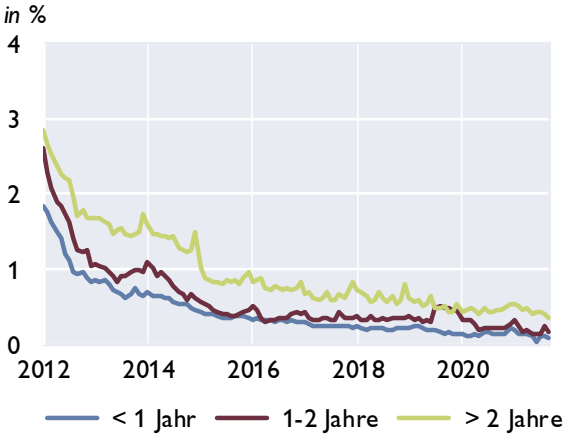


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute[1]

Ertragslage	2. Quartal 2020 in Mio EUR	2. Quartal 2021	Differenz zur Vergleichsperiode	in %
Zinsergebnis, netto	7 824	7 814	−10	−0,1
**hievon: Zinsen und ähnliche Erträge*	*11 583*	*10 937*	*−646*	*−5,6*
**hievon: (Zinsen und ähnliche Aufwendungen)*	*3 759*	*3 124*	*−635*	*−16,9*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[2)]	0	0	-	-
Dividendenerträge	151	235	84	55,6
Provisionsergebnis, netto	3 487	3 858	371	10,6
**hievon: Provisionserträge*	*4 645*	*4 997*	*352*	*7,6*
**hievon: (Provisionsaufwand)*	*1 158*	*1 139*	*−19*	*−1,6*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	9	61	52	>500%
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto	0	−2	−2	-
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	276	−362	−638	R
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto[2)]	−55	37	92	A
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP	−238	668	906	A
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nicht finanzieller Vermögenswerte, netto	7	16	9	128,6
Sonstige betriebliche Erträge	1 634	1 836	202	12,4
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	1 193	1 379	186	15,6
Betriebserträge, netto	**11 902**	**12 783**	**881**	**7,4**
(Verwaltungsaufwendungen)	6 834	6 644	−190	−2,8
**hievon: (Personalaufwendungen)*	*4 246*	*4 182*	*−64*	*−1,5*
**hievon: (Sachaufwendungen)*	*2 589*	*2 462*	*−127*	*−4,9*
(Barbeiträge zu Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen)[3)]	389	560	171	44,0
(Abschreibungen)	670	685	15	2,2
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)	43	3	−40	−93,0
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen)	693	−39	−732	R
Betriebsergebnis	**3 273**	**4 929**	**1 656**	**50,6**
(Zahlungsverpflichtungen gegenüber Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen)[3)]	100	112	12	12,0
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	102	23	−79	−77,5
(Sonstige Rückstellungen)	40	97	57	142,5
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel)	1 604	306	−1 298	−80,9
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	22	−16	−38	R
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert	5	0	−5	−100,0
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	132	570	438	331,8
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[2)]	11	−5	−16	R
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS[2)]	−67	−18	49	73,1
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**1 486**	**4 952**	**3 466**	**233,2**
(Ertragssteuern)	498	906	408	81,9
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	**989**	**4 047**	**3 058**	**309,2**
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder	4	11	7	175,0
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[2)]	1	1	-	-
(Den Minderheitenanteilen zurechenbar)	106	312	206	194,3
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**887**	**3 746**	**2 859**	**322,3**

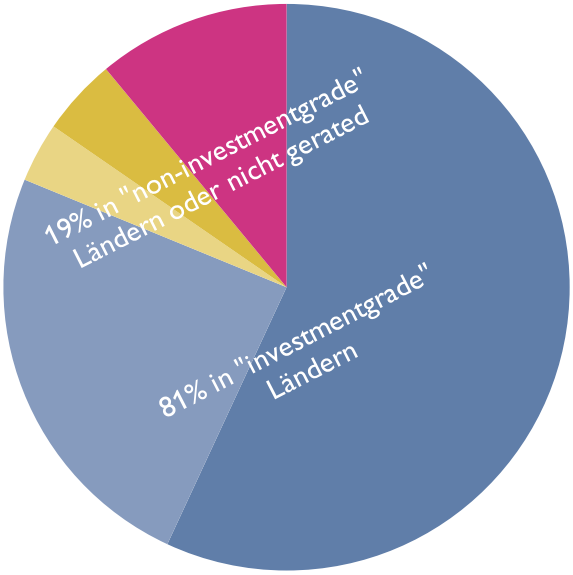
Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt

Quelle: OeNB.

Ab Berichtstermin März 2021 sind Unternehmen, die bloß nach BWG (aber nicht nach CRR) Kreditinstitute sind (u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften und Betriebliche Vorsorgekassen) nicht mehr enthalten.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.. - 3) In dieser Position sind nur Daten von Kreditinstitutsgruppen bzw. Einzelkreditinstituten, die gemäß Artikel 9 der Durchführungsverordnung 680/2014 oder Artikel 5, 7 und 11 der EZB-VO 2015/534 (mit Ausnahme jener nach Artikel 11 Absatz 6) melden, enthalten.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	21Q2
	in Mio EUR						
Tschechische Republik	48 558	55 827	69 914	75 815	77 843	78 868	95 363
Slowakei	29 261	30 149	31 127	33 256	35 985	40 627	46 314
Rumänien	23 498	24 454	24 555	25 737	27 531	30 367	30 744
Kroatien	18 167	17 147	16 841	17 328	17 811	19 202	25 629
Ungarn	14 263	14 485	15 901	16 817	18 590	21 240	21 726
Polen	19 121	16 574	16 311	7 985	8 460	8 446	8 614
Republik Serbien	4 029	4 210	4 579	5 376	5 344	5 387	8 349
Slowenien	4 716	4 488	4 805	4 823	6 155	7 227	7 812
Bosnien Herzgowina	3 238	3 277	3 337	3 620	3 800	3 990	5 188
Bulgarien	3 368	3 476	3 759	4 173	4 624	4 931	5 072
Republik Montenegro	346	405	811	892	954	964	3 037
Türkei	889	924	859	737	642	616	1 314
Mazedonien	292	330	345	396	1 107	1 237	946
Litauen	131	124	164	171	253	318	343
Aserbeidschan	239	293	267	244	213	149	294
Estland	14	17	14	14	37	46	101
Lettland	77	132	119	140	148	317	77
Andere	16 190	16 958	16 504	19 553	23 778	19 636	7 649
Gesamt	186 397	193 269	210 215	217 078	233 275	243 569	268 571

Anmerkung: Werte ab 1Q17 sind brutto dargestellt und somit nur bedingt mit den vorhergehenden Werten vergleichbar.

Nur Forderungen von Banken in mehrheitlich österreichischem Besitz dargestellt.

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 2. Quartal 2021	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Geldvermögen	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	15 371	*15 371*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2 084
Bargeld	723	13 073	*13 028*	*0*	*44*	*1*	*0*	26 870	0	4 051
Täglich fällige Einlagen	73 546	231 087	*207 868*	*7 784*	*10 934*	*3 862*	*638*	192 830	7 153	81 220
Sonstige Einlagen	20 451	224 946	*212 426*	*872*	*10 978*	*329*	*341*	94 501	1 338	42 154
Kurzfristige Kredite	36 737	63 850	*54 263*	*29*	*7 626*	*1 926*	*6*	2 834	0	26 243
Langfristige Kredite	114 459	465 394	*432 480*	*179*	*26 756*	*5 940*	*39*	163	0	86 589
Handelskredite	52 566	88	*35*	*0*	*53*	*0*	*0*	10	6	20 019
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	41	5 156	*4 818*	*318*	*10*	*10*	*0*	542	0	22 153
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	4 994	348 842	*209 707*	*85 097*	*2 780*	*50 322*	*937*	23 005	1 130	332 586
Börsennotierte Aktien	34 776	66 994	*4 660*	*42 908*	*18 008*	*1 416*	*0*	36 474	1 285	55 387
Nicht börsennotierte Aktien	40 438	66 516	*23 417*	*208*	*28 363*	*14 499*	*29*	8 064	6	23 088
Investmentzertifikate	17 579	180 218	*15 443*	*74 005*	*24 370*	*37 658*	*28 741*	78 589	3 252	29 081
Sonstige Anteilsrechte	173 595	102 962	*38 828*	*2 335*	*56 230*	*5 569*	*0*	155 152	2 390	131 124
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	80 485	x	1 710
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	3 551	3 458	*0*	*0*	*0*	*3 458*	*0*	4 519	0	1 057
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	50 681	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	15 462	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	12 786	19 124	*10 224*	*331*	*6 588*	*1 294*	*688*	11 816	258	7 271
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	586 240	1 807 078	*1 242 569*	*214 066*	*192 739*	*126 284*	*31 419*	781 998	16 818	865 817
Geldvermögensbildung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	11	*11*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	0
Bargeld	-20	2 469	*2 473*	*0*	*-4*	*0*	*0*	313	0	143
Täglich fällige Einlagen	7 713	58 903	*56 603*	*153*	*925*	*1 266*	*-43*	18 767	622	-846
Sonstige Einlagen	-2 982	7 590	*10 130*	*-220*	*-2 133*	*-69*	*-117*	-2 866	-16	-2 735
Kurzfristige Kredite	3 171	-5 293	*-5 083*	*17*	*-47*	*-181*	*1*	524	0	-7 926
Langfristige Kredite	302	9 232	*14 988*	*-6*	*-6 496*	*749*	*-3*	29	0	-5 663
Handelskredite	-389	9	*5*	*0*	*4*	*0*	*0*	5	-3	1 153
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-120	681	*903*	*-214*	*-18*	*10*	*0*	-1 009	-5	2 995
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-355	25 111	*24 499*	*2 821*	*-30*	*-2 325*	*146*	-2 165	-66	1 992
Börsennotierte Aktien	175	5 796	*304*	*5 182*	*192*	*118*	*0*	1 367	33	-25
Nicht börsennotierte Aktien	437	-694	*-506*	*292*	*-1 192*	*721*	*-8*	2	-8	1 482
Investmentzertifikate	2 666	9 106	*-370*	*6 579*	*1 767*	*358*	*772*	6 682	229	2 955
Sonstige Anteilsrechte	-2 365	-1 850	*178*	*174*	*-2 257*	*55*	*0*	1 057	1	-8 343
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	-817	x	-98
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	57	310	*0*	*0*	*0*	*310*	*0*	72	0	91
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	297	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	1 023	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	1 520	-935	*-438*	*-20*	*-682*	*-53*	*259*	-127	-17	-685
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	9 811	110 447	*103 696*	*14 758*	*-9 971*	*958*	*1 007*	23 155	769	-15 509
Nettogeldvermögen	-335 072	27 656	*43 392*	*-6 881*	*-27 243*	*12 228*	*6 160*	575 918	13 614	-52 328
Finanzierungssaldo	8 235	8 433	*6 726*	*-398*	*2 065*	*-728*	*766*	15 978	851	-1 559

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten

im 2. Quartal 2021	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Verbindlichkeiten	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	2 084	*2 084*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	15 371
Bargeld	x	41 622	*41 622*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	3 161
Täglich fällige Einlagen	x	597 143	*597 143*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	23 700
Sonstige Einlagen	x	300 759	*300 759*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	89 734
Kurzfristige Kredite	37 570	20 466	*0*	*455*	*18 912*	*1 097*	*1*	8 112	379	60 641
Langfristige Kredite	301 057	31 661	*0*	*193*	*29 516*	*1 944*	*7*	194 383	2 550	131 705
Handelskredite	48 735	45	*2*	*0*	*43*	*0*	*0*	170	6	22 475
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	541	4 301	*4 300*	*x*	*1*	*0*	*0*	x	x	5 234
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	47 826	158 738	*141 324*	*0*	*12 186*	*5 229*	*0*	x	x	195 872
Börsennotierte Aktien	108 933	34 107	*24 791*	*x*	*4 084*	*5 232*	*x*	x	x	75 925
Nicht börsennotierte Aktien	39 907	70 889	*53 086*	*634*	*7 324*	*9 558*	*287*	x	x	52 892
Investmentzertifikate	x	219 093	*0*	*219 093*	*0*	*0*	*x*	x	x	102 039
Sonstige Anteilsrechte	298 567	147 910	*18 114*	*100*	*129 622*	*74*	*0*	x	14	123 545
Lebensversicherungsansprüche	x	77 207	*x*	*x*	*0*	*77 207*	*x*	x	x	4 988
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	10 073	*x*	*x*	*0*	*10 073*	*x*	x	x	2 512
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	15 022	35 540	*8 020*	*x*	*0*	*2 557*	*24 963*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	15 462	*0*	*0*	*15 462*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	23 154	12 322	*7 932*	*472*	*2 832*	*1 086*	*0*	3 416	255	8 350
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	921 312	1 779 422	*1 199 177*	*220 947*	*219 982*	*114 057*	*25 259*	206 080	3 204	918 144
Finanzierung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	0	*0*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	11
Bargeld	x	3 186	*3 186*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-274
Täglich fällige Einlagen	x	85 006	*85 006*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-9 065
Sonstige Einlagen	x	8 842	*8 842*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-11 220
Kurzfristige Kredite	-4 685	-1 017	*0*	*263*	*-1 172*	*-108*	*0*	57	-39	-1 492
Langfristige Kredite	6 633	-3 181	*0*	*33*	*-4 066*	*852*	*0*	7 286	1	-6 203
Handelskredite	-104	6	*-2*	*0*	*7*	*0*	*0*	90	-2	1 668
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	60	-322	*-321*	*x*	*-1*	*0*	*0*	x	x	888
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	6 510	-4 448	*-117*	*x*	*-6 011*	*1 680*	*0*	x	x	1 504
Börsennotierte Aktien	186	380	*358*	*x*	*21*	*0*	*0*	x	x	6 783
Nicht börsennotierte Aktien	1 273	-58	*-50*	*x*	*6*	*-85*	*0*	x	x	66
Investmentzertifikate	x	14 819	*0*	*14 819*	*0*	*0*	*0*	x	x	7 353
Sonstige Anteilsrechte	-5 924	-983	*576*	*-1*	*-1 535*	*-23*	*0*	x	2	-4 727
Lebensversicherungsansprüche	x	-1 142	*0*	*x*	*0*	*-1 142*	*0*	x	x	228
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	328	*0*	*x*	*0*	*328*	*0*	x	x	202
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-69	365	*76*	*x*	*0*	*48*	*241*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	1 023	*0*	*0*	*1 023*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-2 306	-789	*-587*	*-29*	*-310*	*137*	*0*	-256	-43	327
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	1 576	102 015	*96 969*	*15 155*	*-12 037*	*1 686*	*241*	7 177	-81	-13 950
Nettogeldvermögen	-335 072	27 656	*43 392*	*-6 881*	*-27 243*	*12 228*	*6 160*	575 918	13 614	-52 328
Finanzierungssaldo	8 235	8 433	*6 726*	*-398*	*2 065*	*-728*	*766*	15 978	851	-1 559

Quelle: OeNB.

[1] *Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.*